

Armut in der Europäischen Union

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Wien, August 2012

INHALTSVERZEICHNIS

A.	DEFINITIONEN UND ERKLÄRUNGEN	1
A.1.	DEFINITION VON ARMUT	1
A.2.	ARMUTSGEFÄHRDETE GRUPPEN	1
A.3.	FOLGEN VON ARMUT	1
A.4.	WICHTIGE BEGRIFFE DER ARMUTSFORSCHUNG	2
A.5.	ARMUT IN DEN EU-STAATEN	4
A.6.	ARMUT IN DEN REGIONEN DER EU-STAATEN	4
A.7.	ARMUT IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN	5
A.8.	ARMUTSBEKÄMPFUNG IN DER EU	5
B.	ABBILDUNGS- UND TABELLENTEIL MIT ERKLÄRUNG	10
B.1.	ARMUTSGEFÄHRDUNG IN DEN EU-LÄNDERN	10
B.1.1.	Armutsgefährdung in den EU-Staaten	11
B.1.1.1.	Armutsgefährdungsquoten in den EU-Staaten	11
B.1.1.2.	Anzahl der Armutsgefährdeten in den EU-Staaten	11
B.1.1.3.	Armutsgefährdung in den EU-Staaten im Zeitverlauf (2000–2010)	12
B.1.1.4.	Armutsgefährdung vor Sozialleistungen	14
B.1.1.5.	Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten	16
B.1.1.6.	Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten nach Geschlecht	17
B.1.2.	Armutsgefährdungsschwellen	20
B.1.3.	Armut und Arbeit	22
B.1.3.1.	Armutsgefährdung von erwerbstätigen Personen	22
B.1.3.1.1.	Erwerbstätigenquoten	22
B.1.3.1.2.	Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht	24
B.1.3.1.3.	Armutsgefährdungsquoten	25
B.1.3.2.	Armutsgefährdung nach Beschäftigungsausmaß (Voll- und Teilzeit)	27
B.1.3.2.1.	Teilzeitquoten	27
B.1.3.2.2.	Teilzeitquoten nach Geschlecht	29
B.1.3.2.3.	Gründe für Teilzeitbeschäftigung	30
B.1.3.2.4.	Armutsgefährdungsquoten	31
B.1.3.3.	Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen	33
B.1.3.3.1.	Arbeitslosenquoten	34
B.1.3.3.2.	Arbeitslosenquoten nach Geschlecht	35
B.1.3.3.3.	Armutsgefährdungsquoten	36
B.1.4.	Armut und Bildung	39
B.1.4.1.	Bildungsstand	39
B.1.4.2.	Armutsgefährdungsquoten	42
B.1.5.	Armut und Familie	46
B.1.5.1.	Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen-Haushalten	46
B.1.5.2.	Armutsgefährdung von Eltern mit drei oder mehr Kindern	47

B.1.5.3.	Armutgefährdung von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre).....	49
B.1.6.	Armut und Alter.....	51
B.1.6.1.	Armutgefährdung von Personen über 65 Jahre	51
B.1.6.2.	Armutgefährdung eines alleinlebenden Erwachsenen älter als 65 Jahre	54
B.1.6.3.	Armutgefährdung von zwei Erwachsenen, einer mindestens 65 Jahre	55
B.2.	ARMUTSGEFÄHRDUNG IN EUROPÄISCHEN (NUTS-2-)REGIONEN	57
B.2.1.	Armutgefährdungsquoten und Arbeitsmarktdaten	59
B.2.1.1.	Armutgefährdung in den NUTS-2-Regionen	66
B.2.1.2.	Erwerbstätigenquoten in den NUTS-2-Regionen.....	67
B.2.1.3.	Arbeitslosenquoten in den NUTS-2-Regionen.....	68
B.3.	ARMUTSGEFÄHRDUNG IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN	69
B.3.1.	Armutgefährdungsquoten in europäischen Städten	69
B.3.2.	Armut in europäischen Städten - Meinungsumfrage.....	71
C.	ZUSAMMENFASSUNG	75
D.	ANHANG	77
E.	QUELLEN.....	86

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Vier Lebenslagen	3
Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten der EU-Staaten, 2000 bis 2010	13
Tabelle 3: Gründe für Teilzeitbeschäftigung in den EU-Staaten 2010.....	31
Tabelle 4: Personen (15-64 Jahre) nach vorgegebenem Bildungsgrad in den EU-Staaten 2010	40
Tabelle 5: Armutsgefährdungs-, Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquoten der NUTS-2-Regionen, 2008-2010	65
Tabelle 6: Armutsgefährdungsquoten in europäischen Städten 2007-2010.....	69
Tabelle 7: Übersicht Armutsgefährdungsquoten in der EU im Jahr 2010.....	75

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten in den EU-Staaten 2010.....	11
Abbildung 2: Anzahl der armutsgefährdeten Personen in den EU-Staaten 2010	12
Abbildung 3: Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen in den EU-Staaten 2010	15
Abbildung 4: Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten im Vergleich mit durchschnittlicher Armutsgefährdung in den EU-Staaten 2010	16
Abbildung 5: Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht.....	18
Abbildung 6: Armutsgefährdungsschwellen für Einzelpersonen in den EU-Staaten 2010 in Euro.....	20
Abbildung 7: Armutsgefährdungsschwellen in Euro für zwei Erwachsene mit zwei Kindern jünger als 14 Jahre in den EU-Staaten 2010.....	21
Abbildung 8: Erwerbstätigenquoten in den EU-Staaten 2010	23
Abbildung 9: Erwerbstätigenquoten (15-64 Jahre) in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht.....	24
Abbildung 10: Armutsgefährdungsquoten von Erwerbstätigen in den EU-Staaten 2010.....	26
Abbildung 11: Anteil der Teilzeitbeschäftigten (an den Gesamtbeschäftigten) in den EU-Staaten 2010 (15-64 Jahre)	28
Abbildung 12: Anteil der Teilzeitbeschäftigten (an den Gesamtbeschäftigten) in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht (15-64 Jahre).....	29
Abbildung 13: Armutsgefährdungsquoten von Voll- und Teilzeitbeschäftigten in den EU-Staaten 2010	32
Abbildung 14: Arbeitslosenquoten in den EU-Staaten 2010	34
Abbildung 15: Arbeitslosenquoten in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht	36
Abbildung 16: Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen (zwischen 15 und 64 Jahren) in den EU-Staaten 2010	37
Abbildung 17: Personen (15-64 Jahre) nach vorgegebenem Bildungsgrad in Österreich und dem EU-Durchschnitt.....	42
Abbildung 18: Armutsgefährdungsquoten nach höchstem erreichten Bildungsstand in den	

EU-Staaten 2010	43
Abbildung 19: Armutsgefährdungsquoten von AlleinerzieherInnen in den EU-Staaten 2010	47
Abbildung 20: Armutsgefährdungsquoten von Eltern mit drei oder mehr Kindern in den EU-Staaten 2010	48
Abbildung 21: Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) im Vergleich mit durchschnittlicher Armutsgefährdung in den EU-Staaten 2010.....	50
Abbildung 22: Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre im Vergleich mit durchschnittlicher Armutsgefährdung in den EU-Staaten 2010	52
Abbildung 23: Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre, nach Geschlecht.....	53
Abbildung 24: Armutsgefährdungsquoten eines alleinlebenden Erwachsenen älter als 65 Jahre in den EU-Staaten 2010	55
Abbildung 25: Armutsgefährdungsquoten von Haushalten mit zwei Erwachsenen, von denen einer mindestens 65 Jahre ist in den EU-Staaten 2010.....	56
Abbildung 26: Darstellung NUTS-1, NUTS-2, NUTS-3	57
Abbildung 27: NUTS 2 Regionen in Europa.....	58
Abbildung 28: Armutsgefährdungsquoten in europäischen Städten 2010	70
Abbildung 29: Subjektive Empfindung über Armut in europäischen Städten, Länder A-P	72
Abbildung 30: Subjektive Empfindung über Armut in europäischen Städten, Länder R-Z	73
Abbildung 31: Subjektive Empfindung über Armut als Problem in europäischen Städten	74

ANHANG – TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle A. 1: Ziele der Strategie „Europa 2020“	78
Tabelle A. 2: Gründe für Teilzeitbeschäftigung in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht ..	79
Tabelle A. 3: Zuordnung der Bildungsgänge des österreichischen Bildungswesens zur ISCED 1997.....	82
Tabelle A. 4: Codes und Bezeichnung der NUTS-2-Regionen.....	85

ANHANG – ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung A. 1: Langzeitarbeitslosenquote der Männer und Frauen in den EU-Staaten 2010	80
Abbildung A. 2: Langzeitarbeitslosenquote der Männer und Frauen in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht	81

A. DEFINITIONEN UND ERKLÄRUNGEN

A.1. DEFINITION VON ARMUT

„Personen, Familien und Gruppen sind arm, wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in ihrer Gesellschaft als Minimum annehmbar ist.“¹

Diese Definition der Europäischen Gemeinschaft macht darauf aufmerksam, dass Armut mehrere Dimensionen aufweist. Denn Armut bezieht sich nicht ausschließlich auf die materielle Komponente, sondern auch auf die soziale und kulturelle Teilhabe am Leben.

Bei der Messung von Armut wird, mangels geeigneter Messinstrumente hinsichtlich der nicht-monetären Aspekte von Armut, nach wie vor auf eine einkommensorientierte Definition von Armut zurückgegriffen, gerade wenn es sich um internationale Vergleiche handelt. Von Armutsgefährdung wird gesprochen, wenn das Haushaltseinkommen den Schwellenwert von 60 Prozent des Nettomedianeinkommens eines Landes unterschreitet. Um die Lebenssituation bei unterschiedlichen Haushaltszusammensetzungen vergleichbar zu machen, erfolgt die Berechnung der Armutsschwellen nicht für Einzelpersonen, sondern für Haushalte. Dadurch können die verschiedenen Haushaltszusammensetzungen, für die unterschiedliche Armutsgefährdungsschwellen gelten, vergleichend betrachtet werden.

Diese Definition von Armutsgefährdung – Haushalte, die weniger als 60 Prozent des nationalen Nettomedianeinkommens erreichen – gilt europaweit. Nicht europaweit erfolgt die Berechnung der Schwellenbeträge. Auf Basis der nationalen Einkommensverteilung errechnet jeder Staat die Armutsgefährdungsschwellen für die unterschiedlichen Haushaltstypen. So können auch die länderspezifisch unterschiedlichen Einkommenshöhen und Lebenshaltungskosten neutralisiert werden.

A.2. ARMUTSGEFÄHRDETE GRUPPEN

Auch wenn jeder Mensch das Risiko hat, vorübergehend von Armut betroffen zu sein, so gibt es in der Bevölkerung bestimmte Gruppen, deren Armutsgefährdungsrisiko weitaus höher ist. Zu den armutsgefährdeten Gruppen zählen insbesondere Familien mit Kindern – vor allem AlleinerzieherInnen und Familien mit drei oder mehr Kindern – und ältere Personen, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen.² Dieser Trend zeigt sich in ganz Europa, auch wenn sich das Armutsgefährdungsrisiko dieser Gruppen in den einzelnen Staaten durchaus drastisch voneinander unterscheidet.

A.3. FOLGEN VON ARMUT

Die Folgen von Armut sind nicht ausschließlich auf den Besitz bzw. den Verzicht von materiellen Gütern beschränkt. Die finanziellen Verhältnisse der Haushalte haben auch Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen. So sind die Wohnverhältnisse, die Gesundheit, die Verwirklichungschancen der Kinder und die soziale Teilhabe an der Gesellschaft bestimmt durch eine etwaige Armutslage.

Die Wohnqualität ist an finanzielle Ressourcen gebunden, wodurch sich Armutsgefährdung hier direkt auswirkt. Einschränkungen der Wohnverhältnisse wie etwa Schimmelbefall oder

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989: 4

² vgl. <http://www.2010againstopoverty.eu/?langid=de> (Stand: 06/2012)

Feuchtigkeit in der Wohnung, dunkle Räume, Lärm im Wohnumfeld, Umweltverschmutzung oder Kriminalität stellen für Armutsgefährdete häufige Probleme im Wohnumfeld dar.

Den Auswirkungen von Armut auf die Gesundheit wurde lange Zeit kaum Beachtung geschenkt. Mittlerweise belegen jedoch zahlreiche Studien die *„Zusammenhänge zwischen belasteten Lebensbedingungen und dem Gesundheitszustand durch niedrige Einkommen und schlechte Bildungszugänge.“*³ Die Ungleichverteilung der Gesundheitschancen, die sowohl das physische wie auch das psychische Wohlbefinden mit einschließen, zeigt sich in allen Ländern. *„Je ärmer Menschen sind, desto kränker sind sie. Diese Unterschiede existieren auch in Gesellschaften mit vergleichsweise hohem Lebensstandard und günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem für alle Bevölkerungsgruppen gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen.“*⁴

Auch der enge Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder wurde mittlerweile in zahlreichen Studien nachgewiesen. Kinder, die in armutsgefährdeten Haushalten aufwachsen, sind demnach auch später häufiger von Armut und Armutsgefährdung betroffen. Denn Armut wird vererbt. Ursache hierfür sind unter anderem die schlechteren Chancen im Bildungsbereich für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten.

Armut bedeutet nicht nur eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, sondern auch Einschnitte in die Lebensqualität der Betroffenen. Dies äußert sich unter anderem in der beschränkten Möglichkeit zu sozialer und kultureller Teilhabe. „Soziale Teilhabe“ umfasst den Kontakt der Personen zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen sowie Freizeitaktivitäten. Die Integration in soziale Netzwerke stellt nicht nur eine wichtige Komponente für das Selbstwertgefühl der betroffenen Person dar, sondern ermöglicht auch Unterstützung und erleichterten Zugang zu verschiedensten Ressourcen. Bei einkommensarmen und/oder deprivierten Personen führen prekäre Lebenssituationen oftmals zu einer Überforderung des sozialen Netzwerkes und damit zu Isolation und mangelnder Unterstützung.

A.4. WICHTIGE BEGRIFFE DER ARMUTSFORSCHUNG

Armutsgefährdungsschwelle: Als Armutsgefährdungsschwellen werden jene Beträge bezeichnet die, abhängig von der Haushaltszusammensetzung, 60 Prozent des nationalen äquivalisierten Haushalts-Medieneinkommens unterschreiten. *„Zur Berechnung des Haushaltseinkommens wird die Summe aller Erwerbseinkommen im Haushalt zuzüglich Kapitalerträge und Pensionen sowie allfälliger Sozialtransfers gebildet. Nach Abzug von Steuern errechnet sich das Nettohaushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann nach Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen den Haushalten.“*⁵ Durch die Berechnung der Schwellenwerte auf Haushaltsebene können für die verschiedensten Haushaltszusammensetzungen passende Werte berechnet und auch miteinander verglichen werden. *„Die Anpassung für Mehrpersonenhaushalte erfolgt mittels Gewichtung anhand der international etablierten EU-Skala.“*⁶

³ , Thomas: Gesundheitliche Chancengleichheit; In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung.

⁴ Dimmel, Heitzmann, Schenk (Hrsg.), 2009: Handbuch Armut in Österreich, S.181

⁵ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 32

⁶ BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009: 45

Während der erste Erwachsene im Haushalt mit einer Gewichtung von 1 in die Berechnung eingeht, erhöht sich der Schwellenwert je weiteren Erwachsenen um die Hälfte und für jedes Kind um ein Drittel.⁷

Armutsgefährdungsquote:

Die Armutsgefährdungsquote gibt, gemessen an der Gesamtbevölkerung, den Anteil jener Personen an, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens ausmacht, und die demnach als armutsgefährdet gelten.

Lebenslagen:

Die angeführten Armutsgefährdungsschwellen versuchen die Lebensumstände von Personen und Haushalten anhand ihrer monetären Ressourcen zu bewerten, geben jedoch keinen Aufschluss über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen, da die individuellen Lebenslagen und Kostenstrukturen stark differieren. Um neben dem monetären Aspekt auch die soziale Teilhabe und individuelle Kostenstrukturen einbeziehen zu können, wird eine Unterteilung in vier verschiedene Lebenslagen vorgenommen.

	Lebenslage	Definition
armuts-gefährdet	Einkommensmangel	Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwellen, keine finanzielle Deprivation
	manifeste Armut	Einkommensmangel und finanzielle Deprivation
nicht armuts-gefährdet	Teilhabemangel	kein Einkommensmangel, aber finanzielle Deprivation
	kein Mangel	kein Einkommensmangel, keine finanzielle Deprivation

Tabelle 1: Vier Lebenslagen

Finanzielle Deprivation:

Von finanzieller Deprivation wird gesprochen, wenn mindestens zwei der folgenden Merkmale gleichzeitig auftreten: Betroffene können es sich nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten, unerwartete Ausgaben wie Reparaturen zu tätigen, abgetragene Kleidung zu ersetzen, regelmäßige Zahlungen (wie Miete oder Betriebskosten) zeitgerecht zu begleichen, notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen oder einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen. Finanzielle Deprivation bedeutet nicht automatisch ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwellen, aber beispielsweise eine hohe Belastung durch Lebenshaltungskosten.

Einkommensmangel:

Unter Einkommensmangel versteht man ein Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, jedoch ohne das Vorliegen von finanzieller Deprivation.

Manifeste Armut:

Manifeste Armut bedeutet das gleichzeitige Auftreten von Einkommensmangel und finanzieller Deprivation.

⁷ vgl. BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009: 44ff

Teilhabemangel:

Teilhabemangel liegt dann vor, wenn das Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, das Geld jedoch nicht ausreicht, um die zentralen Bedürfnisse abzudecken und somit finanzielle Deprivation auftritt.

A.5. ARMUT IN DEN EU-STAATEN

EU-SILC

Die Europäische Union verfolgt das gemeinsame Ziel, soziale Ausgrenzung zu verringern. Zu diesem Zweck wurde die „Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ verabschiedet.

„Das vorrangige Ziel ist die Erstellung aktueller und vergleichbarer jährlicher Querschnittdaten über Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung.“⁸

Alle Staaten sind demnach verpflichtet, Daten „zu Einkommen und Lebensbedingungen und zur Berechnung von gemeinsamen Indikatoren“⁹ zu erheben. Im Jahr 2004 wurde EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) „als neue Quelle für vergleichende und methodisch harmonisierte Statistiken zur sozialen Eingliederung“¹⁰ eingeführt. Die gesammelten Ergebnisse aller Länder sowie EU-Durchschnitte können auf der Website von EUROSTAT abgerufen werden.

Das Ziel dieser Datensammlungen ist eine Grundlage für die Verringerung von Armut und Armutsgefährdung in Europa zu schaffen. In einem Papier über Strategien für Europa 2020 hat die Europäische Kommission unter anderem folgendes Ziel für die nächsten zehn Jahre festgelegt: Bis zum Jahr 2020 soll in der Europäischen Union die „Zahl der armutsgefährdeten Personen [...] um 20 Millionen sinken.“¹¹

A.6. ARMUT IN DEN REGIONEN DER EU-STAATEN

EU-SILC

Die Erhebung EU-SILC weist Armutsgefährdungsquoten für Regionen der NUTS-2-Ebene auf. Die Einteilung NUTS-2 entspricht - abhängig vom Land - größeren oder kleineren Regionen, so genannten Grundverwaltungseinheiten.¹²

EUROSTAT

Neben EU-SILC bietet EUROSTAT eine Fülle an regionsbezogenen Daten über Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Situation. EUROSTAT liefert auch die Daten für die in dieser Publikation berücksichtigten Arbeitsmarktdaten über Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den NUTS-2-Regionen.

⁸ Verordnung (EG) Nr. 1177/2003

⁹ BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009: Vorwort

¹⁰ BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009: Vorwort

¹¹ Europäische Kommission: EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum: 5

¹² Eine genauere Erklärung über die Regionen der NUTS-2-Ebene findet sich im entsprechenden Kapitel.

A.7. ARMUT IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN

EU-SILC

Die Erhebung EU-SILC weist prinzipiell keine Armutsgefährdungsquoten für Städte auf. Erhoben werden Daten ausschließlich auf Regionsebene (NUTS-2). In Österreich fallen die NUTS-2-Regionen mit den Bundesländern zusammen, so dass hier etwa auch eine Armutsgefährdungsquote für Wien ausgewiesen wird. In anderen Ländern ist es jedoch eher selten, dass eine NUTS-2-Region ausschließlich eine Stadt umfasst. Einige Länder in Europa erheben aber dennoch Armutsgefährdungsquoten für Städte. Der Zugang dazu ist jedoch oft schwierig, weshalb es im Folgenden zu keiner Gesamtdarstellung der Armutsgefährdung in europäischen Städten kommen kann. Auf Basis der verfügbaren Daten kann lediglich eine Auswahl an Städten präsentiert werden.

LEBENSQUALITÄT IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN

Im Auftrag der Europäischen Kommission wurde, zuletzt im November 2009, eine Meinungsumfrage zur Lebensqualität in 75 europäischen Städten durchgeführt. Insgesamt nahmen 29 Länder, neben den EU-Staaten auch noch Kroatien und die Türkei, teil. Berücksichtigt wurden jeweils die Hauptstädte sowie in bevölkerungsreichen Ländern bis zu 6 weitere Städte. Im Mittelpunkt der Studie stehen die Wahrnehmung und das Empfinden der Menschen über das Leben in der Stadt, in der sie wohnen. Ein Teil befasst sich auch mit dem subjektiven Empfinden, ob Armut ein Problem in der jeweiligen Stadt darstellt. Diese Ergebnisse werden im Anschluss dargestellt. Aufgrund der mangelnden Datenlage über Armut in den europäischen Städten, bietet diese Erhebung einen ergänzenden Zugang zur vorliegenden Darstellung.

A.8. ARMUTSBEKÄMPFUNG IN DER EU

Den ersten Schritt in der Geschichte der europäischen Armutsbekämpfung setzte bereits im Jahr 1975 die EU-Kommission mit dem „Ersten Europäischen Programm zur Armutsbekämpfung“. Dies geschah zu einer Zeit, als die nationalen Regierungen das Problem der Armut noch wenig beachteten bzw. keine Auseinandersetzung mit der Thematik zu erkennen war. Die Kommission setzte mit zwei weiteren Programmen (1986-1989, 1990-1994) nach. Aber erst seit der Jahrtausendwende erfährt die EU-Armutsbekämpfungspolitik größere Beachtung.

LISSABON-STRATEGIE 2000

Die Lissabon-Strategie ist ein Programm, das von den europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 verabschiedet wurde. Das Ziel war und ist, die EU bis zum Jahr 2010 *„zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“*¹³

Die Lissabon-Strategie bedeutete auch *„einen Wendepunkt in der EU-Armutspolitik“*¹⁴. Bis dahin stand insbesondere die Vereinheitlichung der Datenbasis zur vergleichenden Analyse

¹³ Europäischer Rat 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm (Stand: 06/2012)

¹⁴ Armutskonferenz: Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung.

http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=398&Itemid=69 (Stand: 06/2012)

von Armut im Vordergrund. Doch mit den neuen Zielen der EU kam auch der aktiven Bekämpfung von Armut Bedeutung zu. Der Rat hielt fest: *„Die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, kann nicht hingenommen werden. Es muß etwas unternommen werden, um die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen [...].“*¹⁵ Der in Lissabon in Gang gekommene Prozess stellte *„den Versuch dar, nationale Maßnahmen gegen Armut zu koordinieren und der Armut vor allem aktiv entgegenzutreten.“*¹⁶

Im Zuge der Lissabon-Strategie wurde auch der Begriff Armut in ein anderes Licht gestellt. Zum ersten Mal wurde von den *„komplexen und vielschichtigen Formen der Armut und sozialen Ausgrenzung“*¹⁷ gesprochen. Damit wurde der rein monetäre Ansatz um den der Vielschichtigkeit von Armut erweitert.

2010 EUROPÄISCHES JAHR ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG

Zehn Jahre nach Lissabon hatte sich die Situation der von Armut betroffenen Menschen in der Europäischen Union, trotz der unternommenen Anstrengungen, kaum verändert. *„Diese Situation steht im Widerspruch zu den der Europäischen Union gemeinsamen Werten der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit.“*¹⁸ Deshalb wurde das Jahr 2010 zum europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt.

*„Armut und Ausgrenzung beeinträchtigen nicht nur das Wohlergehen dieser Menschen und ihrer Fähigkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Schaden nimmt auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Union will ein weiteres Mal die Bedeutung der kollektiven Verantwortung im Kampf gegen die Armut hervorheben, was nicht nur Entscheidungsträger, sondern alle Beteiligten aus dem öffentlichen und privaten Bereich in die Pflicht nimmt. Das Europäische Jahr soll vor allem diejenigen zu Wort kommen lassen, die Armut und soziale Ausgrenzung am eigenen Leib erfahren.“*¹⁹, hieß es in der Begründung.

Die Zielsetzungen dieser Initiative waren²⁰:

- Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für die Situation der von Armut betroffenen Menschen
- neuer Schwung für das politische Engagement der EU und der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- den Anliegen von in Armut lebenden Menschen Gehör zu verschaffen
- Sensibilisierung der europäischen BürgerInnen sowie anderer AkteurInnen und InteressenträgerInnen für die Armutsproblematik
- Bekämpfung von Stereotypen und Hinterfragung der kollektiven Wahrnehmungen von Armut

*„Unter Berufung auf ihre Leitprinzipien der Solidarität und Partnerschaft ruft die EU im Jahr 2010 dazu auf, die Ursachen von Armut direkt und effektiv zu bekämpfen und damit allen Bürgern eine volle und aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.“*²¹

¹⁵ Europäischer Rat 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm (Stand: 06/2012)

¹⁶ Armutskonferenz: Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung.

http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=398&Itemid=69 (Stand: 06/2012)

¹⁷ Rat der Europäischen Union. 14110/00/SOC 470

http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/approb_de.pdf (Stand: 06/2012)

¹⁸ Factsheet: 2010, Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1694&langId=de (Stand: 06/2012)

¹⁹ Factsheet: 2010, Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1694&langId=de (Stand: 06/2012)

²⁰ http://ec.europa.eu/employment_social/2010againstpoverity/about/index_de.htm (Stand: 06/2012)

²¹ http://ec.europa.eu/employment_social/2010againstpoverity/about/index_de.htm (Stand: 06/2012)

STRATEGIE EUROPA 2020

Die Strategie „Europa 2020“ ist die Nachfolgerin der Lissabon-Strategie. Auf Vorschlag der Kommission im März 2010 wurde sie im Juni desselben Jahres vom Europäischen Rat verabschiedet. Die EU formulierte mit der Strategie „Europa 2020“ einen Plan *„für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum für die nächsten zehn Jahre.“*²² Die Armutsbekämpfung ist ein Teil des integrativen Wachstums. Mit der Strategie „Europa 2020“ hat die *„Europäische Kommission [...] den Kampf gegen die Armut ins Zentrum ihrer Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialagenda gerückt.“*²³

Generell verfolgt die EU mit der Strategie „Europa 2020“ fünf Kernziele, eines davon bezieht sich direkt auf Armut und soziale Ausgrenzung²⁴:

1. Beschäftigung:
 - eine Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von 75 Prozent
2. Forschung, Entwicklung und Innovation:
 - 3 Prozent des BIP der EU sollen für Forschung, Entwicklung und Innovation aufgewendet werden (öffentliche und private Investitionen)
3. Wandel und Energie:
 - Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent (oder um 30 Prozent, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990
 - Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent
 - Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent
4. Bildung:
 - Verringerung der SchulabbrecherInnenquote auf unter 10 Prozent
 - Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 Prozent
5. **Armut und soziale Ausgrenzung:**
 - **Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.**

Im Bereich der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nennt die EU folgende Herausforderungen, denen in den nächsten 10 Jahren vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken ist und deren Problemlösung angestrebt wird²⁵:

- Kinderarmut ein Ende bereiten
- Förderung der aktiven Eingliederung der am stärksten gefährdeten Gruppen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt
- Schaffung angemessener Wohnverhältnisse für alle
- Überwindung von Diskriminierung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen, von ethnischen Minderheiten, EinwandererInnen und anderen besonders schutzbedürftigen Gruppen
- Überwindung der finanziellen Ausgrenzung und Überschuldung

Zur Erreichung der von der EU angestrebten Ziele im Bereich der Armutsbekämpfung und sozialen Ausgrenzung benennt die Kommission fünf Schlüsselmaßnahmen, die in der *„Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territo-*

²² <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de> (Stand: 06/2012)

²³ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 1

²⁴ http://ec.europa.eu/europe2020/targets/eu-targets/index_de.htm (Stand: 06/2012)

²⁵ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de> (Stand: 06/2012)

rialen Zusammenhalt.“ dargelegt werden. Dabei wird betont, dass der „Kampf gegen Armut und Ausgrenzung [...] auf Wachstum und Beschäftigung sowie auf modernem und wirksamem Sozialschutz aufbauen [muss; d. Verf.]. Darüber hinaus muss innovative Sozialschutzintervention mit vielen verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen kombiniert werden, darunter zielgerichtete Bildungs-, Sozialhilfe-, Wohnungs-, Gesundheits-, Vereinbarkeits- und Familienpolitik.“²⁶ Die fünf Schlüsselmaßnahmen sind²⁷:

1. **Maßnahmen für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in allen Politikbereichen.** Die Mehrdimensionalität von Armut erfordert Lösungsansätze „die alle Politikbereiche erfassen, sodass der Kampf gegen Armut bei der Ausarbeitung jeder politischen Strategie berücksichtigt werden muss.“²⁸ In Bezug auf „Europa 2020“ „werden wirksame Synergien mit anderen Leitinitiativen“ eine entscheidende Rolle spielen, damit die angestrebten Ziele erreicht werden können. Zu den politikbereichübergreifenden Maßnahmen zählen unter anderem:²⁹
 - Zugang zur Beschäftigung: Beschäftigungsquote von 75 Prozent in Europa; neue Wege zur Beschäftigung, aktive Eingliederung arbeitsmarktfremster Personen
 - Sozialschutz und Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen: Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Pensions- und Rentensysteme, Effizienz der Gesundheitssysteme und Zugang aller Menschen zu hochwertiger Gesundheitsversorgung
 - Bildungs- und Jugendpolitik: „qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und Betreuung“³⁰, um vererbte Armut zu unterbinden, integrativere Bildungssysteme, Senkung der SchulabbrecherInnenquote auf unter 10 Prozent
 - Migration und Integration von Migrantinnen und Migranten
 - Soziale Eingliederung und Antidiskriminierungspolitik: Gleichstellung von Frauen und Männern, Antidiskriminierung von Menschen mit Behinderung, mit psychischen Gesundheitsproblemen, ethnischen Minderheiten sowie Gewährleistung einer leistbaren Unterkunft
2. **EU-Mittel im Dienst der Ziele für sie soziale Eingliederung und den sozialen Zusammenhalt**
3. **Entwicklung eines evidenzbasierten Ansatzes für soziale Innovationen und Reformen**
4. **Förderung eines partnerschaftlichen Ansatzes und der Sozialwirtschaft**
5. **Intensivierung der strategischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten**

Beim Kampf gegen die Armut in Europa sieht sich die EU in einer koordinierenden Funktion. Ihre Aufgabe besteht im Erstellen EU-weiter Vorschriften, der Bereitstellung von Finanzmitteln sowie der Ermittlung von vorbildlichen Verfahren und der Förderung von wechselseitigem Lernen.³¹ Den nationalen Regierungen obliegt jedoch die Aufgabe, die Armutsbekämpfung in den jeweiligen Ländern umzusetzen. So hat sich die EU für das Jahr 2020 das Ziel

²⁶ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 6

²⁷ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 7ff

²⁸ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 6

²⁹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 7ff

³⁰ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 9

³¹ vgl. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=961&langId=de> (Stand: 06/2012)

gesetzt, 20 Millionen Menschen in den EU-Staaten aus der Armutsgefährdung zu befreien, was bedeutet, dass die einzelnen Nationalstaaten angehalten sind, ihren Beitrag dazu zu leisten. Eine Übersicht über die Ziele der einzelnen Nationalstaaten bei der Strategie „Europa 2020“ bietet eine Tabelle im Anhang.

B. ABBILDUNGS- UND TABELLENTEIL MIT ERKLÄRUNG

B.1. ARMUTSGEFÄHRDUNG IN DEN EU-LÄNDERN

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Daten der einzelnen EU-Staaten, wie auch Durchschnittsdaten der EU-15, EU-25 und EU-27. Als Überblick die Mitgliedstaaten:

EU15: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich, Schweden

EU25: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich, Schweden, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

EU27: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich, Schweden, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien

Neue EU-Staaten (10): Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

Neue EU-Staaten (12): Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien

B.1.1. Armutsgefährdung in den EU-Staaten

B.1.1.1. Armutsgefährdungsquoten in den EU-Staaten

Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote der EU-27 lag im Jahr 2010 bei 16,4 Prozent. Nur geringfügig höher war die Armutsgefährdungsquote der 12 neuen EU-Staaten, die bei 16,9 Prozent lag.

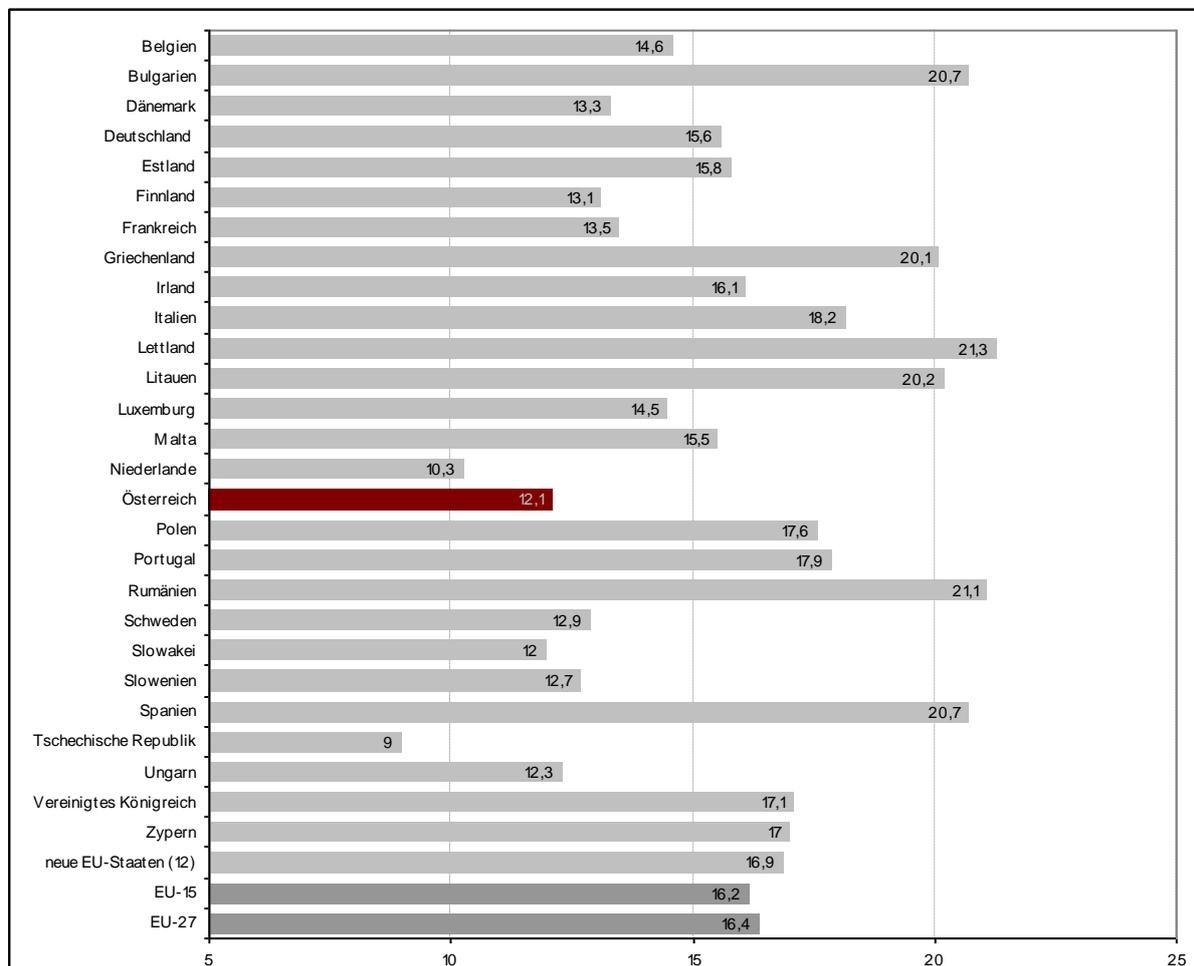


Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten in den EU-Staaten 2010³²

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Lettland, Rumänien, Bulgarien und Spanien

EU-weit wiesen im Jahr 2010 sechs Staaten eine Armutsgefährdungsquote von über 20 Prozent auf. In Lettland war die Armutsgefährdung mit 21,3 Prozent am höchsten, gefolgt von Rumänien (21,1 Prozent) und Bulgarien und Spanien (mit jeweils 20,7 Prozent). In Litauen und Griechenland war ebenfalls jede/r Fünfte armutsgefährdet.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Tschechische Republik, Niederlande, Slowakei

Am geringsten war die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in der Tschechischen Republik (9 Prozent), den Niederlanden (10,3 Prozent) und der Slowakei (12 Prozent).

ÖSTERREICH – 4. niedrigste Armutsgefährdung

Österreich wies 2010 mit 12,1 Prozent die viertniedrigste Armutsgefährdungsquote innerhalb der EU auf. In Österreich waren damit im Jahr 2010 rund 1.004.000 Menschen armutsgefährdet.³³

³² <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tessi010>
(Stand: 06/2012)

B.1.1.2. Anzahl der Armutsgefährdeten in den EU-Staaten

In den Staaten der Europäischen Union lebten im Jahr 2010 insgesamt rund 502 Mio. Menschen.³⁴ Bei einer Armutsgefährdungsquote von 16,4 Prozent bedeutete das, dass EU-weit 80,7 Mio. Menschen armutsgefährdet waren. In Absolutzahlen gemessen wiesen die bevölkerungsreichen Staaten auch die größten Anteile an Armutsgefährdeten auf. Die meisten Armutsgefährdeten gab es demnach im bevölkerungsreichsten Staat der Europäischen Union, in der Bundesrepublik Deutschland, in der 12,6 Mio. Menschen gefährdet waren. In Italien waren knapp 11 Mio. und im Vereinigten Königreich 10,5 Mio. der Bevölkerung armutsgefährdet.

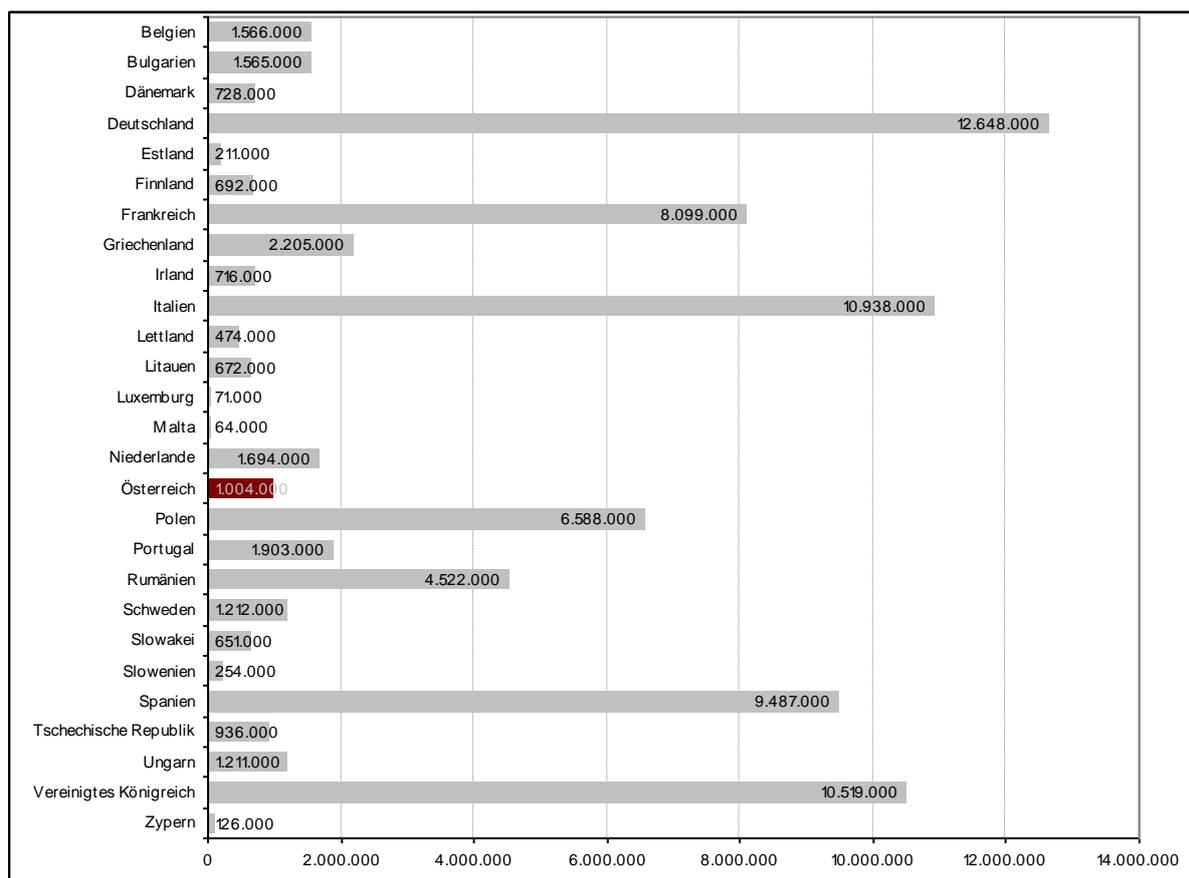


Abbildung 2: Anzahl der armutsgefährdeten Personen in den EU-Staaten 2010³⁵

B.1.1.3. Armutsgefährdung in den EU-Staaten im Zeitverlauf (2000–2010)

Die Armutsgefährdungsquote der EU-15 lag seit dem Jahr 2000 konstant bei etwa 16 Prozent und jene der EU-27 seit 2005 um die 16,5 Prozent. Es gibt jedoch einige Länder, in denen die Armutsgefährdungsquoten über die Jahre hinweg Schwankungen unterworfen waren bzw. merkbar zu- oder abgenommen haben. Bei diesem langjährigen Rückblick auf die Armutsgefährdungsquoten muss auf die bedingte Vergleichbarkeit der Daten aufmerksam gemacht werden, da ihnen zwei verschiedene Erhebungen zugrunde liegen. Die Zahlen der Jahre 2000 bis 2002 basieren auf den Ergebnissen des ECHP (European Community Household Panel). Ab 2003 stammen die Daten aus der Erhebung EU-SILC.

³³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband: 67

³⁴ europa.eu/about-eu/facts-figures/living/index_de.htm (Stand: 06/2012)

³⁵ epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020_52&plugin=1 (Stand: 06/2012)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Belgien	13	13	-	15,4	14,3	14,8	14,7	15,2	14,7	14,6	14,6
Bulgarien	14	16	14	14	15	14	18,4	22	21,4	21,8	20,7
Dänemark	-	10	-	11,7	10,9	11,8	11,7	11,7	11,8	13,1	13,3
Deutschland	10	11	-	-	-	12,2	12,5	15,2	15,2	15,5	15,6
Estland	18	18	18	18	20,2	18,3	18,3	19,4	19,5	19,7	15,8
Finnland	11	11	11	11	11	11,7	12,6	13	13,6	13,8	13,1
Frankreich	16	13	12	12	13,5	13	13,2	13,1	12,7	12,9	13,5
Griechenland	20	20	-	20,7	19,9	19,6	20,5	20,3	20,1	19,7	20,1
Irland	20	21	-	20,5	20,9	19,7	18,5	17,2	15,5	15	16,1
Italien	18	19	-	-	19,1	18,9	19,6	19,9	18,7	18,4	18,2
Lettland	16	-	-	-	-	19,2	23,1	21,2	25,6	25,7	21,3
Lituania	17	17	-	-	-	20,5	20	19,1	20	20,6	20,2
Luxemburg	12	12	-	11,9	12,7	13,7	14,1	13,5	13,4	14,9	14,5
Malta	15	-	-	-	-	13,7	13,6	14,3	14,6	15,1	15,5
Niederlande	11	11	11	12	-	10,7	9,7	10,2	10,5	11,1	10,3
Österreich	12	12	-	13,2	12,8	12,3	12,6	12	12,4	12	12,1
Polen	16	16	-	-	-	20,5	19,1	17,3	16,9	17,1	17,6
Portugal	21	20	20	19	20,4	19,4	18,5	18,1	18,5	17,9	17,9
Rumänien	17	17	18	17	18	-	-	24,8	23,4	22,4	21,1
Schweden	-	9	11	-	11,3	9,5	12,3	10,5	12,2	13,3	12,9
Slowakei	-	-	-	-	-	13,3	11,6	10,5	10,9	11	12
Slowenien	11	11	10	10	-	12,2	11,6	11,5	12,3	11,3	12,7
Spanien	18	19	19	19	19,9	19,7	19,9	19,7	19,6	19,5	20,7
Tschechische Republik	-	8	-	-	-	10,4	9,9	9,6	9	8,6	9
Ungarn	11	11	10	12	-	13,5	15,9	12,3	12,4	12,4	12,3
Vereinigtes Königreich	19	18	18	18	-	19	18,9	18,8	18,7	17,3	17,1
Zypern	-	-	-	15	-	16,1	15,6	15,5	16,2	16,2	17
neue EU-Staaten (12)	-	-	-	-	-	-	18,5	17,7	17,3	17,1	16,9
EU-15	15	15	-	15	17	15,7	15,9	16,4	16,2	16,1	16,2
EU-27	-	-	-	-	-	16,4	16,5	16,7	16,4	16,3	16,4

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten der EU-Staaten, 2000 bis 2010³⁶

TOP 3 – Zunahme der Armutsgefährdung: Bulgarien, Deutschland, Lettland

Am eklatantesten erhöht hat sich die Armutsgefährdungsquote in Bulgarien. Innerhalb der letzten zehn Jahre (von 2000 bis 2010) ist die Quote um 6,7 Prozentpunkte, von 14 auf 20,7 Prozent, gestiegen. Stark erhöht hat sich die Quote in diesem Zeitraum auch in Deutschland um 5,6 Prozentpunkte (von 10 auf 15,6 Prozent) und in Lettland um 5,3 Prozentpunkte (von 16 auf 21,3 Prozent).

Es zeigt sich gerade am Beispiel Deutschland, dass nicht nur wirtschaftlich und sozial schwächere Länder von einer Zunahme der Armutsgefährdung betroffen waren. Auch das für seinen Wohlfahrtsstaat bekannte Schweden kämpfte in den letzten Jahren mit wachsender Armutsgefährdung. Im Jahr 2001 hatte Schweden mit 9 Prozent noch die zweitniedrigste Armutsgefährdungsquote aller EU-Mitgliedstaaten. Bis zum Jahr 2010 ist die Quote allerdings um 3,9 Prozentpunkte auf 12,9 Prozent gestiegen.

TOP 3 – Abnahme der Armutsgefährdung: Irland, Portugal, Frankreich

Im 10-Jahres-Vergleich am meisten gesunken ist die Armutsgefährdung mit minus 3,9 Prozentpunkte in Irland. Betrug die Quote im Jahr 2000 noch 20 Prozent, so waren es 2010 16,1 Prozent. In Portugal ist die Quote um 3,1 Prozentpunkte – von 21 auf 17,9 Prozent – gesunken. Auch Frankreich konnte mit minus 2,5 Prozentpunkte einen leichten Rückgang (von 16 auf 13,5 Prozent) verbuchen.

³⁶ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tessi010>
(Stand: 06/2012)

ÖSTERREICH – konstante Armutsgefährdung

Österreich zählt zu jenen Ländern, in denen die Armutsgefährdungsquote in den letzten zehn Jahren, abgesehen von leichten Schwankungen, mit etwa 12 Prozent relativ konstant war.

B.1.1.4. Armutsgefährdung vor Sozialleistungen

Die Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen wird „berechnet als Armutsgefährdung nach Abzug von Sozialtransfers [...] vom Haushaltseinkommen, unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle inklusive Sozialleistungen [...] bei 60% des Medians. [...] Es handelt sich um eine rein fiktive Berechnung, da sich bei Wegfall der Sozialleistungen auch der Median des Haushaltseinkommens ändern würde.“³⁷ Dadurch ist auch ersichtlich, welche Rolle Sozialleistungen in den einzelnen Ländern spielen und welche wichtige Funktion sie bei der Armutsreduktion einnehmen. Jedoch kann in allen Staaten der „alleinige Bezug von Sozialleistungen [...] die Existenz von Einkommensarmut nicht verhindern, Sozialleistungen können jedoch niedrige Haushaltseinkommen ergänzen und tragen so in bestimmten Bevölkerungsgruppen zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards bei.“³⁸ Dies trifft in den einzelnen EU-Staaten, auch aufgrund der unterschiedlichen Sozialleistungssysteme, in unterschiedlichem Ausmaß zu. EU-weit beträgt die Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen 25,9 Prozent. Durch Sozialleistungen verringert sich die Armutsgefährdungsquote um 9,5 Prozentpunkte auf 16,4 Prozent.

Die höchste Armutsgefährdung vor Sozialleistungen hatte Irland mit 40,4 Prozent. Gleichzeitig konnte aber durch Sozialleistungen die Armutsgefährdungsquote in Irland auf 16,1 reduziert werden, was die größte Differenz vor und nach Sozialleistungen war. Der Sozialstaat sorgte dafür, dass die Armutsgefährdungsquote Irlands unter dem EU-Durchschnitt lag. Jedoch verbesserten Sozialleistungen nicht in allen EU-Ländern die Situation dermaßen. So etwa in Griechenland, wo die Armutsgefährdung vor Sozialleistungen zwar EU-weit unterdurchschnittliche 23,8 Prozent betrug, sich die Situation allerdings durch Sozialleistungen kaum verbesserte. Die Armutsgefährdungsquote betrug nach Sozialleistungen 20,1 Prozent, also eine Verbesserung um lediglich 3,7 Prozentpunkte – so wenig, wie ich keinem anderen EU-Land. Ähnlich verhielt sich die Situation in Zypern und Bulgarien. In Zypern waren vor Sozialleistungen 22,8 Prozent und nach Sozialleistungen 17 Prozent der Bevölkerung (minus 5,8 Prozentpunkte) armutsgefährdet. Und in Bulgarien ergab sich durch Sozialleistungen eine Verbesserung um 6,4 Prozentpunkte von 27,1 Prozent vor Sozialleistungen auf 20,7 Prozent danach.

ÖSTERREICH – Sozialleistungen halbieren Armutsgefährdung

In Österreich waren im Jahr 2010 12,1 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Das entspricht einer Halbierung der Armutsgefährdungsquote, die vor Sozialleistungen bei 24,1 Prozent lag. Ohne Sozialleistungen und Pensionen wären sogar 43 Prozent der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Das bedeutet, dass in Österreich 30 Prozent aller Einkommen aus Sozialleistungen (11 Prozent) und Pensionen (19 Prozent)³⁹ stammten. Neben Pensionen sind auch Sozialleistungen nicht nur Unterstützungsmaßnahmen, sondern dienen vielen EinwohnerInnen als Haupteinnahmequelle. Insgesamt waren 30 Prozent der österreichischen Bevölkerung auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen, denn für 8 Prozent der ÖsterreicherInnen waren Sozialleistungen und für 22 Prozent Pensionen die Haupteinnahmequelle.⁴⁰

Für manche Bevölkerungsgruppen in Österreich spielen Sozialleistungen eine besonders wichtige Rolle. Dazu zählen etwa Familien mit Kindern, von denen ohne Sozialleistungen 31

³⁷ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 145

³⁸ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 143

³⁹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband:

40

⁴⁰ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband:

42

Prozent armutsgefährdet wären. Aufgrund der Sozialleistungen waren nur mehr durchschnittlich 12 Prozent betroffen. Noch eklatanter stellt sich die Situation für AlleinerzieherInnenhaushalte und Familien mit 3 oder mehr Kindern dar, die ohne Sozialleistungen eine Armutsgefährdung von 50 bzw. 53 Prozent aufweisen würden. Dank der Sozialleistungen vermindert sich deren Gefährdung auf (immer noch überdurchschnittliche) 28 bzw. 18 Prozent. MigrantInnen (die nicht aus dem EU/EFTA-Raum kommen), die aufgrund der schweren Vergleichbarkeit und der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Ländern in dieser Übersicht keine Berücksichtigung finden, stellen in Österreich mit 31 Prozent eine der am stärksten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppen dar. Ohne Sozialleistungen wären jedoch 59 Prozent der MigrantInnen armutsgefährdet.⁴¹

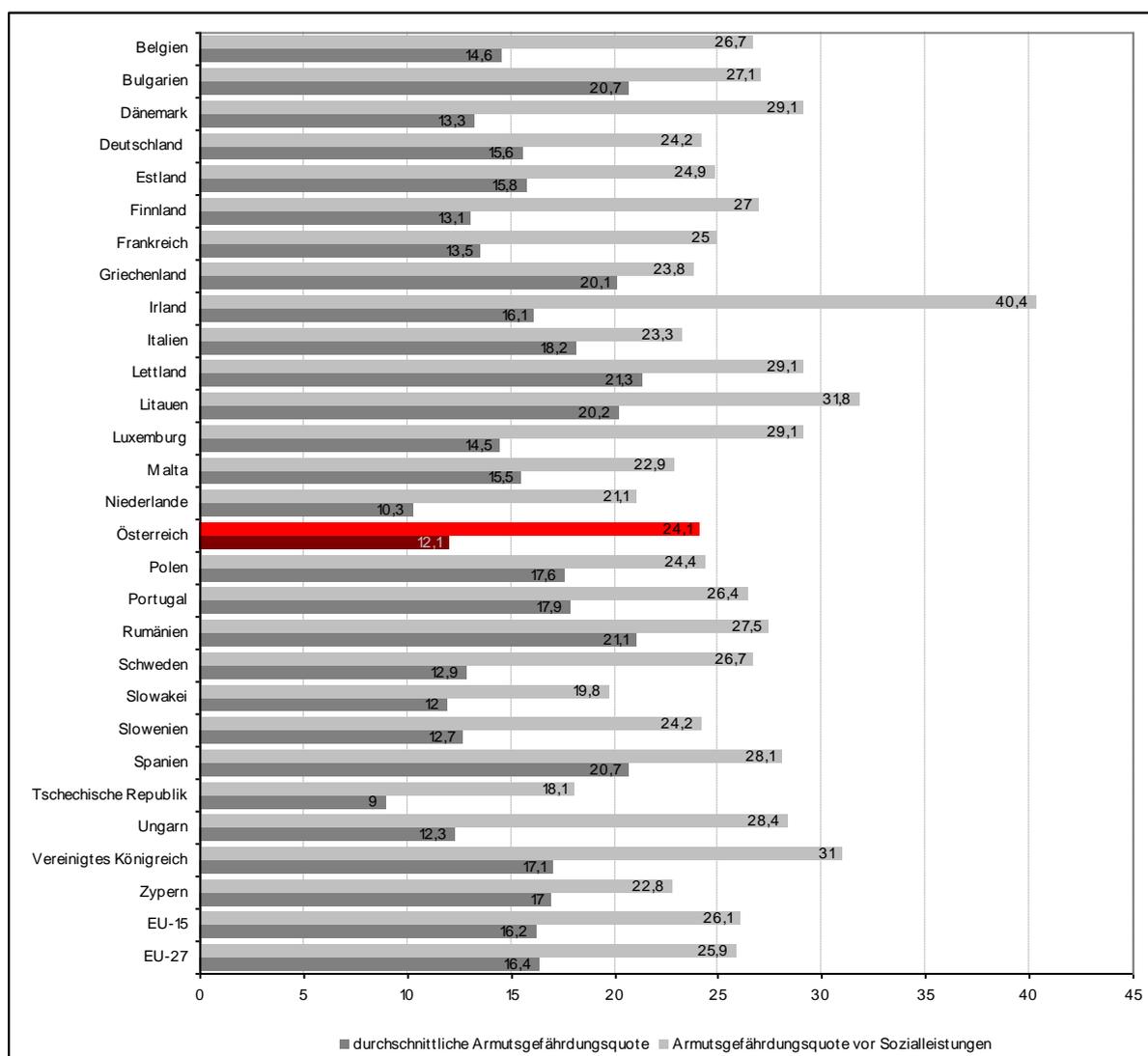


Abbildung 3: Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen in den EU-Staaten 2010⁴²

⁴¹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband: 67

⁴² <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tesov250&plugin=1> (Stand: 06/2012)

B.1.1.5. Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten

Die Haushaltszusammensetzung weist einen engen Zusammenhang mit dem Entstehen von Armut auf. „*Einerseits beeinflusst sie die Möglichkeiten einzelner Mitglieder, sich am Erwerbsleben zu beteiligen und zum gemeinsamen Haushaltseinkommen beizutragen, andererseits können niedrige oder fehlende individuelle Einkommen durch die Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden.*“ Bei der Unterscheidung von Mehr- und Einpersonenhaushalten kommt noch ein weiterer Faktor zum Tragen, denn in Mehrpersonenhaushalten können „*aufgrund der gemeinsamen Haushaltsführung etwa beim Wohnen oder beim Kauf von Nahrungsmitteln Kosten gespart werden. Weil in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotenziale aufgrund der gemeinsamen Haushaltsführung gegeben sind, verzeichnen alleinlebende Personen [...] generell ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Anders als in Mehrpersonenhaushalten wirken sich Einkommensnachteile und soziale Risiken in Einpersonenhaushalten unmittelbar auf den Lebensstandard aus.*“⁴³ In allen EU-Staaten haben demnach Einpersonenhaushalte eine höhere Armutsgefährdung als der Durchschnitt. Im EU-Durchschnitt waren ein Viertel aller Einpersonenhaushalte armutsgefährdet, das waren um 8,6 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt.

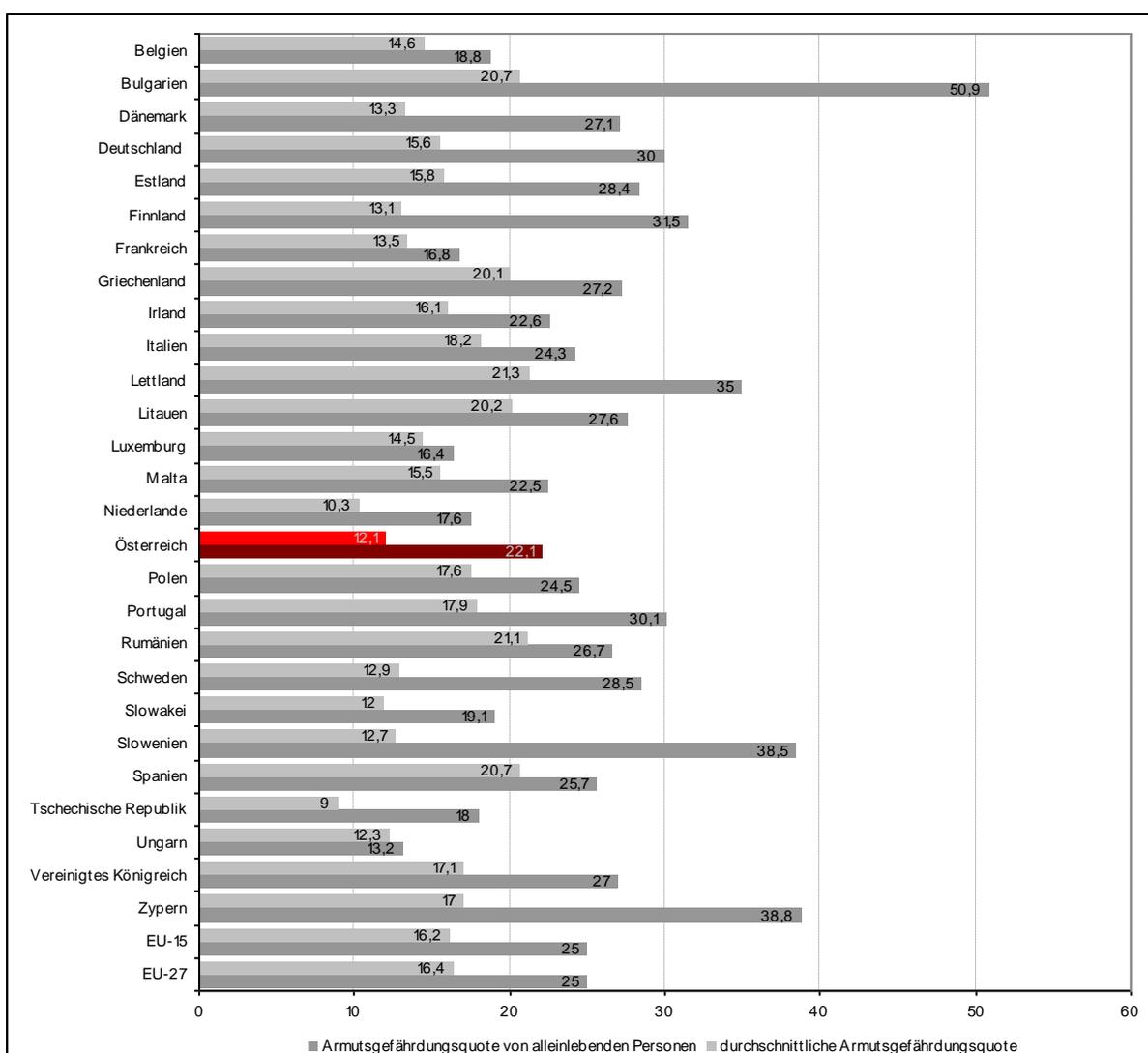


Abbildung 4: Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten im Vergleich mit durchschnittlicher Armutsgefährdung in den EU-Staaten 2010⁴⁴

⁴³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband: 50f

⁴⁴ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi121&language=de> (Stand: 06/2012)

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Bulgarien, Zypern, Slowenien

In Bulgarien waren 2010 mit 50,9 Prozent so viele alleinstehende Personen von Armut betroffen wie in keinem anderen EU-Land. Jede/r zweite Einpersonenhaushalt war armutsgefährdet. Bulgarien wies auch die größte Differenz (30,2 Prozentpunkte) der Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten und dem Durchschnitt auf. Immer noch sehr hoch war die Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten im Jahr 2010 in Zypern mit 38,8 Prozent und Slowenien mit 38,5 Prozent. Auch hier zeigt sich eine große Differenz von 21,8 bzw. 25,8 Prozentpunkten zwischen der Armutsgefährdung von Alleinstehenden und dem Durchschnitt der Bevölkerung.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Ungarn, Luxemburg, Frankreich

Am seltensten waren Einpersonenhaushalte in Ungarn von Armut betroffen. Nur 13,2 Prozent (und damit nur um 0,9 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt) der Alleinstehenden waren 2010 armutsgefährdet. In Luxemburg waren 16,4 Prozent (um 1,9 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt) und in Frankreich 16,8 Prozent (um 3,3 mehr als der Durchschnitt) der Einpersonenhaushalte gefährdet.

ÖSTERREICH – 8. niedrigste Armutsgefährdung

In Österreich lag die Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten im Jahr 2010 bei 22,1 Prozent und damit um 10 Prozentpunkte über dem österreichischen Durchschnitt. Mit Ausnahme von alleinlebenden männlichen Pensionisten hatten Einpersonenhaushalte in Österreich ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko, wobei Geschlechterunterschiede hier stark zum Tragen kommen.⁴⁵ „Mit Pension liegt das Armutsrisiko alleinlebender Frauen bei 26%, das der Männer beträgt hingegen nur die Hälfte (13%). Und auch ohne Pensionsbezug liegt die Armutsgefährdungsquote von Frauen mit 24% um 5 Prozentpunkte über der von Männern mit 19%.“⁴⁶

B.1.1.6. Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten nach Geschlecht

„Armutsgefährdung ist ein Haushaltsmerkmal – mit einem äquivalisierten Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle gelten alle Haushaltsmitglieder als armutsgefährdet. Auf die Einkommensverteilung innerhalb des Haushalts und die tatsächliche Verfügungsmöglichkeit über finanzielle Ressourcen können keine Rückschlüsse gezogen werden. Daher ist das Armutsrisiko von Personen nach individuellen Merkmalen wie dem Geschlecht nur eingeschränkt vergleichbar. Zur Messung von Geschlechterdisparitäten im Lebensstandard bietet sich alternativ der Vergleich von Einpersonenhaushalten an.“⁴⁷ Tatsächlich zeigt der Vergleich der Armutsgefährdungsquoten von Frauen und Männern in den europäischen Staaten nur minimale Unterschiede von maximal 3 Prozentpunkten.⁴⁸ Ein ganz anderes und differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man Armutsgefährdungsquoten von alleinstehenden Männern und Frauen miteinander vergleicht. Wenn sich auch EU-weit nur ein Unterschied von 2 Prozentpunkten ergibt, so unterscheiden sich die Verhältnisse in den einzelnen EU-Staaten teils drastisch voneinander. EU-weit liegt die Armutsgefährdung von alleinstehenden Frauen bei 25,9 Prozent, jene von alleinstehenden Männern bei 23,8 Prozent. Generell zeigt sich, dass ein Einpersonenhaushalt ein deutlich höheres Armutsgefährdungsrisiko aufweist als Mehrpersonenhaushalte (die einzigen Ausnahmen sind alleinstehende Frauen in Irland, Luxemburg und Ungarn). Entgegen der Annahme ist es auch keineswegs so, dass alleinstehende Frauen automatisch armutsgefährdeter sind als Männer, denn in einem Fünftel aller EU-Staaten wiesen alleinlebende Frauen sogar eine niedrigere Armutsgefährdungsquote auf. Am deutlichsten zeigt sich dies in Litauen und Irland, wo die Armutsgefährdungsquote von alleinstehenden Frauen um 17 bzw. 16 Prozentpunkte geringer war

⁴⁵ vgl. BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 51

⁴⁶ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 41

⁴⁷ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 40

⁴⁸ vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tessi010&plugin=1> (Stand: 06/2012)

als jene von alleinstehenden Männern. Anders verhält es sich bei Einpersonenhaushalten etwa in Zypern und Bulgarien, wo allein lebende Frauen eine um 28 bzw. 24 Prozentpunkte höhere Armutsgefährdungsquote aufwiesen als alleinstehende Männer.

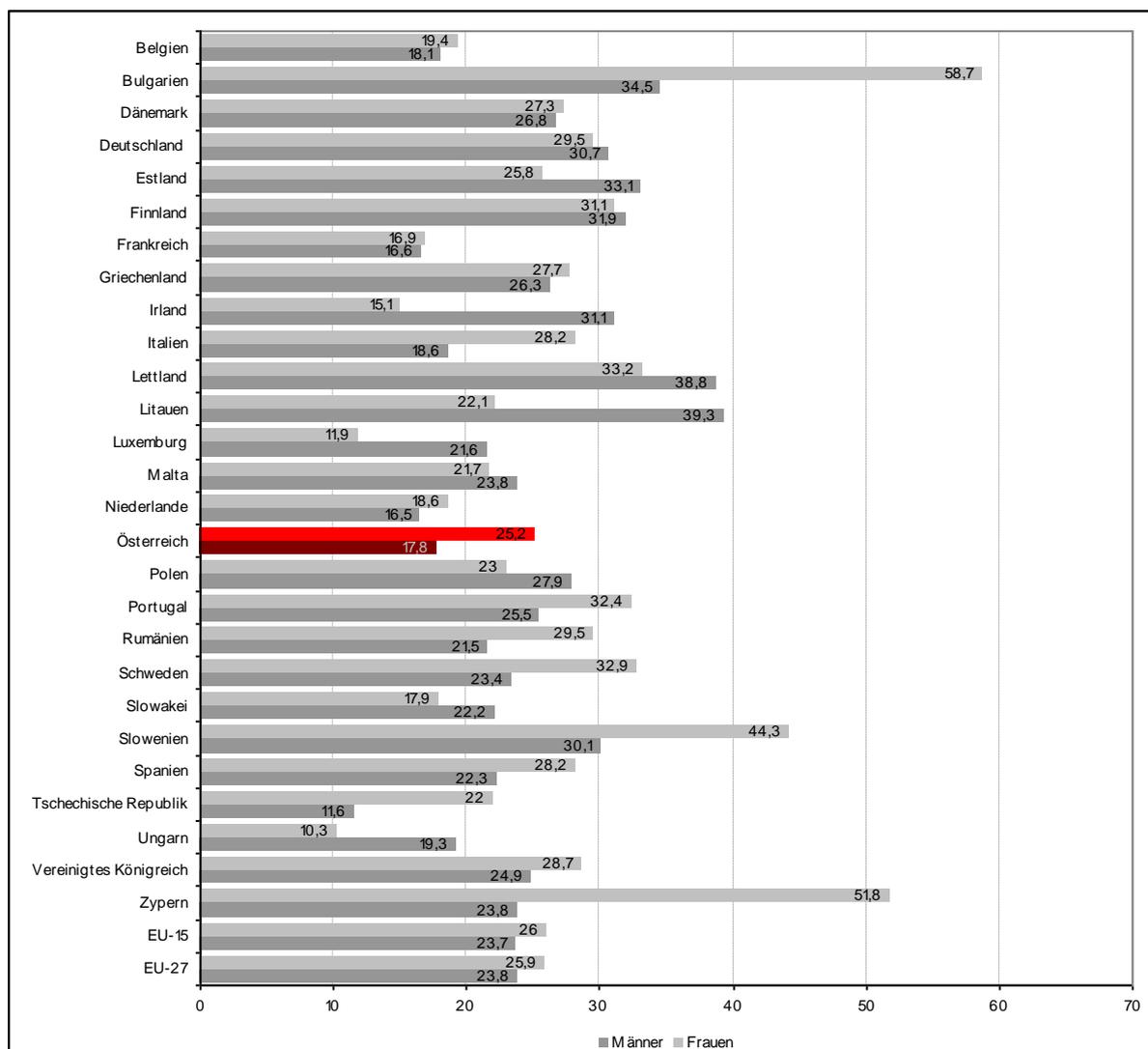


Abbildung 5: Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht⁴⁹

TOP 3 MÄNNER – hohe Armutsgefährdung: Litauen, Lettland, Bulgarien

Alleinstehende Männer waren besonders in den baltischen Staaten mit Armut konfrontiert. So wiesen sie 2010 in Litauen mit einer Quote von 39,3 Prozent die höchste Armutsgefährdung auf. Damit hatten sie eine um 17,2 Prozentpunkte höhere Armutsgefährdungsquote als alleinlebende Frauen in Litauen. In keinem anderen EU-Land war die Differenz zwischen der Armutsgefährdungsquote alleinstehender Männer und Frauen derart hoch. In Lettland waren 38,8 Prozent der männlichen Einpersonenhaushalte armutsgefährdet, in Bulgarien waren es 34,5 Prozent und in Estland 33,1 Prozent.

TOP 3 MÄNNER – niedrige Armutsgefährdung: Tschechien, Niederlande, Frankreich

Am wenigsten armutsgefährdet waren alleinstehende Männer 2010 in der Tschechischen Republik mit einer Armutsgefährdungsquote von 11,6 Prozent. In den Niederlanden waren 16,5 Prozent und in Frankreich 16,6 Prozent der männlichen Einpersonenhaushalte armutsgefährdet. Am viertniedrigsten war die Quote mit 17,8 Prozent bei österreichischen Männern.

49

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tsdsc240&language=de>
(Stand: 06/2012)

Alleinstehende österreichische Frauen hatten hingegen eine Armutsgefährdungsquote von 25,2 Prozent, also um 7,4 Prozentpunkte höher als jene der Männer, und waren EU-weit damit nur auf Platz 12.

TOP 3 FRAUEN – hohe Armutsgefährdung: Bulgarien, Zypern, Slowenien

In Bulgarien war mit 58,7 Prozent der höchste Anteil an alleinlebenden Frauen armutsgefährdet. Es waren auch um 24,2 Prozentpunkte mehr alleinlebende Frauen als Männer in Bulgarien armutsgefährdet. In Zypern war der Unterschied noch größer, dort betrug er 28 Prozentpunkte, wobei alleinstehende Frauen eine Armutsgefährdung von 51,8 Prozent aufwiesen. In Slowenien waren 44,3 Prozent der alleinstehenden Frauen armutsgefährdet.

TOP 3 FRAUEN – niedrige Armutsgefährdung: Ungarn, Luxemburg, Irland

Die niedrigste Armutsgefährdung wiesen 2010 alleinstehende Frauen in Ungarn mit einer Quote von 10,3 Prozent auf. Knapp dahinter lag Luxemburg mit 11,9 Prozent. Alleinstehende Frauen hatten hier eine um 9,7 Prozentpunkte niedrigere Armutsgefährdungsquote als Männer. Noch größer war die Differenz in Irland, wo sie 16 Prozentpunkte betrug und alleinstehende Frauen eine Armutsgefährdungsquote von 15,1 Prozent hatten.

B.1.2. Armutsgefährdungsschwellen

Da die Armutsgefährdungsschwellen vom nationalen Einkommen abhängen, unterscheiden sie sich zum Teil deutlich in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Durch die Berechnung über das nationale Medianeinkommen weisen Länder mit einem geringen Durchschnittseinkommen auch niedrigere Armutsgefährdungsschwellen auf.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdungsschwellen: Rumänien, Bulgarien, Lettland

Mit Abstand am niedrigsten ist die (jährliche) Armutsgefährdungsschwelle in Rumänien (1 Erwachsener: 2.122 Euro, 2 Erwachsene + 2 Kinder: 4.455 Euro), gefolgt von Bulgarien (1 Erwachsener: 3.528 Euro, 2 Erwachsene + 2 Kinder: 7.408) und Lettland (1 Erwachsener: 3.580 Euro, 2 Erwachsene + 2 Kinder: 7.517 Euro).

TOP 3 – hohe Armutsgefährdungsschwellen: Luxemburg, Zypern, Österreich

Länder mit höheren Durchschnittseinkommen, wozu auch Österreich zählt, weisen dementsprechend höhere Armutsgefährdungsschwellen auf. So ist sie in Luxemburg (1 Erwachsener: 16.048 Euro, 2 Erwachsene + 2 Kinder: 33.701 Euro) mit Abstand am höchsten. EU-weit hohe Schwellen zeigen sich auch in Zypern (1 Erwachsener: 11.840 Euro, 2 Erwachsene + 2 Kinder: 24.864 Euro) und in Österreich (1 Erwachsener: 11.451 Euro, 2 Erwachsene + 2 Kinder: 24.046 Euro).

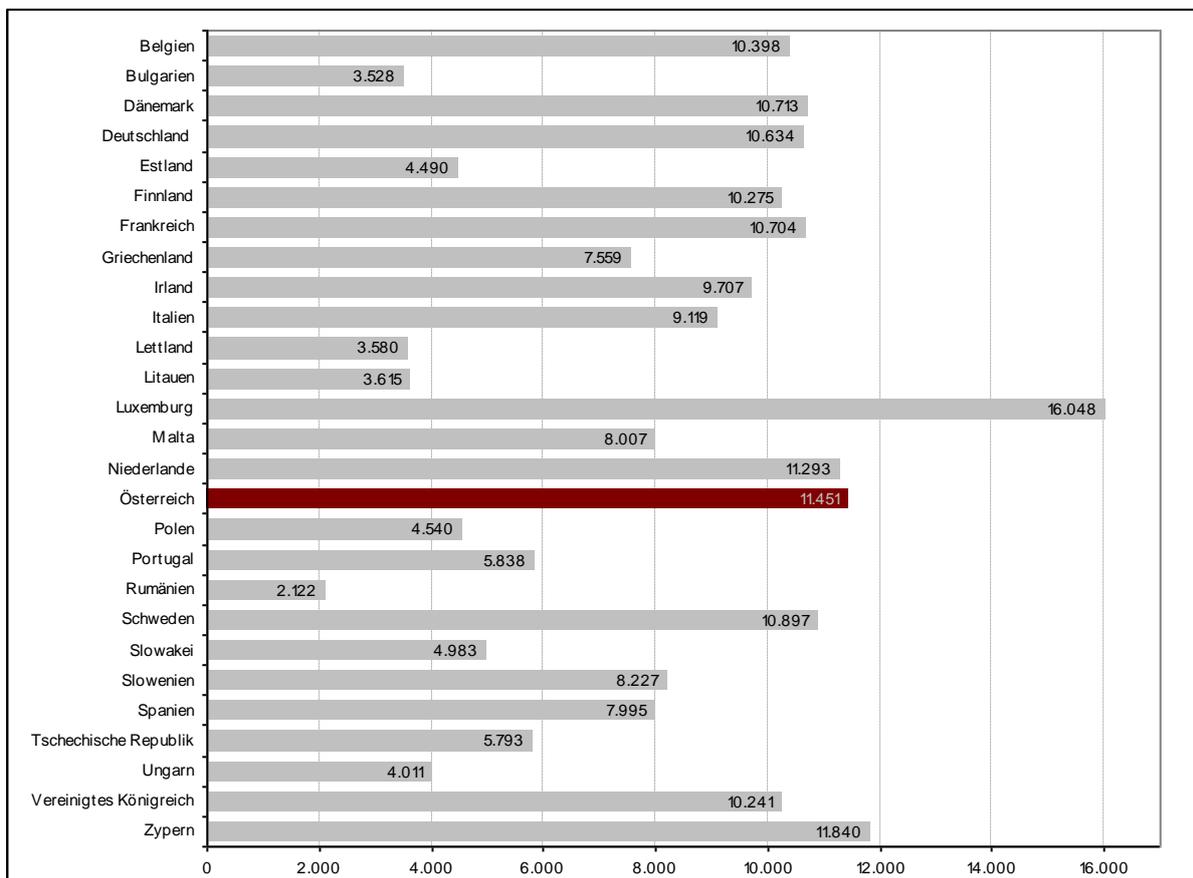


Abbildung 6: Armutsgefährdungsschwellen für Einzelpersonen in den EU-Staaten 2010 in Euro⁵⁰

⁵⁰ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi014>
(Stand: 06/2012)

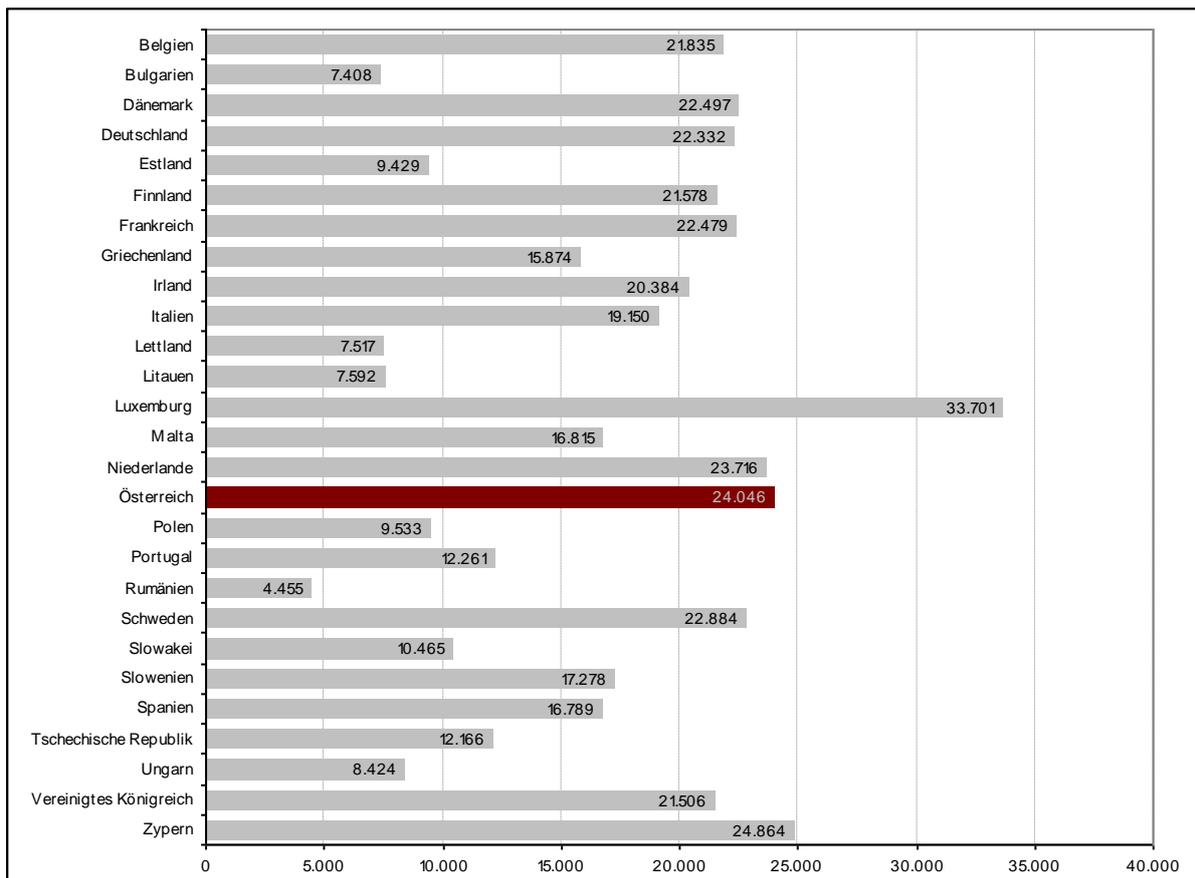


Abbildung 7: Armutsgefährdungsschwellen in Euro für zwei Erwachsene mit zwei Kindern jünger als 14 Jahre in den EU-Staaten 2010⁵¹

51

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi014&language=de>
(Stand: 06/2012)

B.1.3. Armut und Arbeit⁵²

Das Ausmaß und die Art der beruflichen Tätigkeit, die generelle Möglichkeit einer bezahlten Arbeit nachzugehen bzw. deren Verlust und die Dauer der daraus entstehenden Arbeitslosigkeit entscheiden in der Regel über die Lebensumstände einzelner Personen sowie der Haushalte, in denen sie leben.

Einen Einfluss auf das Erwerbsleben hat die Familiensituation und das vor allem bei Frauen. Dabei ist gerade das zusätzliche Einkommen der Frauen ausschlaggebend um Armutsgefährdung entgegenzuwirken. Diese weisen – im Regelfall – eine geringere Erwerbsbeteiligung auf als Männer und der Anteil an Teilzeitbeschäftigung ist weitaus höher. Dies liegt in erster Linie an familiären Betreuungspflichten von Kindern, aber auch von älteren Familienangehörigen.

In den einzelnen EU-Staaten stellt sich die Situation teils sehr differenziert dar und das sowohl bei der Erwerbsbeteiligung, dem Beschäftigungsmaß und der Armutsgefährdung.

B.1.3.1. Armutsgefährdung von erwerbstätigen Personen

„Erwerbsarbeit ist der wichtigste Schutz gegen Armutsgefährdung.“⁵³ In vielen Fällen reicht aber auch die Erwerbsarbeit nicht aus, um ein Einkommen zu erreichen, das über der Armutsgefährdungsschwelle liegt. „Personen, denen trotz Erwerbstätigkeit kein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zur Verfügung steht, werden als ‚working poor‘ bezeichnet.⁵⁴ [...] Ursache für Armut trotz Erwerbstätigkeit kann sowohl eine Teilzeit, nicht ganzjährige oder gering entlohnte Tätigkeit als auch die Haushaltssituation sein, d.h. dass mit einem Einkommen mehrere Personen erhalten werden müssen.“⁵⁵

B.1.3.1.1. Erwerbstätigenquoten

„Diese Erwerbstätigenquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen⁵⁶ im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse.“⁵⁷ In der Erwerbstätigenquote spiegeln sich die unterschiedlichen Strukturen des Arbeitsmarktes der einzelnen Länder wider. So gibt es zwischen den Ländern teils beträchtliche Unterschiede. In der Europäischen Union betrug die Erwerbstätigenquote im Jahr 2010 durchschnittlich 64,1 Prozent. Das bedeutet, dass in allen 27 EU-Staaten zusammen 212 Mio. BürgerInnen einer Erwerbstätigkeit nachgingen.⁵⁸

⁵² Die Arbeitsmarktdaten basieren auf dem Labour Force-Konzept. Demnach „gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normaler Weise einer Beschäftigung nachgeht. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.“ (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/index.html)

⁵³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 20

⁵⁴ „In EU-SILC sind jene armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) als „working poor“ definiert, die im Verlauf des Referenzjahres zumindest einen Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren.“ (BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 45)

⁵⁵ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 45

⁵⁶ „Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.“ (vgl.

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem010> (Stand: 06/2012))

⁵⁷ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem010> (Stand: 06/2012)

⁵⁸ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database (Stand: 06/2012)

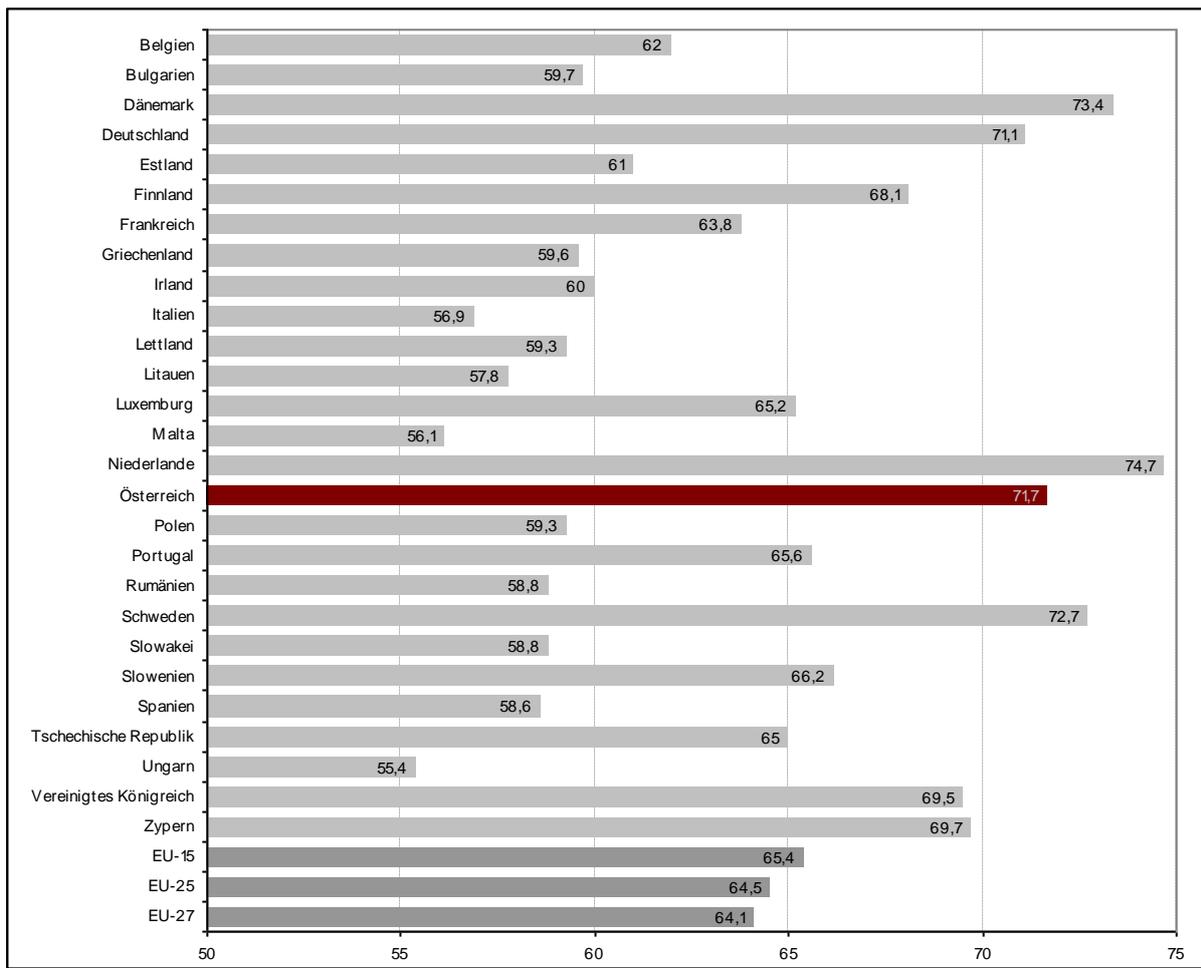


Abbildung 8: Erwerbstätigenquoten in den EU-Staaten 2010⁵⁹

TOP 3 – niedrige Erwerbstätigenquote: Ungarn, Malta, Italien

Die insgesamt niedrigste Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen hatte Ungarn mit 55,4 Prozent. In Ungarn lag die Erwerbsintensität, sowohl jene der Frauen als auch der Männer, weit unter dem EU-Durchschnitt. Frauen wiesen die viert- und Männer die drittniedrigste Quote auf. Die zweittniedrigste Erwerbstätigenquote innerhalb der EU hatte Malta mit 56,1 Prozent. Gedrückt wurde die Erwerbstätigenquote in Malta durch die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen. Die der Männer liegt nämlich knapp über den EU-27-Durchschnitt. Auch in Italien drückte sich die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen in einer sehr niedrigen durchschnittlichen Erwerbstätigenquote von 56,9 Prozent aus, wobei aber auch jene der Männer unter dem Durchschnitt der EU-27 liegt.

TOP 3 – hohe Erwerbstätigenquote: Niederlande, Dänemark, Schweden

In den EU-Ländern mit hoher Erwerbstätigenquote sind Frauen sehr stark im Arbeitsmarkt eingebunden. Die höchsten Erwerbstätigenquoten fanden sich in den Niederlanden sowie den beiden skandinavischen Ländern Dänemark und Schweden. In den Niederlanden betrug die Erwerbstätigenquote 74,7 Prozent, wobei Männer die höchste und Frauen die dritthöchste Erwerbsbeteiligung innerhalb der EU aufwiesen. Dänemark hatte mit 73,4 Prozent die zweithöchste Erwerbstätigenquote. Hier wiesen Frauen gar die höchste Erwerbsbeteiligung auf, während Männer EU-weit nur an fünfter Stelle lagen. Bedingt durch die zweithöchste Erwerbstätigenquote von Frauen in der EU (Männer lagen auf Platz sechs) lag Schweden im Durchschnitt auf Platz drei. Auf Platz vier folgt bereits Österreich mit einer Erwerbstätigenquote von 71,7 Prozent, wobei Männer die zweithöchste und Frauen die fünftöchste Erwerbstätigenquote innerhalb der EU aufwiesen.

⁵⁹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem010>
(Stand: 06/2012)

B.1.3.1.2. Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht

In nahezu allen EU-Ländern ist eine unterschiedlich starke Erwerbsintensität von Frauen und Männern festzustellen, wobei sie bei Männern in der Regel höher liegt. Am deutlichsten zeigte sich dies in Malta, wo der Unterschied 33 Prozentpunkte betrug. Ein komplett anderes Bild zeigte sich in den baltischen Staaten. In Lettland und Litauen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen als einzige über jener der Männer, in Estland nur gering darunter. Die Erwerbsbeteiligung von Männern lag im EU-Durchschnitt bei 70,1 Prozent. Bei den Frauen lag sie mit 58,2 Prozent um 11,9 Prozentpunkte darunter.

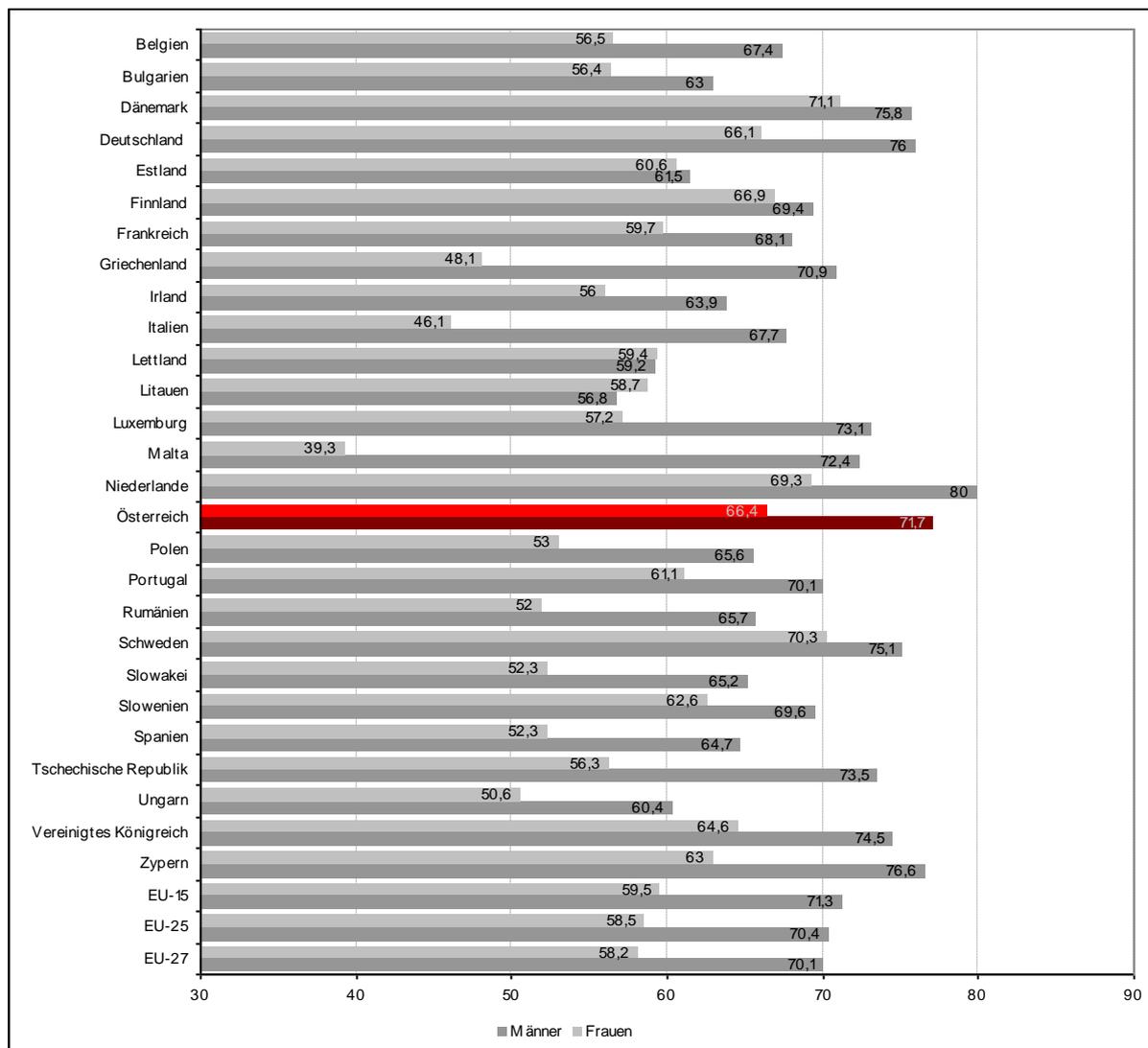


Abbildung 9: Erwerbstätigenquoten (15-64 Jahre) in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht⁶⁰

TOP 3 MÄNNER – niedrige Erwerbstätigenquote: Litauen, Lettland, Ungarn

Die niedrigsten Erwerbstätigenquoten von Männern in der EU fanden sich in den drei baltischen Staaten Litauen (56,8 Prozent), Lettland (59,2 Prozent), Estland (61,5 Prozent) und in Ungarn (60,4 Prozent). Während die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Ungarn auch niedrig war, lag die Erwerbstätigenquote der Frauen in den baltischen Staaten im EU-Durchschnitt bzw. sogar leicht darüber. In Litauen und Lettland lag sie sogar über jener der Männer, in Estland nur um 0,9 Prozentpunkte darunter.

⁶⁰ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem010>
(Stand: 06/2012)

TOP 3 MÄNNER – hohe Erwerbstätigenquote: Niederlande, Österreich, Zypern

Bei der Erwerbsbeteiligung der Männer lag der Spitzenwert bei 80 Prozent. In den Niederlanden waren vier von fünf Männern erwerbstätig. In fünf weiteren EU-Ländern lag die Erwerbstätigenquote über 75 Prozent. Österreich wies im Jahr 2010 mit 77,1 Prozent die zweithöchste Erwerbsbeteiligung von Männern auf. Danach folgen Zypern (76,6 Prozent), Deutschland (76 Prozent), Dänemark (75,8 Prozent) und Schweden (75,1 Prozent).

TOP 3 FRAUEN – niedrige Erwerbstätigenquote: Malta, Italien, Griechenland

Die niedrigsten Erwerbstätigenquoten von Frauen fanden sich in den südeuropäischen Staaten Malta (39,3 Prozent), Italien (46,1 Prozent) und Griechenland (48,1 Prozent). In allen anderen EU-Staaten lag die Erwerbsbeteiligung von Frauen zumindest über 50 Prozent. In den drei Ländern, in denen Frauen am häufigsten vom Arbeitsmarkt fern blieben, zeigt sich auch die deutlichste Geschlechterdifferenz innerhalb der EU. In Malta betrug der Unterschied zwischen Frauen- und Männererwerbstätigenquote 33,1 Prozentpunkte. Auch in Griechenland machte der Unterschied mit 22,8 und in Italien mit 21,6 Prozentpunkten noch mehr als 20 Prozentpunkte aus.

TOP 3 FRAUEN – hohe Erwerbstätigenquote: Dänemark, Schweden, Niederlande

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist tendenziell in den Nordischen Staaten der EU sehr hoch. Aber auch dort lag der Spitzenwert um 10 Prozentpunkte unter dem Spitzenwert der Männer. In Dänemark und Schweden war sie im Jahr 2010 mit 71,1 bzw. 70,3 Prozent am höchsten. Auch Finnland wies mit 66,9 Prozent die vierthöchste Erwerbstätigenquote von Frauen auf. In den Niederlanden nahmen mit 69,3 Prozent noch etwas mehr Frauen am Erwerbsprozess teil. Österreich wies EU-weit mit 66,4 Prozent die fünfthöchste Frauenerwerbsquote auf.

B.1.3.1.3. Armutsgefährdungsquoten

Erwerbsarbeit senkt die Armutsgefährdung und das in allen EU-Ländern. Trotzdem waren im Jahr 2010 in der Europäischen Union 8,5 Prozent der Erwerbstätigen „working poor“, also trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet. Das sind etwa 18 Millionen Menschen. Durch eine Erwerbstätigkeit halbiert sich EU-weit die Armutsgefährdung. Nicht in allen Ländern trägt eine Erwerbstätigkeit jedoch in diesem Ausmaß zur Armutsreduktion bei.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Rumänien, Griechenland, Spanien

Den mit Abstand höchsten Anteil an „working poor“ hatte mit Rumänien ein Land mit einer sehr hohen durchschnittlichen Armutsgefährdung. 17,3 Prozent der Erwerbstätigen waren 2010 armutsgefährdet, das ist um nur 3,8 Prozentpunkte geringer als die durchschnittliche Armutsgefährdung der Gesamtbevölkerung. Arbeit führte in Rumänien nur zu einer geringen Reduktion der Armutsgefährdung. Einen hohen Anteil an „working poor“ hatten auch die beiden südeuropäischen Länder Griechenland (13,8 Prozent) und Spanien.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Tschechische Republik, Finnland, Belgien

Die Tschechische Republik hatte die niedrigste Armutsgefährdung in der Europäischen Union und auch den niedrigsten Anteil an „working poor“. Nur 3,7 Prozent der Erwerbstätigen mussten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle leben, das waren um 5,3 Prozentpunkte weniger als der Landesdurchschnitt. In Finnland betrug die Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigen ebenfalls nur 3,7 Prozent, allerdings war hier die Differenz zum Landesdurchschnitt – mit 9,4 Prozentpunkten – größer. In Belgien waren 4,5 Prozent der Erwerbstätigen „working poor“, damit war die Armutsgefährdung für diese Gruppe um 10,1 Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt des Landes.

ÖSTERREICH – 4. niedrigste Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen betrug in Österreich im Jahr 2010 4,9 Prozent. Das war die viertniedrigste „working poor“-Quote innerhalb der Europäischen Union. Der Anteil der „working poor“ ist in Österreich seit dem Jahr 2005 kontinuierlich zurückgegangen. „Gründe für die positive Entwicklung sind die höhere Beschäftigungsquote von Frauen (überproportional viele Frauen in Paar-Haushalten sind erwerbstätig), der relativ geringe Anteil prekärer Beschäftigungsformen und der hohe Anteil kollektivvertraglich geregelter Beschäftigungsverhältnisse.“⁶¹ Beim Rückgang zum Jahr davor spielte auch die Wirtschaftskrise eine Rolle, denn EU-SILC 2010 bezieht sich auf die Einkommen des Jahres 2009, „also jenes Jahr, in dem die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auch die österreichische Realwirtschaft erfassten.“⁶² Während die Zahl der Erwerbstätigen gesunken ist, ist jene der Arbeitslosen gestiegen. Das bedeutet: Viele „working poor“ sind in die Arbeitslosigkeit abgewandert. „Vorläufige EU-SILC-Längsschnittdaten deuten darauf hin, dass ‚working poor‘ besonders schlecht vor krisenbedingten Entwicklungen am Arbeitsmarkt geschützt waren: Wer im Jahr zuvor als ‚working poor‘ galt, hatte ein mindestens viermal so hohes Risiko während des Krisenjahres 2009 arbeitslos zu werden, als andere Erwerbstätige.“⁶³ Betroffen von „working poor“ waren vor allem auch ausländische StaatsbürgerInnen, denn mehr „als ein Viertel der armutsgefährdeten Erwerbstätigen hat keine österreichische Staatsbürgerschaft, unter den Nichtarmutsgefährdeten hingegen lediglich ein Zehntel.“⁶⁴

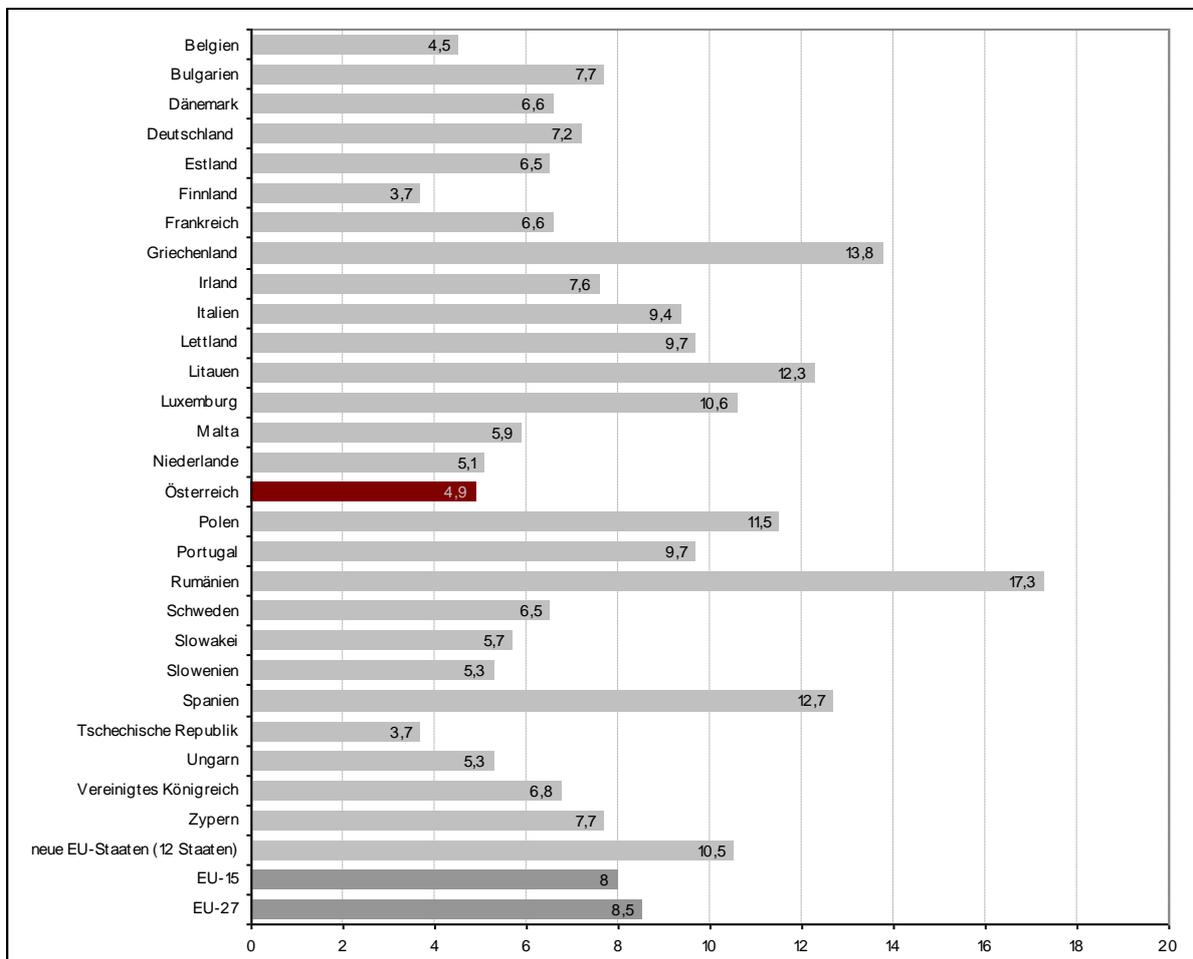


Abbildung 10: Armutsgefährdungsquoten von Erwerbstätigen in den EU-Staaten 2010⁶⁵

⁶¹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: Vorwort

⁶² BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 47

⁶³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 48

⁶⁴ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 47

⁶⁵ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tesov110> (Stand: 06/2012)

B.1.3.2. Armutsgefährdung nach Beschäftigungsmaß (Voll- und Teilzeit)

Erwerbsarbeit ist ein guter Schutz vor Armut. Dies trifft jedoch nicht auf alle Erwerbsformen gleichermaßen zu. Während Vollzeitbeschäftigung in jedem Fall eine armutslindernde Wirkung hat, kann Teilzeitbeschäftigung nicht immer ein Einkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle gewährleisten. So kommt es, dass in manchen EU-Staaten die Armutsgefährdungsquoten von Teilzeitbeschäftigten über dem Landesdurchschnitt liegen. Betroffen sind von diesem Umstand vorwiegend Frauen, die weitaus öfter als Männer in Teilzeitbeschäftigungen zu finden sind. Jedoch liefern diese Frauen, sofern sie in einem Mehrpersonenhaushalt leben, oft das notwendige zusätzliche Einkommen. *„Bei der Armutsreduktion in Familien kommt vor allem der Erwerbsbeteiligung von Frauen große Bedeutung zu. Sie tragen immer häufiger zum Haushaltseinkommen bei, Betreuungs- und Versorgungspflichten sowie ein fehlendes Angebot an (gut erreichbaren) Arbeitsplätzen sind jedoch Gründe dafür, warum die Erwerbsbiographien vieler Frauen nach wie vor durch Teilzeitbeschäftigung charakterisiert sind.“*⁶⁶ Dies zeigen auch empirische Ergebnisse (siehe weiter unten), wonach Betreuungspflichten (von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern) für Frauen der Hauptgrund sind, eine Teilzeitstelle anzunehmen. Zu verallgemeinern ist dieser Befund jedoch nicht, denn es gibt auch in der Europäischen Union Staaten, wie etwa Bulgarien oder die Slowakei, in denen Teilzeitbeschäftigung so gut wie keine Rolle spielt.

B.1.3.2.1. Teilzeitquoten

Der Anteil der teilzeiterwerbstätigen Bevölkerung (zwischen 15 und 64 Jahren) gemessen an den Gesamtbeschäftigten betrug im Jahr 2010 im EU-27-Durchschnitt 18,6 Prozent. Damit waren im Jahr 2010 insgesamt etwa 39 Millionen Menschen teilzeitbeschäftigt.⁶⁷ In den letzten zehn Jahren hat dieser Anteil um 2,9 Prozentpunkte zugenommen. Nur in drei Ländern (Rumänien, Polen, Bulgarien) ist die Teilzeitquote zwischen 2000 und 2010 zurückgegangen. Am meisten gestiegen ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten innerhalb der EU in Österreich, nämlich um 7,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2000. In den Niederlanden, die schon vor 10 Jahren die höchste Teilzeitquote hatten, stieg der Anteil im gleichen Zeitraum um 6,4 Prozentpunkte und in Dänemark um 6 Prozentpunkte.

Die Teilzeitquoten unterscheiden sich in den einzelnen EU-Staaten teils drastisch voneinander. So bildete Bulgarien mit einer Teilzeitquote von nur 2,2 Prozent das Schlusslicht, während die Niederlande mit 48,3 Prozent mit Abstand am meisten Teilzeitbeschäftigte vorzuweisen hatten.

TOP 3 – niedrige Teilzeitquote: Bulgarien, Slowakei, Tschechische Republik

In Bulgarien und der Slowakei war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten mit 2,2 bzw. 3,8 Prozent verschwindend gering. Hier arbeiteten auch Frauen kaum Teilzeit, womit diese überaus geringen Quoten zu erklären sind. Wenn doch eine Teilzeitstelle angenommen wurde, dann meistens aus dem Grund, dass eine Vollzeitstelle nicht verfügbar war. In der Tschechischen Republik liegt die Teilzeitquote bei 5,1 Prozent, wobei 9 Prozent der Frauen eine Teilzeitstelle innehatten.

TOP 3 – hohe Teilzeitquote: Niederlande, Vereinigtes Königreich, Dänemark

Insgesamt gab es in der EU acht Staaten (Niederlande, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Deutschland, Belgien, Schweden, Österreich, Irland) mit einer Teilzeitquote von über 20 Prozent. Mit Abstand am höchsten war die Teilzeitbeschäftigung in den Niederlanden mit einer Quote von 48,3 Prozent. Drei Viertel der Frauen, aber auch ein Viertel der Männer arbeiteten in den Niederlanden Teilzeit, so viel wie nirgendwo sonst. Die Gründe hierfür lagen weniger an der mangelnden Verfügbarkeit von Vollzeitarbeitsplätzen begründet, sondern bei Män-

⁶⁶ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 53f

⁶⁷ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_ifs/data/database (Stand: 06/2012)

nen (zu 42 Prozent) im Erwerb einer (Zusatz-)Qualifikation und bei Frauen (zu 40 Prozent) aufgrund von Betreuungsaufgaben. Das Vereinigte Königreich, Dänemark, Deutschland und Schweden wiesen Teilzeitquoten zwischen 25,3 und 25,7 Prozent auf. Die Gründe hierfür sind allerdings verschieden. In Dänemark ebenso wie in den Niederlanden spielte nicht die Verfügbarkeit eines ganztägigen Arbeitsplatzes eine Rolle, auch hier wurde zugunsten einer Ausbildung Teilzeit gearbeitet. Im Unterschied zu den Niederlanden wurde diese Möglichkeit auch stark von Frauen genutzt. Für dänische Frauen spielten Kinderbetreuungsaufgaben keine Rolle bei der Entscheidung Teilzeit zu arbeiten, allerdings zogen viele aufgrund von familiären oder persönlichen Verantwortungsbereichen eine Teilzeit- einer Vollzeitarbeitsstelle vor. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich spielten bei Männern vor allem die nicht Verfügbarkeit von ganztägigen Beschäftigungen eine Rollen, bei Frauen eher Betreuungsaufgaben. In Schweden arbeiteten sowohl knapp 30 Prozent der Männer als auch Frauen Teilzeit aufgrund des Mangels an Vollzeitarbeitsplätzen.

Österreich – 6. höchste Teilzeitquote

Österreich hatte mit 24,2 Prozent die sechshöchste Teilzeitquote innerhalb der EU. In Österreich ist die Teilzeitquote zwischen 2005 und 2010 überdurchschnittlich stark, um 2,8 Prozentpunkte, angestiegen. Der EU-weite Anstieg betrug 0,8 Prozentpunkte.

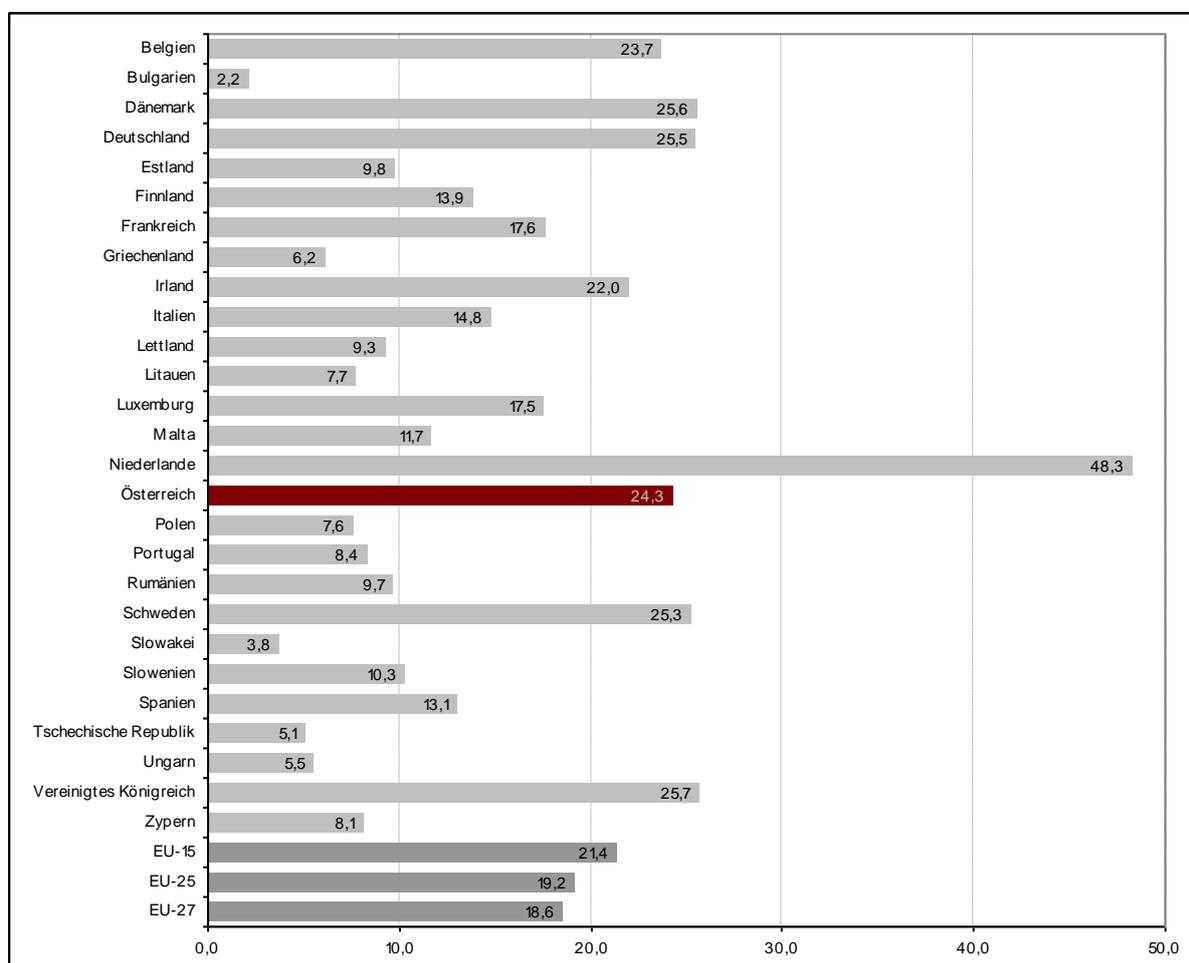


Abbildung 11: Anteil der Teilzeitbeschäftigten (an den Gesamtbeschäftigten) in den EU-Staaten 2010 (15-64 Jahre)⁶⁸

⁶⁸ http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsq_eppga&lang=de (Stand: 06/2012)

B.1.3.2.2. Teilzeitquoten nach Geschlecht

Teilzeitbeschäftigung ist nach wie vor weiblich. In allen EU-Staaten ist die Teilzeitquote von Frauen höher als jene von Männern, auch wenn es zwischen den einzelnen Staaten erhebliche Unterschiede gibt. EU-weit lag die Teilzeitquote der Männer bei 7,9 Prozent. Jene der Frauen war viermal so hoch. Sie lag bei 31,4 Prozent im Jahr 2010, das waren um 23,5 Prozentpunkte mehr.

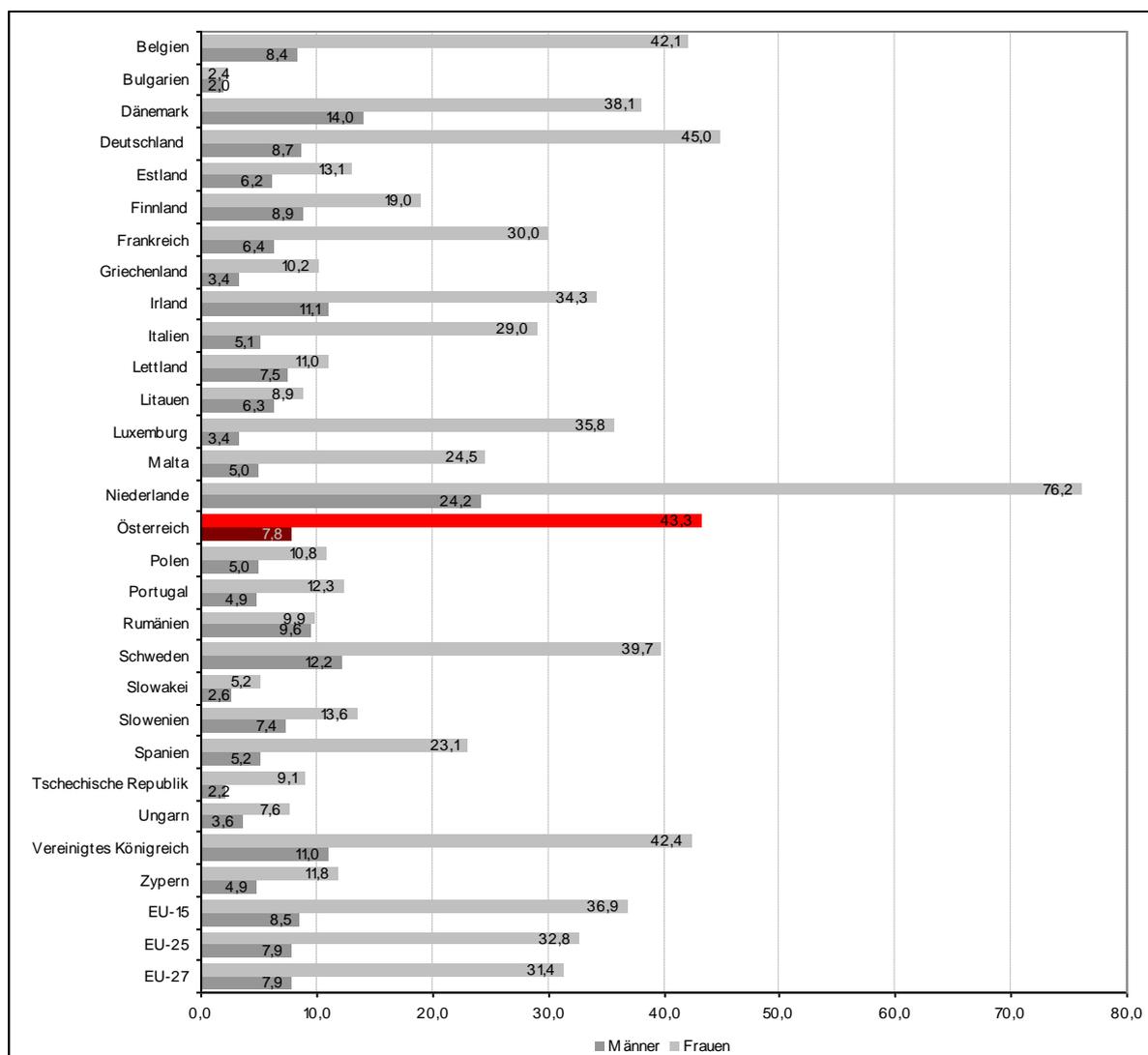


Abbildung 12: Anteil der Teilzeitbeschäftigten (an den Gesamtbeschäftigten) in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht (15-64 Jahre)⁶⁹

TOP 3 MÄNNER – niedrigste Teilzeitquote: Bulgarien, Tschechien, Slowakei

In Bulgarien (2 Prozent), der Tschechischen Republik (2,2 Prozent) und der Slowakei (2,6 Prozent) arbeitet nur ein verschwindend geringer Teil der erwerbstätigen Männer Teilzeit.

TOP 3 MÄNNER – höchste Teilzeitquote: Niederlande, Dänemark, Schweden

In den Niederlanden war fast die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse von Männern Teilzeitanstellungen. Auch wenn die Differenz zwischen der Frauen- und Männerteilzeitquote ungläubliche 52 Prozentpunkte betrug, hatten die niederländischen Männer mit 24,2 Prozent die mit Abstand höchste Teilzeitquote innerhalb der Europäischen Union. Vermehrt teilzeiterwerbstätig waren auch die skandinavischen Männer. In Dänemark betrug die Teilzeitquote 14 und in Schweden 12,2 Prozent.

⁶⁹ http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsq_eppga&lang=de (Stand: 06/2012)

TOP 3 FRAUEN – niedrigste Teilzeitquote: Bulgarien, Slowakei, Ungarn

Ähnlich wie bei den Männern war auch bei den Frauen in Bulgarien (2,4 Prozent) und der Slowakei (5,2 Prozent) der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen sehr niedrig. In Ungarn betrug die Teilzeitquote von Frauen 7,6 Prozent.

TOP 3 FRAUEN – höchste Teilzeitquote: Niederlande, Deutschland, Österreich

In den Niederlanden waren drei von vier erwerbstätigen Frauen (76,2 Prozent) Teilzeit erwerbstätig, so viel wie in keinem anderen EU-Land. Die zweithöchste Teilzeitquote der Frauen hatte im Jahr 2010 Deutschland mit 45 Prozent. Knapp dahinter lagen die österreichischen Frauen mit 43,3 Prozent. Im Vergleich dazu hatten die österreichischen Männer eine Teilzeitquote von 7,8 Prozent also um 35,5 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Männer im EU-Durchschnitt, während die Frauen deutlich darüber lagen.

B.1.3.2.3. Gründe für Teilzeitbeschäftigung

Derzeit gibt es in den 27 EU-Staaten etwa 40 Millionen Teilzeitbeschäftigte, Tendenz steigend. Teilzeitarbeit wird aber nicht immer freiwillig ausgeübt, so war für 27 Prozent der Hauptgrund für eine Teilzeitbeschäftigung, dass kein ganztägiger Arbeitsplatz gefunden werden konnte. Ein großer Teil der Beschäftigten arbeitete Teilzeit aufgrund der Notwendigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Für 23 Prozent waren Kinder- bzw. Erwachsenenbetreuung der ausschlaggebende Grund für Teilzeitbeschäftigung. Hier zeigt sich jedoch ein ganz klarer Geschlechtsunterschied, denn für nur 4 Prozent der Männer, aber für 28 Prozent der Frauen fiel die Wahl auf eine Teilzeitarbeit aufgrund von privaten Verpflichtungen der Kinderbetreuung oder Betreuung von erwerbsunfähigen Erwachsenen. Hingegen arbeiteten 36 Prozent der Männer Teilzeit, weil kein Vollzeitarbeitsplatz zu finden war, was bei Frauen nur bei 24 Prozent der Fall war. Weitere 20 Prozent der Männer arbeiteten Teilzeit neben einer Ausbildung oder beruflicher Fortbildung, bei Frauen ist dies nur bei 7 Prozent der Fall. Während also Männer aufgrund mangelnder Alternative oder aufgrund einer (Zusatz-)Ausbildung eine Teilzeitstelle annahmen, war dies bei Frauen eher aufgrund von familiären Verpflichtungen der Fall.⁷⁰

Es ergaben sich aber zwischen den einzelnen Ländern teils gravierende Unterschiede, warum eine Teilzeitarbeit gewählt wurde. Die höchsten Anteile von teilzeitbeschäftigten Personen, die den Wunsch hatten, mehr Stunden zu arbeiten, einen ganztägigen Arbeitsplatz aber nicht finden konnten, fanden sich in Griechenland (54,7 Prozent), Rumänien und Bulgarien (jeweils 54,4 Prozent). Dies sind Mitgliedstaaten, in denen der Prozentsatz teilzeitbeschäftigter Personen eher gering ist. Auf der anderen Seite wurden die niedrigsten Anteile in den Niederlanden (5,7 Prozent) und Belgien (11,4 Prozent) verzeichnet, wo Teilzeitarbeit weit verbreitet ist, sowie in Slowenien (7,5 Prozent) und Luxemburg (7,9 Prozent).

Nur 10 Prozent der Teilzeitbeschäftigten in den EU-27-Ländern arbeiteten in dieser Beschäftigungsform aufgrund einer Ausbildung oder beruflichen Fortbildung. In einigen Staaten liegt dieser Prozentsatz aber weit höher, wie in Dänemark (36,1 Prozent) und den Niederlanden (22,3 Prozent), die auch eine hohe Teilzeitquote aufwiesen, aber auch in Slowenien (32,6 Prozent) und Finnland (27 Prozent). Sehr niedrig war der Anteil in Frankreich (1,2 Prozent), Rumänien (1,3 Prozent), Belgien und Luxemburg (jeweils 3 Prozent).

⁷⁰ Gründe für Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht siehe Tabelle im Anhang.

	konnte nicht einen ganztägigen Arbeitsplatz finden	in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung	andere familiäre oder persönliche Verantwortungsbereiche	Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen	Krankheit oder Unfähigkeit besitzen	andere Gründe
Belgien	11,4	3,0	31,9	15,6	4,7	33,5
Bulgarien	54,4	-	-	-	-	21,3
Dänemark	15,6	36,1	31,1	3,1	8,5	5,5
Deutschland	21,9	10,4	19,6	23,6	2,8	21,8
Estland	22,3	19,9	-	-	-	41,3
Finnland	27,9	27,0	27,5	8,7	8,8	-
Frankreich	31,8	1,2	15,5	28,7	5,9	16,9
Griechenland	54,7	5,2	4,4	7,2	1,1	27,4
Irland	32,3	13,9	26,6	16,6	1,3	9,2
Italien	50,4	3,7	6,3	22,3	1,8	15,5
Lettland	43,2	8,1	8,1	-	-	35,1
Litauen	39,2	6,1	10,2	-	7,4	33,6
Luxemburg	7,9	3,0	33,8	31,5	4,4	19,4
Malta	19,3	12,6	28,2	14,6	-	22,7
Niederlande	5,7	22,3	4,4	32,4	4,1	31,1
Österreich	11,5	11,2	16,8	33,2	2,6	24,7
Polen	21,9	11,1	3,6	7,6	7,8	48,0
Portugal	43,0	5,1	24,3	4,0	8,6	15,1
Rumänien	54,4	1,3	4,6	2,5	3,0	34,2
Schweden	27,6	12,0	15,3	18,4	11,0	15,7
Slowakei	27,7	3,8	-	3,4	8,5	53,9
Slowenien	7,5	32,6	1,7	7,6	19,9	30,6
Spanien	49,3	8,3	7,4	14,6	1,5	19,0
Tschechische Republik	15,8	13,8	9,2	20,1	18,1	23,0
Ungarn	35,2	5,0	1,9	9,2	19,1	29,6
Vereinigtes Königreich	16,2	13,6	18,5	33,7	1,8	16,2
Zypern	35,0	9,6	24,8	16,1	7,3	7,1
EU-15	26,1	10,4	15,4	24,3	3,6	20,2
EU-25	25,9	10,5	14,7	23,4	4,0	21,5
EU-27	26,7	10,3	14,5	22,8	4,0	21,8

Tabelle 3: Gründe für Teilzeitbeschäftigung in den EU-Staaten 2010⁷¹

Vor allem für Frauen waren die Betreuungsaufgaben in der Familie oftmals ein Grund, Teilzeit zu arbeiten. Die Notwendigkeit, für die Kinderbetreuung eine Arbeit in einem geringeren Beschäftigungsausmaß anzunehmen, ist auch mit dem vorhandenen Kinderbetreuungsangebot verbunden. So lag etwa in Dänemark, das eine hohe Teilzeitquote aufweist, nur für einen verschwindend geringen Teil (3,1 Prozent) der Grund dafür bei der Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen. Noch geringer war der Anteil in Rumänien (2,5 Prozent), das jedoch eine unterdurchschnittliche Teilzeitquote aufweist, ebenso wie in der Slowakei (3,4 Prozent). Sehr hoch war demgegenüber der Anteil der Personen, der eine Teilzeitbeschäftigung aufgrund von Betreuungsaufgaben wählte im Vereinigten Königreich (33,7 Prozent), Österreich (33,2 Prozent) und den Niederlanden (32,4 Prozent). Diese Länder wiesen allesamt überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten auf.

B.1.3.2.4. Armutsgefährdungsquoten

Die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen wurde bereits im vorigen Kapitel erläutert. Das Ausmaß der Beschäftigung bzw. die damit verbundene Höhe der Bezahlung hat einen ent-

⁷¹ <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do> (Stand: 06/2012)

scheidenden Einfluss auf die Armutsgefährdung. Während Vollzeitbeschäftigungen die Armutsgefährdungsquote senken, geht mit Teilzeitbeschäftigung eine höhere Armutsgefährdungsquote einher. In manchen Staaten haben Teilzeitbeschäftigte sogar eine höhere Armutsgefährdung als die durchschnittliche Bevölkerung. Betroffen sind hier vor allem die 12 neuen EU-Staaten. Die durchschnittliche Armutsgefährdung betrug hier im Jahr 2010 16,9 Prozent, jene der Teilzeitbeschäftigten lag bei 25,9 Prozent. Besonders prekär ist die Lage in Rumänien, wo Teilzeitbeschäftigte eine um 29,6 Prozentpunkte höhere Armutsgefährdung aufwiesen als der Durchschnitt. Aber auch in Portugal war die Armutsgefährdung von Teilzeiterwerbstätigen um 14,8 Prozentpunkte höher als im Landesdurchschnitt. EU-weit lag die Armutsgefährdungsquote von Teilzeitbeschäftigten bei 12,5 Prozent und damit um 3,9 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Insgesamt waren im Jahr 2010 EU-weit rund 39 Mio. Menschen Teilzeit erwerbstätig⁷², etwa 5 Mio. davon waren armutsgefährdet. Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der Vollzeitbeschäftigung, denn diese verringert das Armutsrisiko deutlich. In den EU-27-Staaten betrug die Armutsgefährdungsquote eines Vollzeitbeschäftigten nur 7,3 Prozent und damit um 9,1 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt. Im Jahr 2010 waren in den EU-27-Staaten etwa 173 Mio. Menschen Vollzeit beschäftigt, davon waren etwa 13 Mio. armutsgefährdet.⁷³

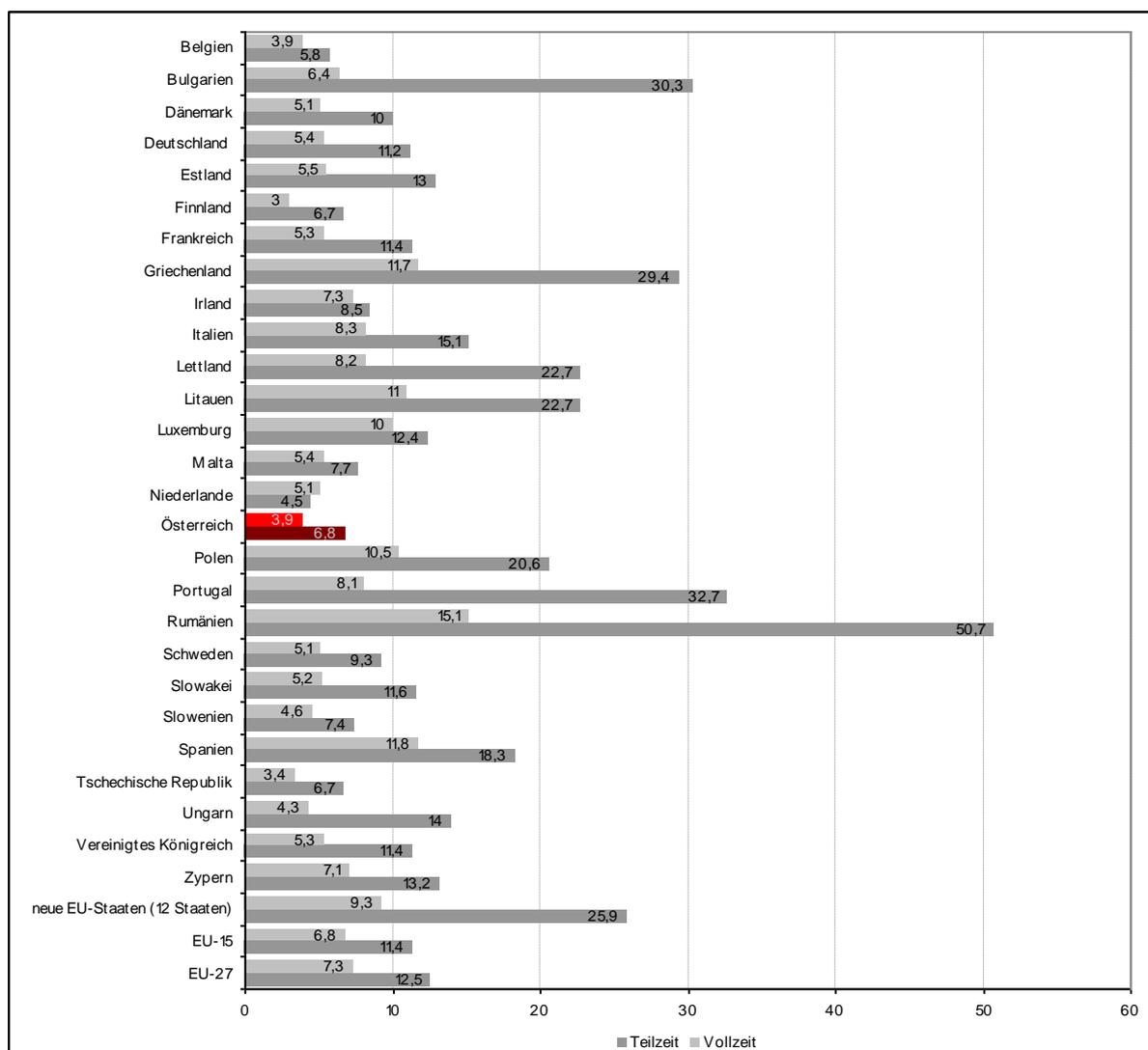


Abbildung 13: Armutsgefährdungsquoten von Voll- und Teilzeitbeschäftigten in den EU-Staaten 2010⁷⁴

⁷² http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database (Stand: 06/2012)

⁷³ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database (Stand: 06/2012)

⁷⁴ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi250> (Stand: 06/2012)

TOP 3 VOLLZEIT – hohe Armutsgefährdung: Rumänien, Spanien, Griechenland

In Ländern mit hoher Armutsgefährdung verbesserte sich zwar die Situation, wenn einer Vollzeitbeschäftigten nachgegangen wurde, sie wiesen aber häufig EU-weit gesehen hohe Armutsgefährdungsquoten auf. So waren jene Länder mit der höchsten Armutsgefährdungsquote von Vollzeitbeschäftigten generell Staaten mit hoher durchschnittlicher Armutsgefährdung. Die höchste Armutsgefährdung hatten Vollzeit erwerbstätige Personen in Rumänien mit 15,1 Prozent, gefolgt von den südeuropäischen Ländern Spanien (11,8 Prozent) und Griechenland (11,7 Prozent).

TOP 3 VOLLZEIT – niedrige Armutsgefährdung: Finnland, Tschechien, Österreich

Am niedrigsten war die Armutsgefährdung innerhalb der Europäischen Union bei Vollzeitbeschäftigten mit 3 Prozent in Finnland. Danach folgten die Tschechische Republik (3,4 Prozent), Belgien und Österreich mit jeweils 3,9 Prozent. Vollzeitbeschäftigten bot in Österreich also einen guten Schutz vor Armut, denn sie senkte die Armutsgefährdung um 8,2 Prozentpunkte. Aber auch Teilzeitarbeit war in Österreich – im Vergleich zum europäischen Durchschnitt – ein gutes Mittel zur Armutsbekämpfung. Österreich hatte 2010 mit 6,8 Prozent die fünftniedrigste Armutsgefährdungsquote unter Teilzeitbeschäftigten. Damit lag sie zwar um 2,9 Prozentpunkte über jener der Vollzeitbeschäftigten, aber trotz allem noch 5,3 Prozentpunkte unter dem österreichischen Gesamtdurchschnitt.

TOP 3 TEILZEIT – hohe Armutsgefährdung: Rumänien, Portugal, Bulgarien

In Ländern mit höherer Armutsgefährdung überstieg die Armutsgefährdung der Teilzeitbeschäftigten sogar die Durchschnittsquote des Landes. So waren in Rumänien, das EU-weit gesehen eine unterdurchschnittliche Teilzeitbeschäftigung aufwies, die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten armutsgefährdet, während die durchschnittliche Quote bei 21,1 Prozent lag. Ähnlich die Situation in Portugal. Hier waren im Jahr 2010 ein Drittel aller Teilzeiterwerbstiteligen armutsgefährdet, obwohl der Landesdurchschnitt bei 17,9 Prozent lag. In Bulgarien, dem Land mit der geringsten Teilzeitquote in der Europäischen Union, die 2010 bei lediglich 2,2 Prozent lag, waren aber 30,3 Prozent dieser Erwerbstätigen armutsgefährdet. Das waren um 9,6 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt.

TOP 3 TEILZEIT – niedrige Armutsgefährdung: Niederlande, Belgien, Tschechien

Die Niederlande, das EU-Land mit der höchsten Teilzeitquote (48,3 Prozent), wies gleichzeitig mit 4,5 Prozent auch die niedrigste Armutsgefährdung von Teilzeitbeschäftigten in den EU-27-Staaten auf. Die Niederlande waren sogar das einzige Land, in dem die Armutsgefährdungsquote der Teilzeitbeschäftigten niedriger war als jene der Vollzeitbeschäftigten. In Belgien, wo die Teilzeitquote auch bei immerhin 23,7 Prozent lag, waren nur 5,8 Prozent der Teilzeitbeschäftigten armutsgefährdet. In der Tschechischen Republik, die allerdings nur eine Teilzeitquote von 5,1 Prozent aufwies, lag die Armutsgefährdung bei 6,7 Prozent. Ebenso verhielt es sich in Finnland, wo die Teilzeitquote ebenfalls unterdurchschnittlich war.

B.1.3.3. Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Arbeitslose Personen gehören in allen EU-Staaten zu den am höchsten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppen, wenn auch je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß. Die Situation wird für die Betroffenen umso schwieriger, je länger die Arbeitslosigkeit andauert. Neben psychologischen und psychosozialen Folgen und Problemen ergeben sich bei Langzeitarbeitslosen oftmals auch finanzielle Probleme. Aufgrund der sinkenden staatlichen Unterstützungen ist diese Personengruppe häufiger von Armutsgefährdung betroffen. Als problematisch erweist sich zudem, dass sich die Wiedereinstiegschancen in den Erwerbsprozess mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich verschlechtern.

B.1.3.3.1. Arbeitslosenquoten

Arbeitslosigkeit stellt zwar für die jeweils betroffene Person zumeist ein schwerwiegendes Problem dar, jedoch sind nicht alle EU-Länder in gleichem Ausmaß mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Europäischen Union 9,7 Prozent. Das bedeutet, dass EU-weit im Jahr 2010 etwa 22 Mio. Personen im Erwerbsalter arbeitslos waren.⁷⁵ Ein massives Problem stellte Arbeitslosigkeit in den baltischen Staaten dar. Neben einem hohen Anteil arbeitsloser Personen waren diese auch überdurchschnittlich oft armutsgefährdet. Dies vor allem, weil die baltischen Staaten, neben der Slowakei, auch die höchsten Langzeitarbeitslosenquoten innerhalb der Europäischen Union aufwiesen. Der EU-Durchschnitt der Langzeitarbeitslosenquote betrug im Jahr 2010 3,9 Prozent. Länger andauernde Phasen von Erwerbslosigkeit führen zu einem besonders hohen Armutsgefährdungsrisiko und gehen zumeist mit einer hohen allgemeinen Arbeitslosenquote einher.

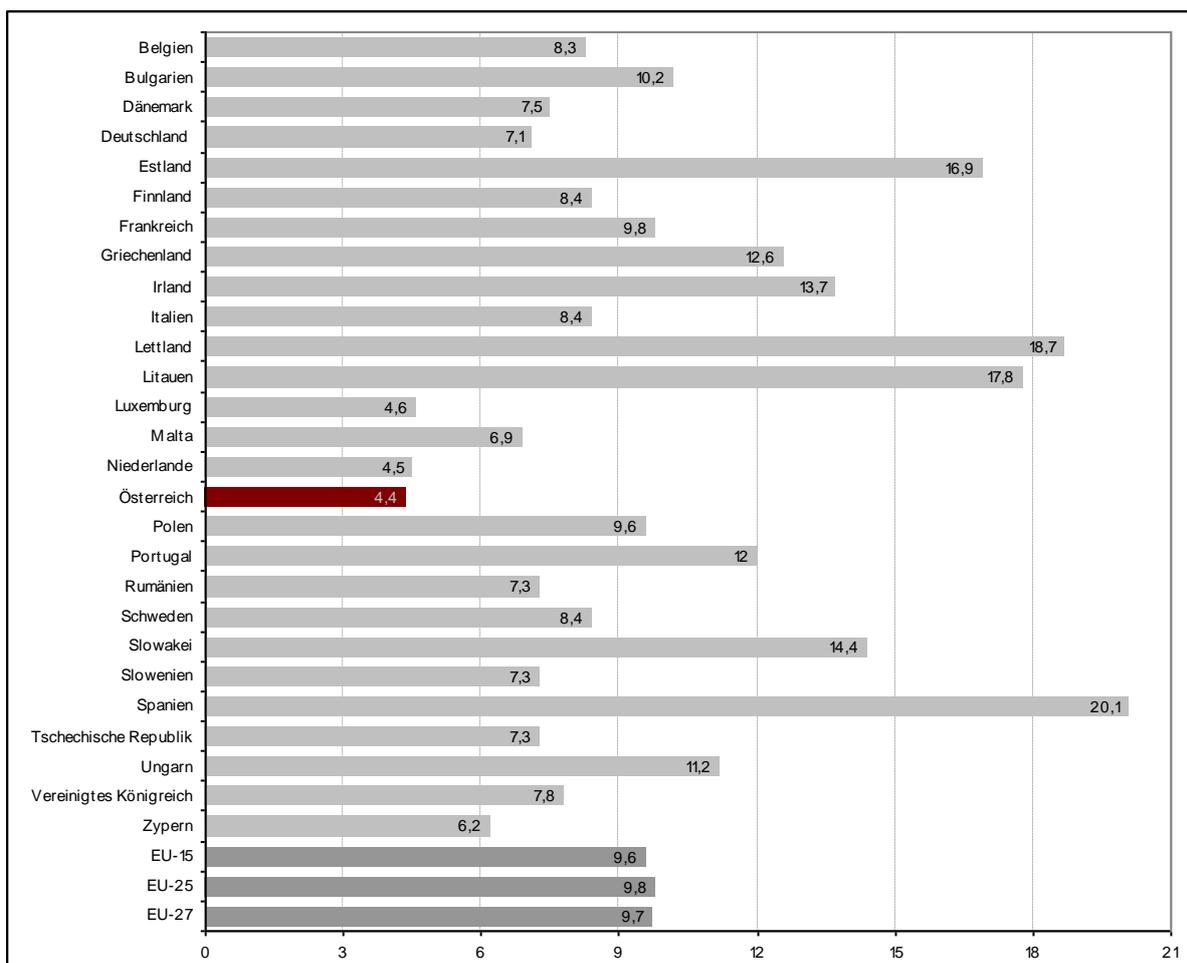


Abbildung 14: Arbeitslosenquoten in den EU-Staaten 2010⁷⁶

TOP 3 – hohe Arbeitslosenquote: Spanien, Lettland, Litauen

Die höchste Arbeitslosenquote gab es im Jahr 2010 in Spanien, wo 20,1 Prozent der erwerbsfähigen Personen keine Arbeitsstelle innehatten. Dahinter folgten die baltischen Staaten, in denen Arbeitslosigkeit ein großes Problem darstellte. In Lettland waren 18,7 Prozent, in Litauen 17,8 Prozent und in Estland 16,9 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos. In den baltischen Staaten gab es, ebenso wie in Spanien, auch sehr hohe Langzeitar-

⁷⁵ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_ifs/data/database (Stand: 06/2012)

⁷⁶ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem110> (Stand: 06/2012)

beitslosenquoten⁷⁷. Am höchsten war sie mit 9,2 Prozent allerdings in der Slowakei. Dahinter folgten die baltischen Staaten Lettland (8,4 Prozent), Estland (7,7 Prozent) und Litauen (7,4 Prozent). In Spanien betrug die Langzeitarbeitslosenquote 7,3 Prozent.⁷⁸

TOP 3 – niedrige Arbeitslosenquote: Österreich, Niederlande, Luxemburg

In Österreich war auch in den vergangenen Jahren die Arbeitslosenquote im EU-Vergleich sehr niedrig. Im Jahr 2010 hatte Österreich mit 4,4 Prozent sogar die niedrigste Arbeitslosenquote aller EU-Staaten. In Folge der Wirtschaftskrise ist in Österreich die „Zahl der Arbeitslosen [...] weniger stark angestiegen als in anderen Ländern.“⁷⁹ Knapp hinter Österreich lagen die Niederlande mit einer Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent und Luxemburg mit 4,6 Prozent. Diese drei Länder hatten auch die niedrigsten Langzeitarbeitslosenquoten: Österreich hatte eine Langzeitarbeitslosenquote von 1,1 Prozent, gefolgt von den Niederlanden (1,2 Prozent) und Luxemburg mit 1,3 Prozent. Geringe Langzeitarbeitslosenquoten wiesen außerdem Zypern (1,3 Prozent), Dänemark (1,4 Prozent) und Schweden (1,5 Prozent) aus.⁸⁰

B.1.3.3.2. Arbeitslosenquoten nach Geschlecht

Bei der Arbeitslosigkeit zeigten sich im europäischen Durchschnitt keine Geschlechterunterschiede. So betrug die Arbeitslosenquote der Männer im Jahr 2010 in der Europäischen Union 9,7 Prozent, jene der Frauen 9,6 Prozent. Auch in den meisten EU-Staaten waren nur minimale Unterschiede zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Arbeitslosenquoten erkennbar. Ausnahmen bildeten hier die baltischen Staaten und Irland, wo Männer eine deutlich höhere Arbeitslosenquote aufwiesen, sowie Griechenland, wo Frauen deutlich häufiger arbeitslos waren als Männer.

Auch bei den Langzeitarbeitslosenquoten zeigen sich EU-weit keine Geschlechtsunterschiede. Bei Frauen lag sie im Jahr 2010 bei 3,8 Prozent, bei den Männern bei 3,9 Prozent. Die größten Unterschiede zeigten sich auch hier in Irland und den baltischen Staaten, wo Männer deutlich öfter von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen waren als Frauen.

TOP 3 MÄNNER – hohe Arbeitslosigkeit: Lettland, Litauen, Spanien

Die männlichen Erwerbstätigen waren im Baltikum und in Spanien am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen. Am höchsten war die Arbeitslosenquote in Lettland mit 21,7 Prozent, knapp gefolgt von Litauen mit 21,2 Prozent. In Estland betrug sie 19,5 Prozent, während Spanien mit 19,7 Prozent knapp darüber lag.

TOP 3 MÄNNER – niedrige Arbeitslosigkeit: Luxemburg, Niederlande, Österreich

Am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen waren männliche Erwerbstätige in Luxemburg (3,8 Prozent). In den Niederlanden lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 bei 4,4 Prozent, in Österreich bei 4,6 Prozent.

TOP 3 FRAUEN – hohe Arbeitslosigkeit: Spanien, Griechenland, Lettland

Bei den Frauen war die Arbeitslosenquote in Spanien mit 20,5 Prozent mit Abstand am höchsten. Die griechischen Frauen waren EU-weit am zweithäufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen, 16,2 Prozent hatten dort keine Erwerbsarbeit. In Griechenland zeigte sich hinsichtlich der Arbeitslosigkeit eine Geschlechterkluft, denn demgegenüber waren nur 9,9 Prozent der Männer von Arbeitslosigkeit betroffen (EU-weit auf Platz 10). Hoch war die Arbeitslosenquote auch bei den baltischen Frauen: in Lettland waren 15,7 Prozent der Frauen arbeitslos, Litauen und Estland lagen mit Arbeitslosenquoten von 14,5 bzw. 14,3 Prozent auf den Plätzen 5 und 6.

⁷⁷ Als Langzeitarbeitslose gelten Personen (über 15 Jahre), die mindestens 12 Monate lang keine Beschäftigung hatten.

⁷⁸ Übersicht über die Langzeitarbeitslosenquoten in den EU-Staaten siehe Anhang.

⁷⁹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 19

⁸⁰ Übersicht über die Langzeitarbeitslosenquoten in den EU-Staaten siehe Anhang.

TOP 3 FRAUEN – niedrige Arbeitslosigkeit: Österreich, Niederlande, Luxemburg

Ebenso wie bei den Männern war auch bei den Frauen die Arbeitslosigkeit in Österreich, den Niederlanden und Luxemburg am niedrigsten. Am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen waren weibliche Erwerbstätige in Österreich mit 4,2 Prozent. In den Niederlanden betrug die Arbeitslosenquote der Frauen 4,5 Prozent, in Luxemburg 5,5 Prozent.

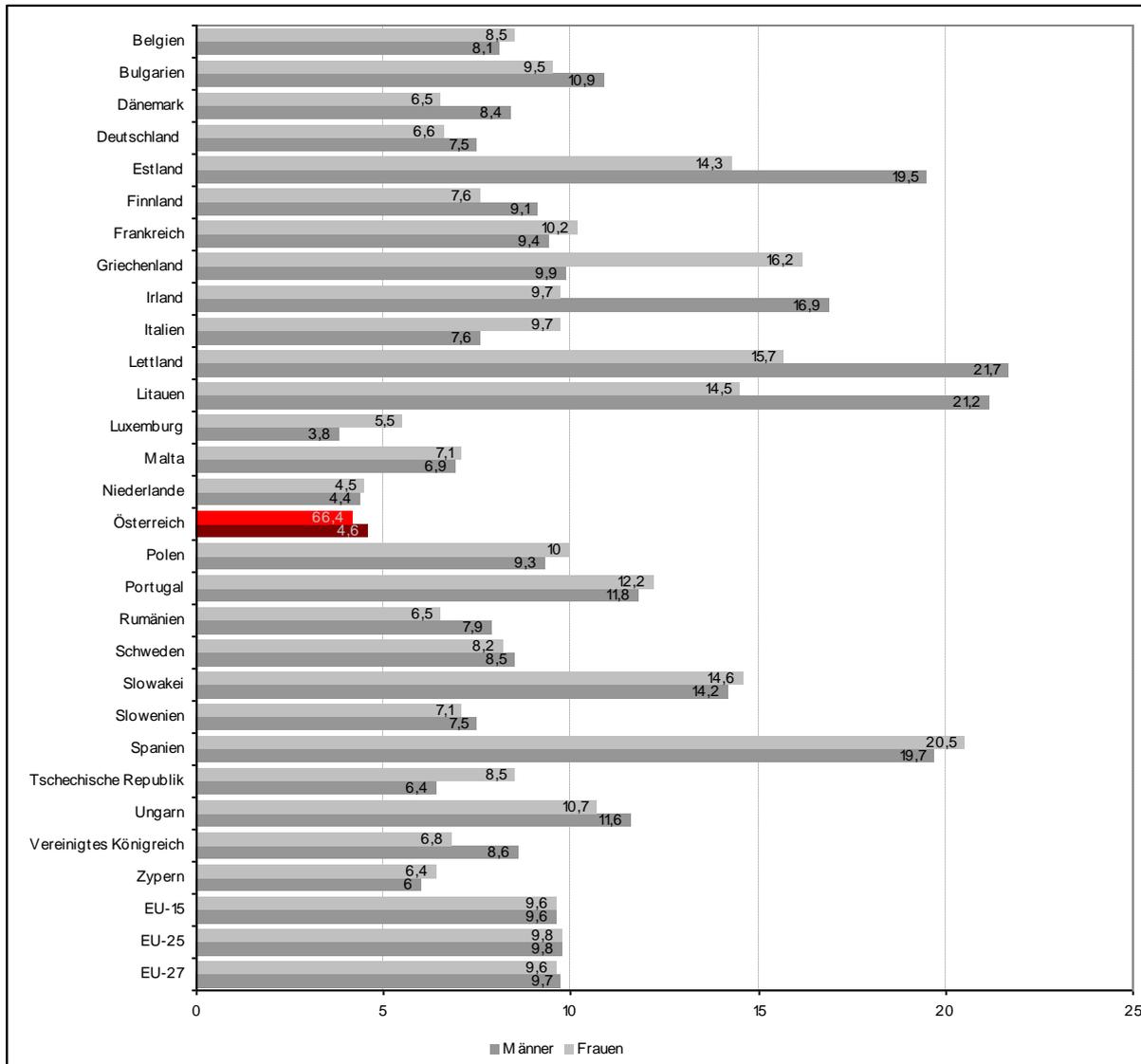


Abbildung 15: Arbeitslosenquoten in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht⁸¹

B.1.3.3.3. Armutsgefährdungsquoten

Auch wenn Arbeitslosigkeit in allen EU-Staaten zu erhöhter Armutsgefährdung führt, liegt es an den jeweiligen Sozialsystemen, in welchem Ausmaß dies zutage tritt. So zeigte sich etwa, dass die baltischen Staaten nicht nur hohe Arbeitslosenquoten aufwiesen, sondern auch den Verlust von Arbeit durch Sozialleistungen schlecht abfedern konnten. EU-weit betrug die Armutsgefährdungsquote von arbeitslosen Personen 45,1 Prozent, das ist um 28,7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Das bedeutet, dass EU-weit rund 10 Mio. Personen aufgrund des Verlustes einer Erwerbsarbeit armutsgefährdet waren.

⁸¹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem110>
(Stand: 06/2012)

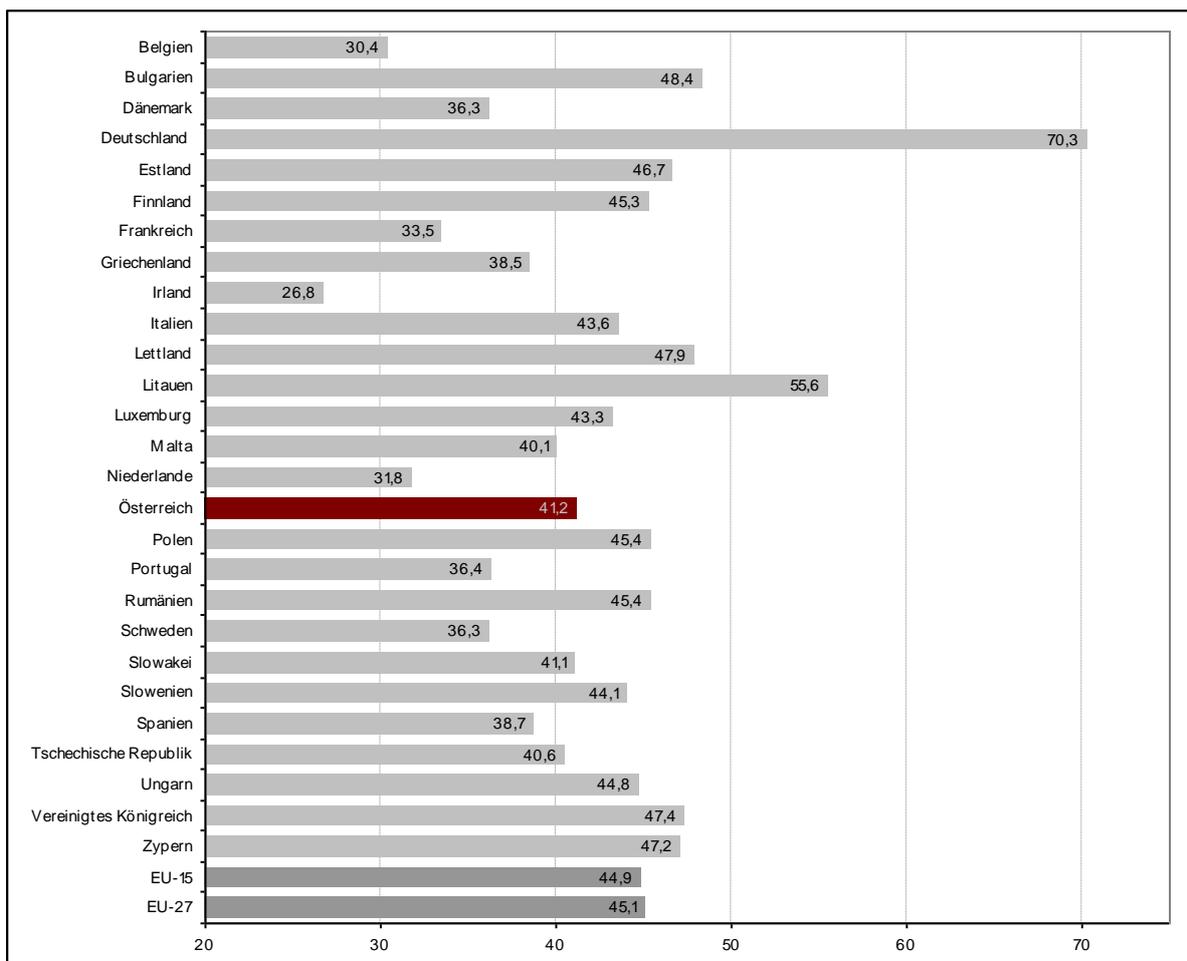


Abbildung 16: Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen (zwischen 15 und 64 Jahren) in den EU-Staaten 2010⁸²

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Deutschland, Litauen, Bulgarien

Die mit Abstand prekärste Situation hatten arbeitslose Personen in Deutschland, wo mehr als zwei Drittel (70,3 Prozent) armutsgefährdet waren. Die baltischen Staaten hatten im Jahr 2010 nicht nur hohe Arbeitslosenquoten, sondern der Verlust der Erwerbsarbeit war auch mit einer hohen Armutsgefährdung verbunden. So waren in Litauen 55,3 Prozent der Arbeitslosen armutsgefährdet, in Lettland waren es 47,9 Prozent und in Estland 46,7 Prozent. Noch etwas höher war die Armutsgefährdung in Bulgarien mit 48,3 Prozent.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Irland, Belgien, Niederland

Wie schwer die Lage in allen europäischen Ländern für arbeitslose Menschen ist, zeigt sich in jenen Ländern, die EU-weit die niedrigste Armutsgefährdung aufweisen. In Irland, dem Land mit der geringsten Armutsgefährdung von Arbeitslosen, waren immer noch ein Viertel (bzw. 26,8 Prozent) armutsgefährdet. In Belgien (30,4 Prozent) und den Niederlanden (31,8 Prozent) waren es schon fast ein Drittel.

ÖSTERREICH – im Mittelfeld der Armutsgefährdung

Österreich wies zwar im Jahr 2010 die niedrigste Arbeitslosen-, wie auch Langezeitarbeitslosenquote innerhalb der Europäischen Union auf, dennoch ist der Verlust der Erwerbsarbeit auch in Österreich mit einem hohen Armutsrisiko verbunden. Auch wenn infolge des Krisenjahres die „Einkommensverluste teilweise durch höhere Lohnabschlüsse, die Steuerreform

⁸²

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi124&language=de>
(Stand: 06/2012)

*sowie Sozialleistungen kompensiert*⁸³ wurden, betrug die Armutsgefährdungsquote von arbeitslosen Personen 41,2 Prozent. Damit war Österreich EU-weit an 13. Stelle.

⁸³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 19

B.1.4. Armut und Bildung

Die einzelnen Staaten der Europäischen Union verfügen über unterschiedliche Bildungssysteme, was einen Vergleich schwierig macht. Deshalb wurde mit der ISCED (International Standard Classification of Education) 1997 eine internationale Bildungsklassifikation zur Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen geschaffen. Die ISCED 1997 nimmt eine Einteilung entlang des primären, sekundären und tertiären Bildungssektors vor. „Sie versteht sich ebenso als konzeptueller wie als methodologischer Rahmen der internationalen Bildungsstatistik und liegt den Datensammlungen und der Berichterstattung von UNESCO, OECD und EUROSTAT zu Grunde.“⁸⁴ Die Stufen von ISCED 1997 sind:

0-2	Vorprimarstufe, Primarstufe, Sekundarstufe I
3-4	Sekundarstufe II, post-sekundäre, nicht-tertiäre Stufe
5-6	erste und zweite Phase des Tertiärbereichs

Jedes Land teilt seine Bildungsabschlüsse den ISCED 1997-Ebenen zu. Die Zuordnung österreichischer Bildungsgänge⁸⁵ zu den Ebenen-Kategorien der ISCED 1997 ist wie folgt⁸⁶:

0	Kindergarten, Vorschulstufe
1	Volksschule
2	Haupt- oder Realschule, AHS Unterstufe
3	AHS Oberstufe, BHS, BMS, Lehre, Polytechnische Schulen
4	mittlere und höhere Speziallehrgänge, Sonderpädagogische Lehrgänge, Schulen Krankenpflege, Aufbaulehrgänge
5	Universität, Fachhochschulen, (Berufs)Pädagogische Akademien, Kollegs, (Werk)Meisterausbildung
6	Doktoratsstudien

Welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben, wird wesentlich von ihren formalen Bildungsabschlüssen bestimmt. Dabei spielt Bildung im doppelten Sinn eine Rolle, denn sie ist im Erwerbsleben nicht nur dafür ausschlaggebend, ob ein Beschäftigungsverhältnis zustande kommt, sondern beeinflusst zusätzlich die Höhe des Erwerbseinkommens. Bildung und Erwerbstätigkeit bzw. das aus ihr erworbene Einkommen haben Einfluss auf alle anderen Lebensbereiche wie etwa Gesundheit und Wohnsituation. Aber nicht nur das eigene Leben, sondern auch jenes der Kinder wird von der Bildung der Eltern beeinflusst. Bereits EU-SILC 2005 hat aufgezeigt, dass die soziale Herkunft einen starken Einfluss auf den Bildungsabschluss und das spätere Einkommen der Kinder hat. Geringe formale Bildung tritt demnach sowohl als Ursache wie auch als Folge von erhöhter Armutsgefährdung und niedrigerem Einkommen auf.⁸⁷

B.1.4.1. Bildungsstand

In der Europäischen Union hatten 2010 durchschnittlich 30,8 Prozent der 15- bis 64-jährigen maximal einen Abschluss der Bildungsstufe 2 und damit maximal einen Pflichtschulabschluss. Mit 46,5 Prozent hatte fast die Hälfte der EU-BürgerInnen einen Abschluss der Bildungsstufe 3 oder 4. Eine Ausbildung darüber hinaus, also einen universitären Abschluss oder vergleichbares, hatten 22,7 Prozent der Bevölkerung. Das Bildungsniveau ist jedoch in den einzelnen Ländern der Europäischen Union sehr unterschiedlich. Länder, wo zwei Drittel der Bevölkerung lediglich einen Pflichtschulabschluss hatten, stehen solchen gegenüber, in denen ein Drittel der Bevölkerung einen Abschluss im Tertiärbereich aufweisen konnte.

⁸⁴

http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/klassifikationsdatenbank/weitere_klassifikationen/bildungsklassifikation/index.html (Stand: 06/2012)

⁸⁵ Eine noch detailliertere Auflistung siehe Anhang.

⁸⁶

http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/klassifikationsdatenbank/weitere_klassifikationen/bildungsklassifikation/index.html (Stand: 06/2012)

⁸⁷ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2005: 59ff

Dabei ist es oft nicht genau möglich zu bestimmen, welches Land nun eine unterdurchschnittliche Bildungsstruktur aufweist. Denn ein niedriger Anteil an Personen, die eine Ausbildung im Tertiärbereich haben, bedeutet nicht automatisch, dass die Bevölkerung insgesamt ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau aufweist. In Ländern wie beispielsweise Österreich oder der Tschechischen Republik wies ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz einen Abschluss im mittleren Bildungssektor auf. Im Gegenzug dazu gab es in solchen Ländern einen EU-weit unterdurchschnittlichen Anteil von Personen, die lediglich die Bildungsstufe 2 erreichten. Umgekehrt bedeutete ein überdurchschnittlich hoher Anteil an AbsolventInnen des Tertiärbereichs nicht, dass die Bevölkerung insgesamt ein überdurchschnittliches Bildungsniveau hatte. So etwa in Spanien, wo einerseits ein überdurchschnittlich hoher Anteil Abschlüsse im Tertiärbereich zu verzeichnen hatte, Spanien aber andererseits zu jenen EU-Staaten gehörte, in denen der Anteil an Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sehr hoch war.

Mit Sicherheit eine unterdurchschnittliche Bildungsstruktur wiesen die drei südeuropäischen Länder Malta, Portugal und Italien auf. Der Anteil der AbsolventInnen einer Ausbildungsanstalt der Bildungsstufe 2 war überdurchschnittlich hoch, während die Anteile ab Bildungsstufe 3 radikal absank, wobei sich die Situation in Malta und Portugal noch schlimmer darstellte als in Italien.

	Bildungsstufen 0-2	Bildungsstufen 3-4	Bildungsstufen 5-6
Belgien	32,6	36,7	30,7
Bulgarien	25,9	54,7	19,4
Dänemark	31,8	40,7	27,5
Deutschland	21,4	56,1	22,6
Estland	18,4	51,9	29,7
Finnland	23,6	44,8	31,6
Frankreich	31,8	41,9	26,3
Griechenland	38,7	40,3	21,0
Irland	30,6	36,6	32,8
Italien	46,2	40,8	13,0
Lettland	19,6	57,9	22,5
Litauen	16,9	56,2	27,0
Luxemburg	28,9	40,8	30,3
Malta	69,6	17,7	12,7
Niederlande	31,9	40,4	27,7
Österreich	23,1	60,5	16,4
Polen	17,8	62,4	19,8
Portugal	67,1	19,1	13,8
Rumänien	30,3	57,8	11,9
Schweden	25,3	46,4	28,3
Slowakei	16,3	68,7	15,1
Slowenien	20,9	58,9	20,2
Spanien	48,4	23,5	28,1
Tschechische Republik	14,4	71,1	14,5
Ungarn	24,3	58,5	17,2
Vereinigtes Königreich	24,1	44,3	31,5
Zypern	29,3	38,4	32,3
EU-15	33,4	42,4	24,2
EU-27	30,8	46,5	22,7

Tabelle 4: Personen (15-64 Jahre) nach vorgegebenem Bildungsgrad in den EU-Staaten 2010⁸⁸

TOP 3 LEVEL 0-2 – hohe Anteile: Malta, Portugal, Spanien

Den höchsten Anteil an Personen, die maximal die Bildungsstufe 2, also die Pflichtschule, abgeschlossen hatten, gab es in südeuropäischen Ländern. Am höchsten war er in Malta, wo mehr als zwei Drittel (69,6 Prozent) der 15- bis 64-Jährigen keine weitere Ausbildung

⁸⁸ http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_ifs_9903&lang=de (Stand: 06/2012)

abgeschlossen hatten. Ähnlich hoch war der Anteil auch in Portugal mit 67,1 Prozent. Knapp die Hälfte der Personen hatte in Spanien (48,4 Prozent) und in Italien (46,2 Prozent) keinen Abschluss, der über die Pflichtschule hinaus ging.

TOP 3 LEVEL 0-2 – niedrige Anteile: Tschechien, Slowakei, Litauen

In Tschechien und der Slowakei wie auch in den baltischen Staaten hatte nur ein geringer Teil der Bevölkerung maximal einen Pflichtschulabschluss. In der Tschechischen Republik lag dieser Anteil im Jahr 2010 bei 14,4 Prozent, in der Slowakei bei 16,3 Prozent. Maximal die Bildungsstufe 2 erreichten in Litauen 16,9 Prozent der Bevölkerung, in Estland waren es 18,4 Prozent und in Lettland 19,6 Prozent. In Polen war der Anteil mit 17,8 Prozent noch etwas niedriger.

TOP 3 LEVEL 3-4 – hohe Anteile: Tschechien, Slowakei, Polen

Die Tschechische Republik, die Slowakei und Polen wiesen die niedrigsten Anteile von Bildungsabschlüssen in den Stufen 0 bis 2 auf, dafür sind in jenen Ländern die Anteile der AbsolventInnen von Ausbildungen in den Bildungsstufen 3 und 4 am höchsten. In der Tschechischen Republik betrug der Anteil 71,1 Prozent, in der Slowakei lag er mit 68,7 Prozent und in Polen 60,5 Prozent.

TOP 3 LEVEL 3-4 – niedrige Anteile: Malta, Portugal, Spanien

Malta, Portugal und Spanien, wo ein überdurchschnittlich hoher Teil der Bevölkerung lediglich einen Abschluss der Bildungsstufe 2 erreichte, wiesen im Bildungsbereich der Stufen 3 und 4 die niedrigsten Anteile in der Europäischen Union auf. In Malta erreichten 17,7 Prozent der 15- bis 64-jährigen Personen einen Abschluss der Bildungsebenen 3 oder 4, in Portugal waren es 19,1 und in Spanien 23,5 Prozent.

TOP 3 LEVEL 5-6 – hohe Anteile: Irland, Zypern, Finnland

In Irland hatte fast ein Drittel (genau: 32,8 Prozent) der 15- bis 64-Jährigen eine Ausbildung im Tertiärbereich, also eine Universität oder ähnliches, abgeschlossen. Ähnlich hoch war der Anteil in Zypern (32,3 Prozent), Finnland (31,6 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (31,5 Prozent).

TOP 3 LEVEL 5-6 – niedrige Anteile: Rumänien, Malta, Italien

Den niedrigsten Anteil von AbsolventInnen im Tertiärbereich hatten jene Länder, die innerhalb der Europäischen Union den höchsten Anteil von Personen mit einem Abschluss der Bildungsstufe 2 aufwiesen. Am niedrigsten war der Anteil von Personen mit Bildungsstufe 5 oder 6 in Rumänien mit 11,9 Prozent. Ähnlich niedrig war er in den südeuropäischen Ländern Malta (12,7 Prozent), Italien (13 Prozent) und Portugal (13,8 Prozent).

ÖSTERREICH – hohe Anteile im mittleren Bildungssektor

In Österreich war der Anteil der Personen, die eine Ausbildung im mittleren Bildungssektor abgeschlossen haben, mit 60,5 Prozent aller 15- bis 64-jährigen Personen sehr hoch. Damit lag Österreich um 14 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt und wies EU-weit den vierthöchsten Anteil auf. Den siebentniedrigsten Anteil wies Österreich dagegen im tertiären Bildungssektor auf. Mit 16,4 Prozent hatten um 6,3 Prozentpunkte weniger Menschen einen Abschluss im höchsten Bildungssegment als im EU-Durchschnitt. Unterdurchschnittlich war auch der Anteil von Personen, die als höchsten Bildungsabschluss maximal einen Pflichtschulabschluss hatten. Mit 23,1 Prozent lag Österreich hier um 7,7 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt.

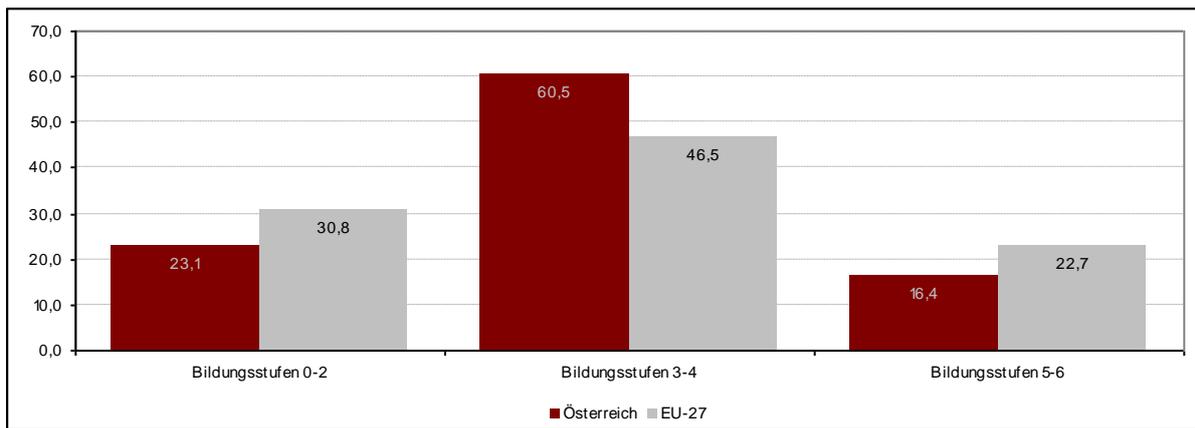


Abbildung 17: Personen (15-64 Jahre) nach vorgegebenem Bildungsgrad in Österreich und dem EU-Durchschnitt

B.1.4.2. Armutsgefährdungsquoten

Die Armutsgefährdung von Personen mit einem maximalen Bildungsabschluss der Stufe 2 betrug in der Europäischen Union im Jahr 2010 23 Prozent und lag damit um 6,6 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. In allen Ländern, abgesehen von den Niederlanden, waren Personen der Bildungslevels 0 bis 2 überdurchschnittlich hoher Armutsgefährdung ausgesetzt. Personen mit einem Abschluss der Bildungsstufen 3 und 4 wiesen eine EU-weite Armutsgefährdung von 13,4 Prozent auf, das war um 3 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Armutsgefährdung in der Europäischen Union. Mit Ausnahme von Estland, Litauen und Finnland lag sie auch in allen EU-Ländern zumindest knapp darunter. Personen, die eine Ausbildung in den beiden höchsten Bildungsstufen hatten, hatten in der Europäischen Union mit 6,9 Prozent eine um 9,5 Prozentpunkte niedrigere Armutsgefährdungsquote als der europäische Durchschnitt. In allen EU-Ländern haben Personen mit einer derartigen Ausbildung eine verminderte Armutsgefährdung im Vergleich zum jeweiligen Landesdurchschnitt.

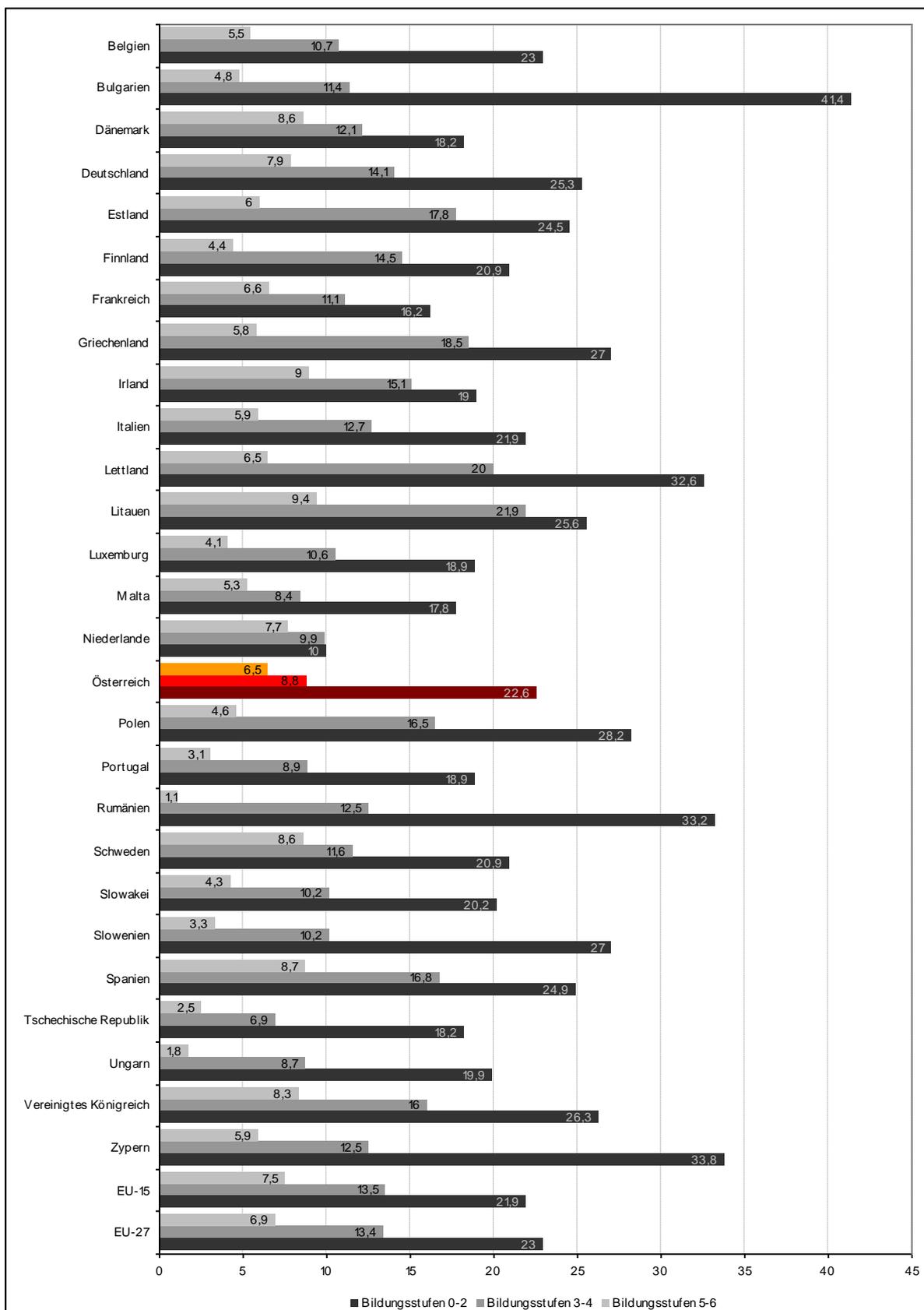


Abbildung 18: Armutsgefährdungsquoten nach höchstem erreichten Bildungsstand in den EU-Staaten 2010⁸⁹

⁸⁹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdsc420&plugin=1>
(Stand: 06/2012)

TOP 3 LEVEL 0-2 – hohe Armutsgefährdung: Bulgarien, Zypern, Rumänien

Personen, die lediglich über einen maximalen Bildungsabschluss der Stufe 2 verfügten, hatten in Ländern, die durchschnittlich hohe Armutsgefährdung aufwiesen, auch verstärkt mit Armut zu kämpfen. So war die Armutsgefährdung für die Personen mit Bildungsabschlüssen der Stufen 0-2 in Bulgarien mit 41,4 Prozent mit Abstand am höchsten. Ebenfalls sehr hoch war sie in Zypern (33,8 Prozent), Rumänien (33,2 Prozent), Lettland (32,6 Prozent) und Polen (28,2 Prozent).

TOP 3 LEVEL 0-2 – niedrige Armutsgefährdung: Niederlande, Frankreich, Malta

In den Niederlanden hatten Personen mit einem Bildungsabschluss von maximal Level 2 mit 10 Prozent die mit Abstand niedrigste Armutsgefährdungsquote, die sogar unter dem Landesdurchschnitt lag. Der Anteil von dieser Bildungsgruppe lag mit 31,8 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt, ebenso wie in Frankreich und Dänemark. Dort wies diese Personengruppe eine Armutsgefährdungsquote von 16,2 bzw. 18,2 Prozent auf. Die drittniedrigste Quote hatte mit 17,8 Prozent allerdings Malta, das mit 69,6 Prozent den höchsten Anteil von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss von allen EU-Ländern hatte. Den niedrigsten Anteil hatte die Tschechische Republik, die mit 18,2 Prozent die viertniedrigste Armutsgefährdungsquote dieser Personengruppe aufwies.

TOP 3 LEVEL 3-4 – hohe Armutsgefährdung: Litauen, Lettland, Griechenland

Am höchsten war die Armutsgefährdung von Personen mit einer Ausbildung der Stufen 3 oder 4 in den baltischen Staaten, die einen etwas überdurchschnittlichen Anteil in diesem Bildungssegment aufwiesen, sowie in Griechenland. In Litauen betrug die Armutsgefährdung für Personen dieser Bildungskategorie 21,9 Prozent, in Lettland 20 Prozent und in Estland 17,8 Prozent. In Griechenland, wo der Anteil der Personen mit einem Abschluss der Level 3 oder 4 im EU-Vergleich etwas unterdurchschnittlich war, lag die Armutsgefährdung bei 18,5 Prozent.

TOP 3 LEVEL 3-4 – niedrige Armutsgefährdung: Tschechien, Malta, Ungarn

In der Tschechischen Republik hatten mehr als zwei Drittel der 15- bis 64-Jährigen eine Ausbildung der Bildungsstufen 3 und 4, so viel wie in keinem anderen Land. So niedrig wie in keinem anderen Land der Europäischen Union war die Armutsgefährdung für Personen mit einer derartigen Ausbildung, sie lag bei 6,9 Prozent. Ganz anders die Situation in Malta, denn hier hatten so wenige wie in keinem anderen EU-Land eine Ausbildung der Levels 3 oder 4, die Armutsgefährdung lag aber bei unterdurchschnittlichen 8,4 Prozent. In Ungarn, wo wiederum ein überdurchschnittlicher Anteil der Bevölkerung einen mittleren Abschluss aufwies, lag sie bei 8,8 Prozent.

TOP 3 LEVEL 5-6 – hohe Armutsgefährdung: Litauen, Irland, Spanien

Länder, die einen hohen Anteil an AbsolventInnen der Bildungsstufen 5 und 6 haben, wiesen auch eine vergleichsweise hohe Armutsgefährdung für diese Personengruppe auf. Am höchsten war sie im Jahr 2010 mit 9,4 Prozent in Litauen, das einen Anteil von Abschlüssen der Level 5 und 6 von überdurchschnittlichen 27 Prozent aufwies. In Irland, das den höchsten Anteil aller EU-Länder von AbsolventInnen dieser Bildungsstufen aufwies, lag die Armutsgefährdung bei 9 Prozent. In Spanien lag sie bei 8,7 und in Dänemark und Schweden bei jeweils 8,6 Prozent. Während Spanien eines der EU-Länder mit der höchsten durchschnittlichen Armutsgefährdung ist, zeigt sie auch in Dänemark und Schweden ganz deutlich ein generell beobachtbarer Trend: Bildung schützt vor Armut, wie die unterdurchschnittliche Armutsgefährdung von AbsolventInnen der Bildungsstufen 5 und 6 zeigt. Wenn sich allerdings der Anteil von hoch gebildeten Personen erhöht, steigt auch die Armutsgefährdung dieser Gruppe, denn die Chance auf eine adäquate Anstellung sinkt.

TOP 3 LEVEL 5-6 – niedrige Armutsgefährdung: Rumänien, Ungarn, Tschechien

In Rumänien, das die zweithöchste Armutsgefährdung der Europäischen Union und den niedrigsten Anteil an AbsolventInnen der Levels 5 und 6 aufweist, ist eine hohe Bildung der

beste Schutz vor Armut. Mit 1,1 Prozent haben Personen mit einer hohen Ausbildung die niedrigste Armutsgefährdungsquote aller EU-Staaten. In Ungarn und Tschechien, die ebenfalls einen unterdurchschnittlichen Anteil an Level 5 und 6 AbsolventInnen aufwiesen, lag die Armutsgefährdung dieser Gruppe bei 1,8 bzw. 2,5 Prozent.

ÖSTERREICH – 4.niedrigste Armutsgefährdung bei Level 3-4

In Österreich lag die Armutsgefährdung von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (Level 0-2) bei 22,6 Prozent und damit im EU-Durchschnitt (23 Prozent). Ebenfalls im EU-Durchschnitt (6,9 Prozent) lag die Armutsgefährdung von hoch gebildeten Personen mit 6,5 Prozent. Unter dem EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdung einzig bei Personen mit einem Abschluss der Bildungsstufen 3 oder 4. Österreich hatte mit einer Quote von 8,8 Prozent die viertniedrigste Armutsgefährdungsquote dieser Gruppe innerhalb der Europäischen Union und lag damit um 4,6 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt.

Die Ausbildung und die daraus resultierende berufliche Tätigkeit haben auch in Österreich einen entscheidenden Einfluss auf die Armutsgefährdung, denn *„Bildung und berufliche Qualifikation können sich über ein kontinuierliches und gut entlohntes Erverbsverhältnis positiv auf die Einkommenssituation auswirken.“*⁹⁰ So sind in Österreich *„Personen mit Hochschulbildung am seltensten von dauerhafter und zeitweiliger Armutsgefährdung betroffen“*⁹¹ während fast *„drei Viertel der ‚working poor‘ [...] keine Matura [haben]. Hilfsarbeiter im Erverbsalter sind mehr als doppelt so häufig von Armutsgefährdung betroffen wie Facharbeiter, die wiederum eine fast doppelt so hohe Armutsgefährdungsquote aufweisen wie Erverbstätige mit mittlerer Tätigkeit. Unter Erverbstätigen mit hochqualifizierter Tätigkeit tritt Armutsgefährdung fast gar nicht auf.“*⁹² Bildung hat aber nicht nur einen Einfluss auf die Art der Tätigkeit und die berufliche Stellung, sondern auch auf die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. *„Die Grundlage für die spätere Erverbslosigkeit wird in vielen Fällen bereits mit dem frühzeitigen Ende einer Bildungskarriere gelegt. Bei Personen, deren höchste abgeschlossene Schulbildung ein Pflichtschulabschluss ist, ist die (nahezu) Erverbslosenquote [...] etwa dreimal so hoch wie bei Personen mit Hochschulabschluss.“*⁹³

⁹⁰ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 71

⁹¹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 71

⁹² BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 47

⁹³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 96

B.1.5. Armut und Familie

Die Haushaltszusammensetzung hat einen wesentlichen Einfluss auf die Erwerbs- und Einkommensstrukturen von Haushalten und damit auch auf das Risiko einer Armutsgefährdung. In Familien mit Kindern wird, vor allem bei Frauen, die Möglichkeit am Erwerbsleben teilzunehmen, oft eingeschränkt. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang leistbare Kinderbetreuungsangebote wie auch Beschäftigungsmöglichkeiten, die mit den Betreuungspflichten vereinbar sind. Das Erwerbseinkommen von Frauen ist oft entscheidend, um eine Armutsgefährdung zu verhindern. Die Geburt von Kindern erhöht nicht zwangsläufig das Armutsgefährdungsrisiko, jedoch kommt es bei AlleinerzieherInnen oder in Mehrpersonenhaushalten mit mehreren Kindern im besonderen Maße zum Tragen und erhöht – in der Regel – das Armutsgefährdungsrisiko. In den einzelnen europäischen Staaten gibt es diesbezüglich jedoch teils gravierende Unterschiede, abhängig von Kinderbetreuungsangebot, Arbeitsmarktsituation, Einkommensverhältnissen und Sozialsystemen in den Ländern.

B.1.5.1. Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen-Haushalten

In ganz Europa gehören AlleinerzieherInnen-Haushalte, wovon der Großteil alleinerziehende Frauen sind, zu den armutsgefährdetsten Gruppen. Dass diese Haushalte eine derart hohe Armutsgefährdung aufweist, liegt vor allem an den geringeren Verdienstmöglichkeiten durch die vermehrten Betreuungsaufgaben. Denn AlleinerzieherInnen sind in doppeltem Maße von nicht ausreichenden und leistbaren Kinderbetreuungsangebot sowie unvereinbaren Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote von AlleinerzieherInnen betrug im Jahr 2010 in den 27 EU-Staaten 36,8 Prozent, das ist um 20,4 Prozentpunkte mehr als im EU-Durchschnitt. In allen EU-Staaten sind Ein-Eltern-Haushalte überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Die geringsten Abweichungen finden sich in Dänemark und Finnland, aber auch dort ist die Armutsgefährdungsquote um 6,7 bzw. 8,9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Malta, Luxemburg, Spanien

Mehr als die Hälfte (57,4 Prozent) der AlleinerzieherInnen waren 2010 in Malta armutsgefährdet. In sechs weiteren EU-Staaten betrug die Armutsgefährdungsquote der AlleinerzieherInnen über 40 Prozent. Dazu zählen: Luxemburg (46,4 Prozent), Spanien (45,5 Prozent), Litauen (44,4 Prozent), Deutschland (43 Prozent), Bulgarien (42,3 Prozent) und Lettland (41,3 Prozent).

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Dänemark, Finnland, Slowakei

Am niedrigsten war die Armutsgefährdungsquote von Alleinerzieherinnen in Dänemark. Aber auch hier war noch jede/r fünfte AlleinerzieherIn armutsgefährdet. In Finnland betrug die Gefährdungsquote 22 Prozent, in Slowenien war jede/r vierte Ein-Eltern-Haushalt gefährdet.

ÖSTERREICH – 5. niedrigste Armutsgefährdung

In Österreich betrug die Armutsgefährdungsquote von AlleinerzieherInnen-Haushalten im Jahr 2010 28,2 Prozent und wies damit die fünftniedrigste Quote aller EU-Staaten auf. Dennoch war immer noch mehr als jeder vierte AlleinerzieherInnen-Haushalt armutsgefährdet. Betroffen waren hiervon fast ausschließlich Frauen. In Österreich waren 92 Prozent der Erwachsenen in AlleinerzieherInnen-Haushalten Frauen.⁹⁴ Unbedingt notwendig für Ein-Eltern-Haushalte ist eine Erwerbsbeteiligung der Mütter, auch wenn dies für viele keinen Lebensstandard über der Armutsgefährdungsschwelle ermöglicht. Denn obwohl „Alleinerzieherinnen nicht nur häufiger, sondern auch in höherem Stundenausmaß erwerbstätig sind als Mütter, die in einer Partnerschaft leben“⁹⁵ liegt die Armutsgefährdungsquote der Haushalte bei 20 Prozent.⁹⁶ „Wenn Frauen in Ein-Eltern-Haushalten nicht erwerbstätig sind, liegt die Armuts-

⁹⁴ vgl. BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 52

⁹⁵ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 52

⁹⁶ vgl. BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 54

gefährdungsquote bei 63%.⁹⁷ (54). Ein langjähriger Vergleich (von 2006 bis 2009) zeigte die schwierige soziale Lage von AlleinerzieherInnenhaushalten, von denen 35 Prozent zeitweilig von Armut betroffen waren. „Mehr als die Hälfte (53%) aller Kinder und Erwachsenen in Ein-Eltern-Haushalten haben in den vergangenen vier Jahren dauerhaft oder zeitweilig mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen.“⁹⁸

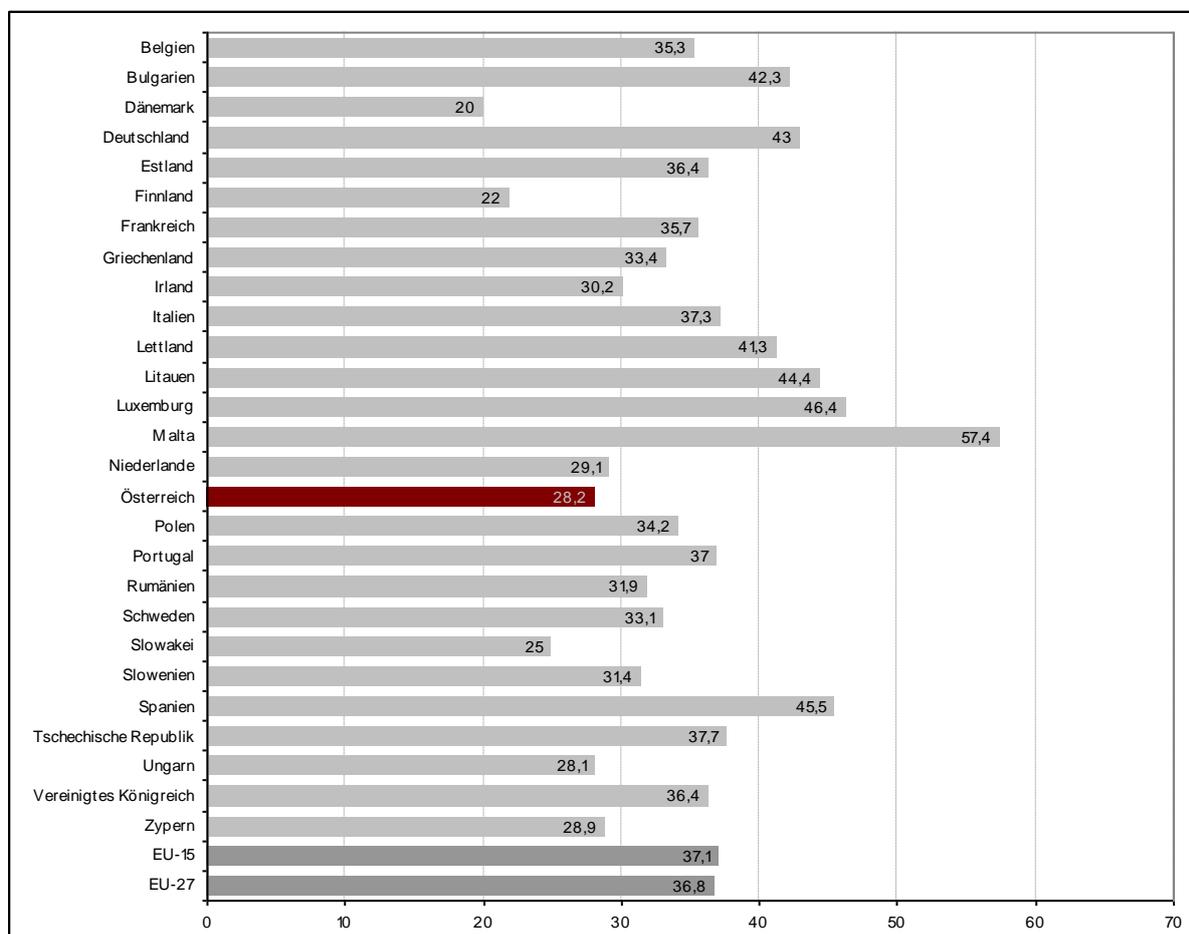


Abbildung 19: Armutsgefährdungsquoten von AlleinerzieherInnen in den EU-Staaten 2010⁹⁹

B.1.5.2. Armutsgefährdung von Eltern mit drei oder mehr Kindern

Kinderreiche Familien sehen sich im Regelfall mit einer erhöhten Armutsgefährdung konfrontiert. In vier Ländern der EU hatten Familien mit drei oder mehr Kindern jedoch ein geringeres Armutsgefährdungsrisiko als der Durchschnitt. In den Nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Schweden, in denen Frauen aufgrund eines sehr familienfreundlichen Sozialsystems und eines gut ausgebauten Kinderbetreuungswesens eine sehr hohe Erwerbsquote hatten, ebenso wie in Zypern hatten kinderreiche Familien ein unterdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko. Im Gegensatz dazu lag die Gefährdungsquote für diese Familiensammensetzung in Bulgarien und Rumänien um 40 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Familien mit drei oder mehr Kindern hatten in den EU-27 Staaten eine durchschnittliche Armutsgefährdung von 25,9 Prozent, das lag um 9,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

⁹⁷ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 54

⁹⁸ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 69

⁹⁹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdsc240> (Stand: 06/2012)

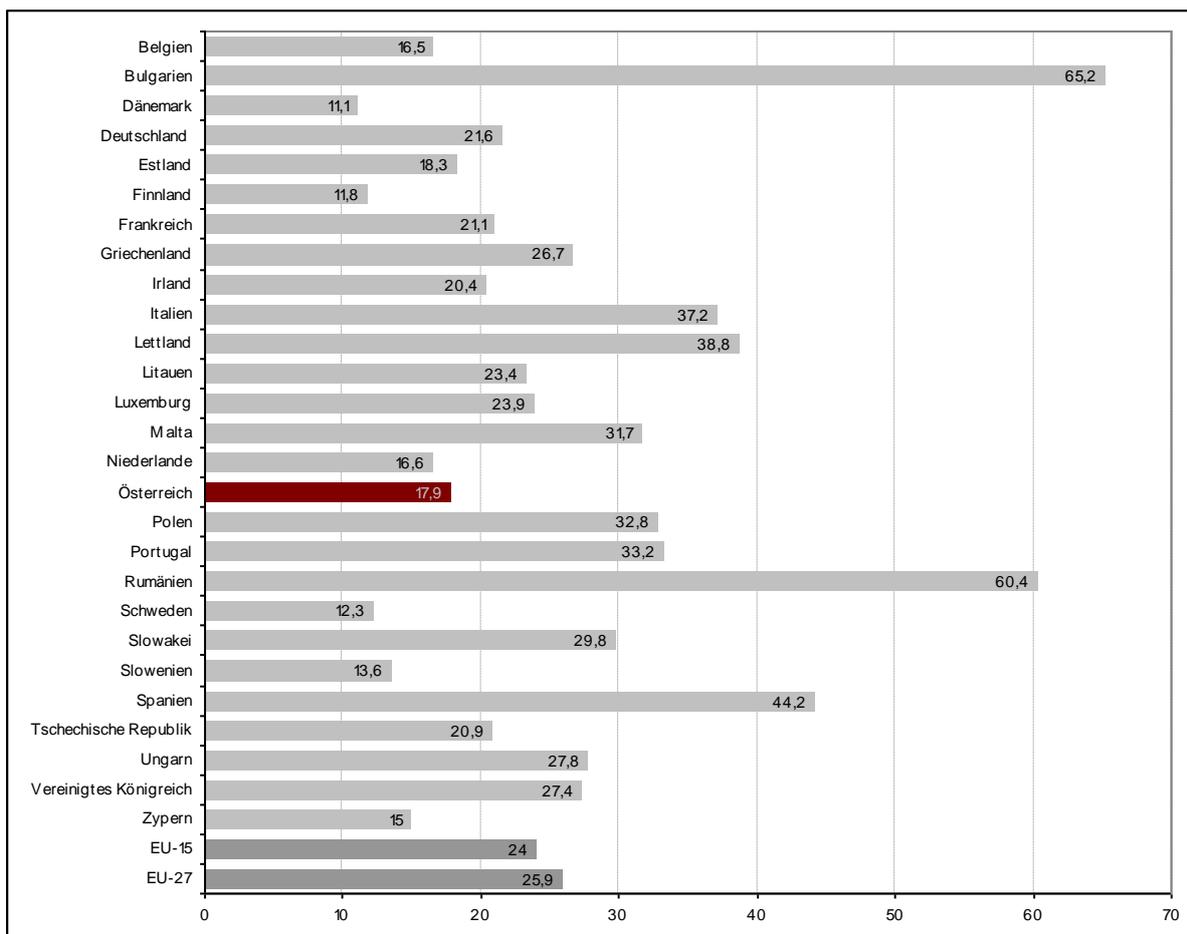


Abbildung 20: Armutsgefährdungsquoten von Eltern mit drei oder mehr Kindern in den EU-Staaten 2010¹⁰⁰

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Bulgarien, Rumänien, Spanien

Am schlimmsten war die Situation für Familien mit 3 oder mehr Kindern in den ohnehin mit hoher Armutsgefährdung konfrontierten Ländern Bulgarien, Rumänien und Spanien. In Bulgarien waren im Jahr 2010 zwei von drei aller Familien mit 3 oder mehr Kindern armutsgefährdet, in Rumänien waren es drei von fünf. Auch in Spanien waren 44 Prozent dieser Familien betroffen. Diese drei Länder wiesen auch die größte Differenz zwischen durchschnittlicher Armutsgefährdung des Landes und der Armutsgefährdung von Mehrkindfamilien auf. In Bulgarien lag die Differenz bei 44,5 Prozentpunkten, in Rumänien bei 39,3 und in Spanien bei 23,5 Prozentpunkten.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Dänemark, Finnland, Schweden

Ganz anders das Bild in den Nordischen Ländern Dänemark, Finnland und Schweden. Nicht nur, dass Familien mit 3 oder mehr Kindern hier eine sehr niedrige Armutsgefährdungsquote hatten, die bei 11,1, 11,8 bzw. 12,3 Prozent lag. Diese lagen sogar – bis zu zwei Prozentpunkten – unter der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote des jeweiligen Landes.

ÖSTERREICH – 8. niedrigste Armutsgefährdung

In Österreich waren 17,9 Prozent, um 5,9 Prozentpunkte mehr als der Landesdurchschnitt, der Familien mit drei oder mehr Kindern von Armutsgefährdung betroffen. Damit lag Österreich nicht im europäischen Spitzenfeld. Familien mit 3 oder mehr Kindern gehörten in Österreich zu jenen Gruppen, bei denen Sozialleistungen einen überdurchschnittlich hohen Anteil am Einkommen ausmachten. 25 Prozent des Haushaltseinkommens dieser Familien stamm-

¹⁰⁰ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdsc240>
(Stand: 06/2012)

ten aus Sozialleistungen.¹⁰¹ Wie wichtig diese Sozialleistungen waren, zeigt sich daran, dass ohne sie 53 Prozent dieser Familien armutsgefährdet gewesen wären.¹⁰² Bedingt auch dadurch, dass die Erwerbsintensität der Frauen in solchen Familienzusammensetzungen vergleichsweise niedrig war. „Liegt die Erwerbsquote von Frauen in Haushalten ohne Kinder bei 71%, sind in Haushalten mit drei Kindern nur 44% der Frauen erwerbstätig.“¹⁰³ Wobei dem mit einem besseren Kinderbetreuungsangebot entgegen gewirkt werden könnte.

B.1.5.3. Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre)

Die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen ist besonders schwerwiegend, da sie Auswirkungen auf das restliche Leben der Betroffenen hat. „Von Armut bedrohte Kinder sind mit größerer Wahrscheinlichkeit auch im späteren Leben in ihren Entwicklungschancen eingeschränkt.“¹⁰⁴ Dabei umfassen diese Entwicklungschancen nicht nur die schulische und berufliche Ausbildung, sondern auch familiäre „Beziehungen und Interaktionen, Freizeit und Interaktion in gleichaltrigen Gruppen. Diese Belastungen führen zu Beeinträchtigungen des emotionalen, sozialen, somatischen und physischen Wohlbefindens. Das heißt, Kinder die in einer von Armut betroffenen Lebenslage aufwachsen, erleben nicht nur die Unterversorgung als traumatisch, sondern auch die Ohnmacht der Eltern, die Probleme zu meistern, was die Kinder wiederum in der Entwicklung ihres Selbstwertgefühls entmutigt und in ihrer Entwicklung schwächt.“¹⁰⁵ Dabei kommt bei Kinderarmut dem Aspekt der Vererbung von Armut eine wichtige Bedeutung zu. Gesprochen wird hier von der sogenannten „Armutsspirale“, wonach armutsgefährdete Kinder auch als Erwachsene häufiger von Armutsgefährdung betroffen sind. So muss bei dem Versuch, Armut zu durchbrechen, bei der Kinderarmut begonnen werden.

In den meisten EU-Staaten sind die Armutsgefährdungsquoten von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) höher als die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote des jeweiligen Landes. Einzig in Finnland, Zypern und am deutlichsten in Dänemark liegt sie darunter. In Schweden und Slowenien ist sie nahezu identisch mit der landesweiten Armutsgefährdungsquote. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) innerhalb der EU beträgt 20,5 Prozent. Damit waren etwa 19,5 Mio. Kinder und Jugendliche in der Europäischen Union armutsgefährdet. Die Quote war sie um 4,1 Prozentpunkte höher als der EU-Durchschnitt. Die größte Differenz wies Rumänien mit 10,2 Prozentpunkten auf.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Rumänien, Bulgarien, Lettland

In Rumänien war fast jedes/r dritte Kind bzw. Jugendlicher (genau 31,3 Prozent) armutsgefährdet. So viele wie in keinem anderen Land. In Bulgarien (26,8 Prozent), Lettland (26,6 Prozent), Spanien (26,2 Prozent) und Italien (24,7 Prozent) waren ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen armutsgefährdet.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Dänemark, Finnland, Slowenien

Eine tendenziell geringere Kinderarmut zeigte sich in den Nordischen Staaten. Die geringsten Armutsgefährdungsquoten von Kindern und Jugendlichen wiesen im Jahr 2010 Dänemark mit 10,9 und Finnland mit 11,4 Prozent auf. Auch in Schweden lag sie mit 13,1 Prozent nur geringfügig darüber. Etwas geringer war sie mit 12,6 Prozent noch in Slowenien.

Österreich – 7. niedrigste Armutsgefährdung

¹⁰¹ vgl. BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband: 40

¹⁰² vgl. BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband: 67

¹⁰³ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 54

¹⁰⁴ Destatis: Armut und soziale Ausgrenzung in Europa.

¹⁰⁵ Kinderarmut in Österreich. Positionen der österreichischen Armutskonferenz.

http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=94&Itemid=69 (Stand: 06/2012)

Österreich hatte mit 14,3 Prozent die siebentniedrigste Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Europäischen Union. Damit lag sie in Österreich um 2,2 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Armutsgefährdung der Bevölkerung. Kinder und Jugendliche stellen in Österreich ein Viertel der Armutsgefährdeten dar.¹⁰⁶ Dabei waren vor allem Kinder mit Migrationshintergrund (aus nicht EU-/EFTA-Staaten) betroffen. Türkische Kinder wiesen eine Armutsgefährdungsquote von 51 Prozent auf, bei Kindern mit einer anderen Drittstaatsangehörigkeit lag sie sogar bei 71 Prozent. Die Armutsgefährdung von Kindern mit österreichischer Staatsbürgerschaft lag bei unterdurchschnittlichen 11 Prozent.¹⁰⁷ Ein längerfristiger Vergleich (von 2006 bis 2009) zeigt die Dynamik von Armutsgefährdung im Lebensverlauf. „Bei Kindern und Jugendlichen ist eine überdurchschnittlich hohe Betroffenheit von zeitweiliger Armutsgefährdung festzustellen: 24% sind mindestens einmal in den untersuchten vier Jahren armutsgefährdet. Zusammen mit dauerhaft armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen waren 28% der Personen unter 19 Jahren zwischen 2006 und 2009 mindestens einmal armutsgefährdet. Armutsgefährdung ist in diesem Alter vielfach eine vorübergehende Phase, die durch Abschluss einer Ausbildung und Aufnahme der Erwerbstätigkeit beendet wird.“¹⁰⁸

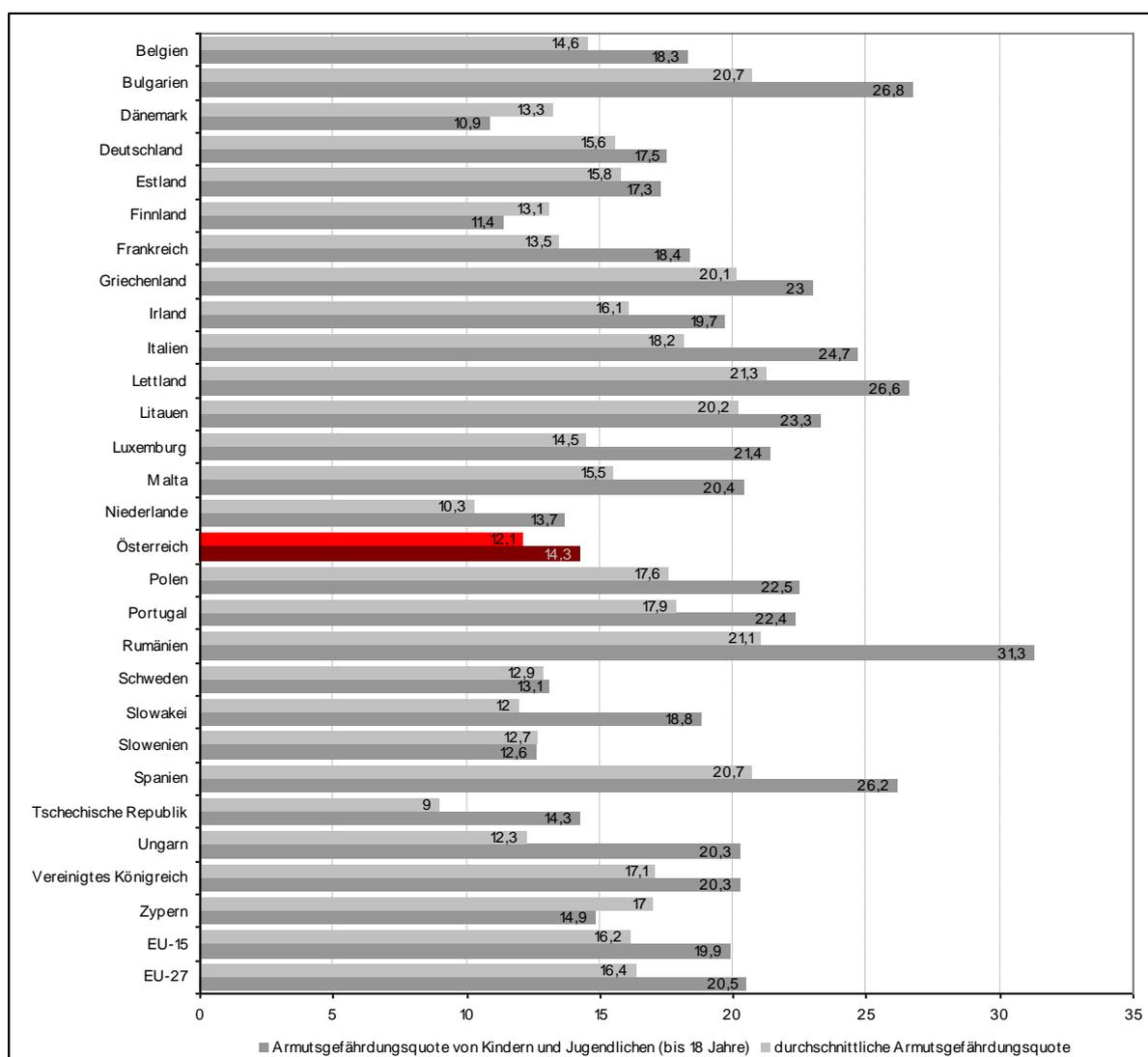


Abbildung 21: Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) im Vergleich mit durchschnittlicher Armutsgefährdung in den EU-Staaten 2010¹⁰⁹

¹⁰⁶ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 40

¹⁰⁷ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 58

¹⁰⁸ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 68

¹⁰⁹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi120>
(Stand: 06/2012)

B.1.6. Armut und Alter

Auch ältere Menschen sind nicht vor Armut geschützt, hängt die Lebenssituation im Alter doch zumeist unmittelbar von den staatlichen Altersleistungen/vom staatlichen Pensionssystem ab. In Folge der unterschiedlichen Pensionssysteme gibt es zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Armutsgefährdung von Menschen im Alter.

B.1.6.1. Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre

Alter bedeutet nicht automatisch Armut. EU-weit weisen Personen über 65 Jahre keine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Jedoch täuscht der Durchschnittswert hier sehr, denn in der Hälfte der EU-Staaten lag die Armutsgefährdungsquote von Personen über 65 Jahren höher als beim Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Am drastischsten zeigte sich dies in Zypern, wo die Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahren um 28 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt lag. Das umgekehrte Bild zeigte sich beispielsweise in Luxemburg und Ungarn. Hier war die Armutsgefährdungsquote von Personen über 65 Jahre um mehr als 8 Prozentpunkte geringer als der jeweilige Landesdurchschnitt. Die teils gravierenden Unterschiede bei der Armutsgefährdung von älteren Personen lassen sich auf die verschiedenen Pensions- und Sozialsysteme der einzelnen Staaten zurückführen. EU-weit waren durchschnittlich 15,9 Prozent der Personen über 65 Jahre armutsgefährdet (um 0,5 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt), wobei sich die Armutsgefährdungsquoten in den einzelnen Ländern zwischen 4,1 und 45,1 Prozent bewegten.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Zypern, Bulgarien, Spanien

In Zypern hatten im Jahr 2010 Personen über 65 Jahre eine Armutsgefährdungsquote von 45,2 Prozent. Damit war in Zypern die Situation für ältere Menschen am prekärsten. In Bulgarien waren ein Drittel aller über 65-Jährigen von Armut bedroht. Relativ nah beieinander lag die Armutsgefährdung in Spanien (21,7 Prozent), dem Vereinigten Königreich (21,4 Prozent) und Griechenland (21,3 Prozent), wo mehr als ein Fünftel aller über 65-jährigen Personen armutsgefährdet waren.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Ungarn, Luxemburg, Niederlande

Ungarn und Luxemburg wiesen mit 4,1 bzw. 5,9 Prozent nicht nur die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten für über 65-Jährige in der Europäischen Union auf, sie lagen auch am deutlichsten unter der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote des jeweiligen Landes. In Ungarn lag die Differenz bei 8,2 und in Luxemburg bei 8,6 Prozentpunkten. Ebenso wie in Luxemburg lag auch in den Niederlanden die Armutsgefährdungsquote für ältere Personen bei 5,9 Prozent. Mit der Tschechischen Republik (6,8 Prozent), der Slowakei (7,7 Prozent) und Frankreich (9,7 Prozent) lag sie noch in drei weiteren Ländern unter der 10-Prozent-Marke.

ÖSTERREICH – im Mittelfeld der Armutsgefährdung

In Österreich stellte sich die Situation für ältere Menschen eher durchschnittlich dar. Die österreichische Armutsgefährdungsquote für Personen über 65 Jahre war mit 15,2 Prozent nur knapp unter dem EU-Durchschnitt dieser Altersgruppe (15,9 Prozent). Damit lag Österreich nur an 12. Stelle. Insgesamt machten in Österreich Personen ab 65 Jahren 21 Prozent aller Armutsgefährdeten aus.¹¹⁰ Während bei Personen anderer armutsgefährdeter Gruppen aufgrund einer Veränderung der Lebensumstände die Möglichkeit besteht, aus der Armutslage herauszukommen, haben ältere Personen *„viel eher dauerhafte Armutslagen zu bewältigen: 13% der Personen ab 65 Jahren – und damit mehr als doppelt so viele wie insgesamt – sind dauerhaft armutsgefährdet. Nach Beendigung des Erwerbslebens ist für sie meist kein An-*

¹¹⁰ vgl. BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 41

stieg des Einkommens mehr zu erwarten. Sofern sich ihre Einkommenssituation nicht ändert, sind auch alle Beziehenden einer Mindestpension nach dem aktuellen Ausgleichzulagenrichtsatz dauerhaft armutsgefährdet, da dieser unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt¹¹¹.

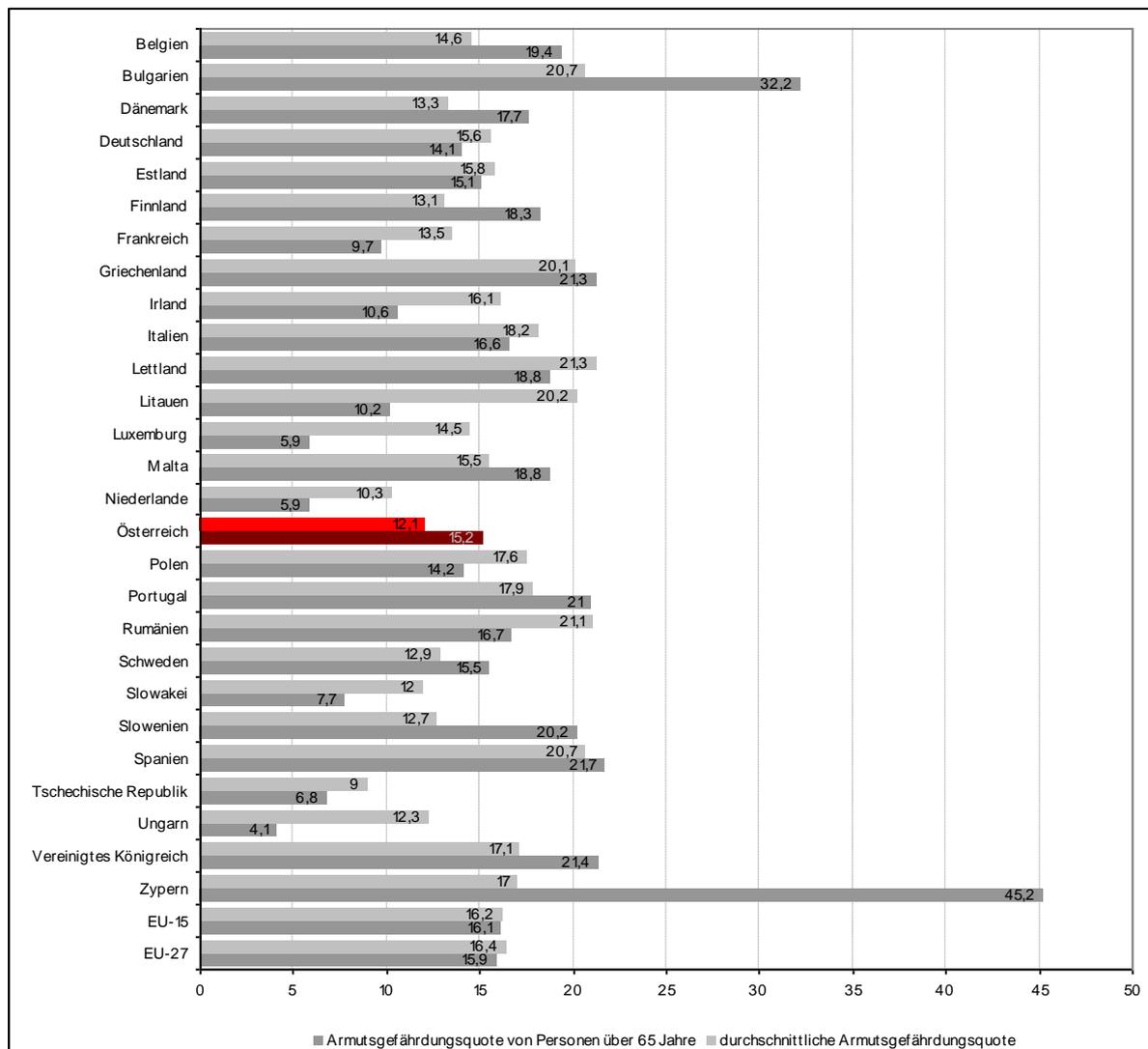


Abbildung 22: Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre im Vergleich mit durchschnittlicher Armutsgefährdung in den EU-Staaten 2010¹¹²

Bei der Armutsgefährdungsquote von Personen über 65 Jahren zeigen sich in einigen Ländern teils drastische Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Abgesehen von Malta und Irland weisen Frauen in allen Ländern eine höhere Armutsgefährdung auf als Männer. Hier kam die tendenziell überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung von alleinlebenden Pensionistinnen zum Tragen. Viele verfügten, aufgrund verminderter oder schlechter bezahlter Erwerbstätigkeit, über geringere Pensionen. Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsquote der Männer über 65 Jahre bei 12,9 Prozent, jene der Frauen um 5,2 Prozentpunkte darüber bei 18,1 Prozent.

¹¹¹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 68f

¹¹² <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdde320> (Stand: 06/2012)

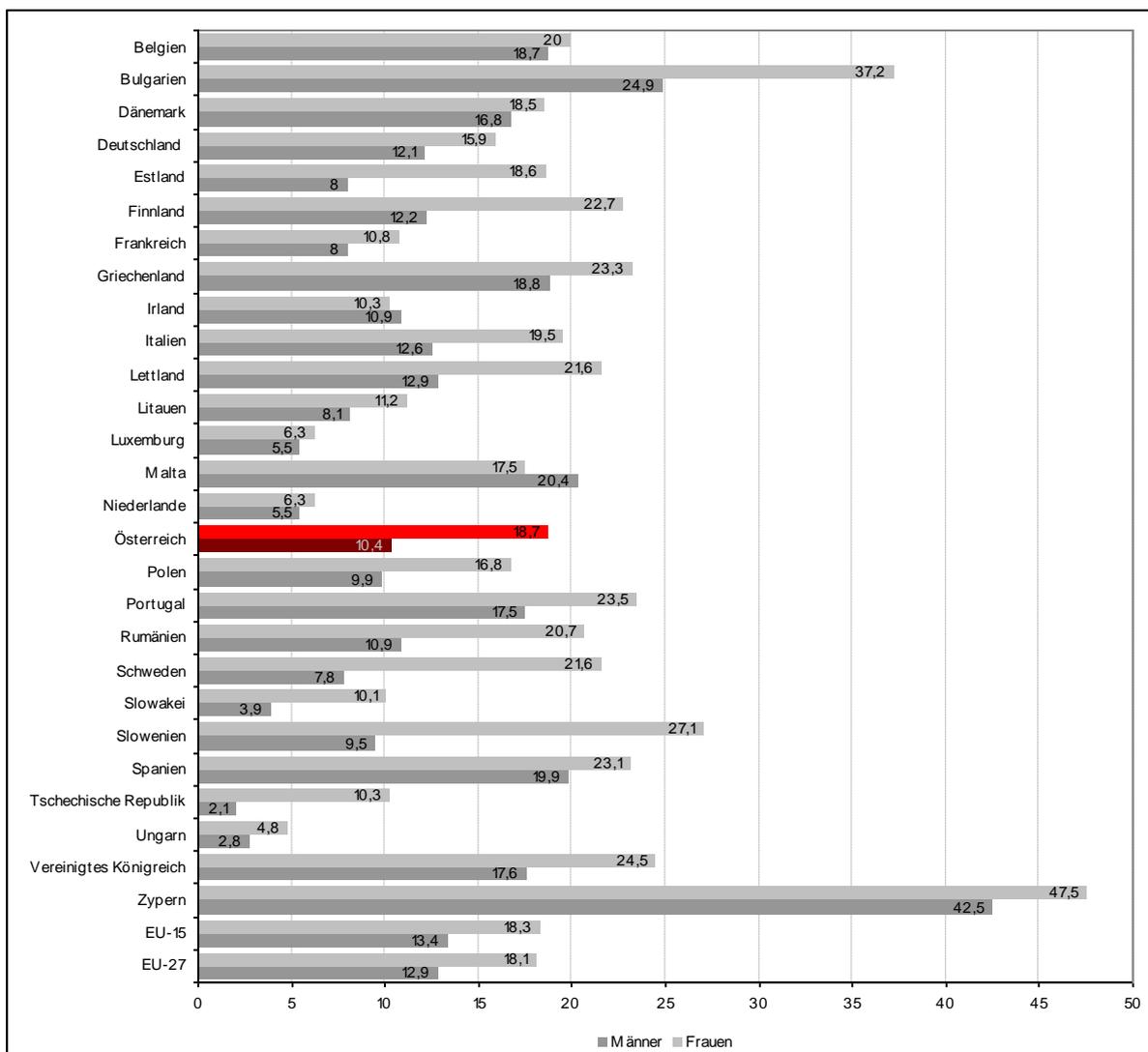


Abbildung 23: Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre, nach Geschlecht¹¹³

TOP 3 MÄNNER – hohe Armutsgefährdung: Zypern, Bulgarien, Malta

Männer über 65 Jahre hatten in Zypern mit 42,5 Prozent die mit Abstand höchste Armutsgefährdungsquote innerhalb der Europäischen Union. In Bulgarien (24,9 Prozent) war einer von vier Männern über 65 Jahre armutsgefährdet und in Malta einer von fünf (20,4 Prozent).

TOP 3 MÄNNER – niedrige Armutsgefährdung: Tschechien, Ungarn, Slowakei

Die geringste Wahrscheinlichkeit einer Armutsgefährdung wiesen über 65-jährige Männer in der Tschechischen Republik, mit einer Gefährdungsquote von 2,1 Prozent, auf. Ebenfalls noch unter fünf Prozent lag die Armutsgefährdung von Männern dieser Altersgruppe in Ungarn (2,8 Prozent) und der Slowakei (3,9 Prozent). In den Niederlanden und Luxemburg lag sie bei jeweils 5,5 Prozent.

TOP 3 FRAUEN – hohe Armutsgefährdung: Zypern, Bulgarien, Slowenien

Wie bei den Männern waren auch die Frauen über 65 Jahre in Zypern und Bulgarien mit einer Gefährdungsquote von 47,5 bzw. 37,2 Prozent am höchsten von Armut betroffen. Während jedoch die slowenischen Frauen über 65 Jahre mit 27,1 Prozent die dritthöchste Armutsgefährdungsquote innerhalb der Europäischen Union aufwiesen, lag jene der Männer mit 9,5 Prozent sogar unter dem EU-Durchschnitt. Slowenien wies mit 17,6 Prozentpunkten die größte Differenz zwischen alleinlebenden Männern und Frauen auf.

¹¹³ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdde320>
(Stand: 06/2012)

TOP 3 FRAUEN – niedrige Armutsgefährdung: Ungarn, Niederlande, Luxemburg

Frauen über 65 Jahre wiesen wie die Männer in den gleichen Ländern niedrige Armutsgefährdungsquoten auf. In Ungarn waren 4,8 Prozent der älteren Frauen armutsgefährdet, in den Niederlanden und Luxemburg waren es jeweils 6,3 Prozent. In der Slowakei (10,1 Prozent) und der Tschechischen Republik (10,3 Prozent) lag die Armutsgefährdung dieser Altersgruppe über der 10-Prozent-Marke.

ÖSTERREICH - im Mittelfeld der Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdung von über 65-jährigen Männern lag im Jahr 2010 in Österreich bei 10,4 Prozent. Damit lag sie um 2,5 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, aber trotzdem EU-weit nur an 12. Stelle. Bei den über 65-jährigen Frauen lag die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 18,7 Prozent um 8,3 Prozentpunkte über jener der Männer. Betrachtet man die Armutsgefährdungsquote von Frauen über 65 Jahre im EU-Vergleich, so lag die Quote leicht (um 0,7 Prozentpunkte) unter dem Durchschnitt und damit nur an 14. Stelle.

B.1.6.2. Armutsgefährdung eines alleinlebenden Erwachsenen älter als 65 Jahre

Alleinlebende Personen weisen in der Regel eine höhere Armutsgefährdung auf, da die Kosten für die Lebenshaltung nicht mit anderen geteilt werden können. Dies zeigt sich in einigen Staaten besonders stark bei den über 65-Jährigen. In vielen Ländern wiesen alleinstehende Personen über 65 Jahre eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung auf, die zudem in fast allen Ländern über der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Personen über 65 Jahren lag. In der Europäischen Union waren im Jahr 2010 fast ein Viertel (genau: 23,7 Prozent) aller einlebenden Erwachsenen über 65 Jahre armutsgefährdet, das war um 7,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Bulgarien, Zypern, Slowenien

Mit Abstand am häufigsten von Armutsgefährdung betroffen waren alleinlebende Personen über 65 Jahren in Bulgarien und Zypern, wo bzw. 61,6 bzw. 61,2 Prozent im Jahr 2010 armutsgefährdet waren. In Slowenien waren 44 Prozent der alleinlebenden über 65-Jährigen von Armutsgefährdung bedroht. Sehr hoch war die Armutsgefährdungsquote für diese Personengruppe auch in Finnland mit 37,8 Prozent.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Niederlande, Ungarn, Luxemburg

Es gibt auch einige Länder in der Europäischen Union, wo ältere alleinlebende Personen besser bzw. sogar relativ gut vor Armut geschützt sind. In drei Ländern lag die Armutsgefährdung für diese Personengruppe sogar unter 10 Prozent. So betrug im Jahr 2010 die Armutsgefährdung dieser Gruppe in den Niederlanden nur 6,4 Prozent, in Ungarn 7,7 und in Luxemburg 7,8 Prozent.

ÖSTERREICH – im Mittelfeld der Armutsgefährdung

In Österreich entsprach die Situation für alleinlebende über 65-Jährige weitestgehend dem europäischen Durchschnitt. Insgesamt waren in Österreich 2010 23,2 Prozent dieser Personengruppe armutsgefährdet und damit nur um 0,5 Prozentpunkte weniger als im EU-Durchschnitt. Damit lag Österreich EU-weit an 14. Stelle.

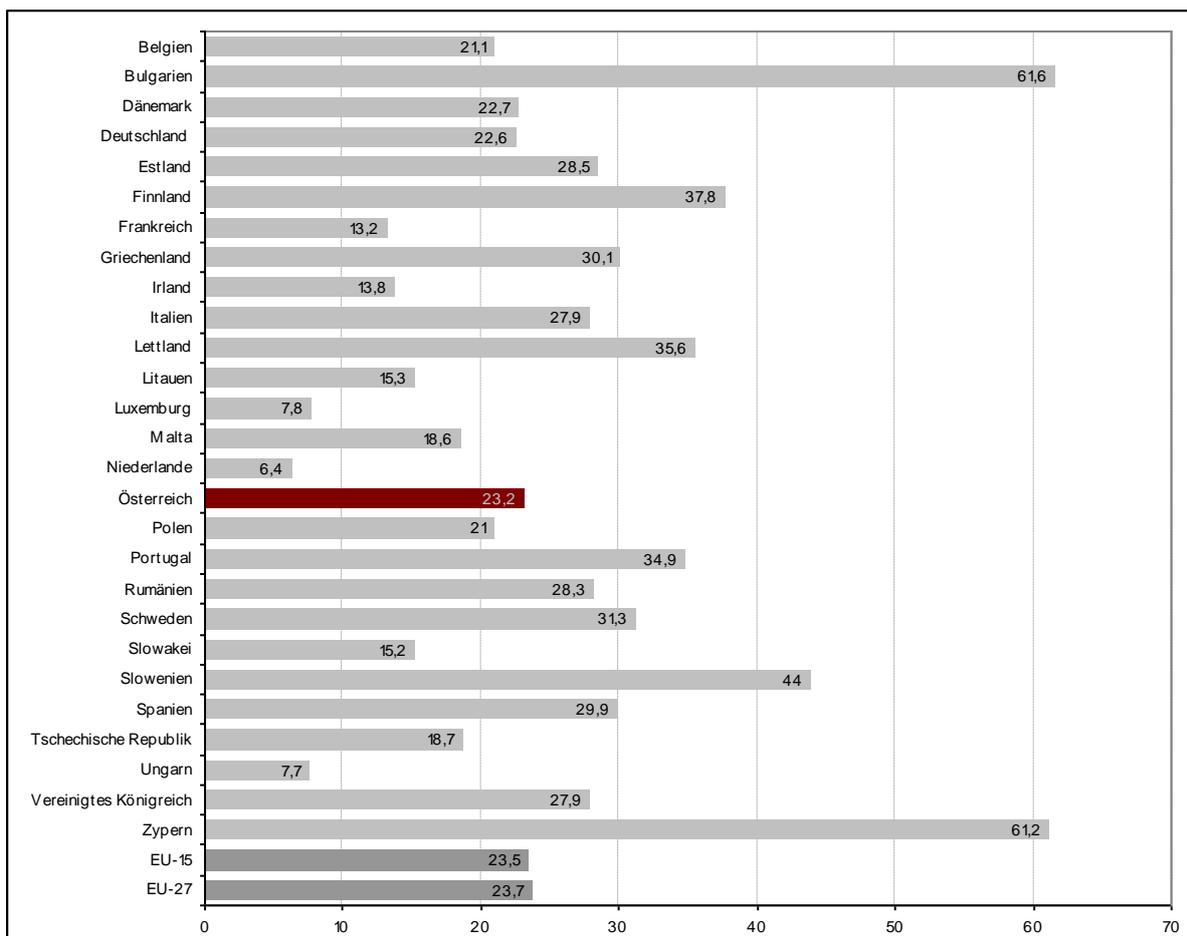


Abbildung 24: Armutsgefährdungsquoten eines alleinlebenden Erwachsenen älter als 65 Jahre in den EU-Staaten 2010¹¹⁴

B.1.6.3. Armutsgefährdung von zwei Erwachsenen, einer mindestens 65 Jahre

Weniger dramatisch stellt sich in den meisten EU-Staaten die Lebenssituation und Armutsgefährdung für jene Personen über 65 Jahre dar, die mit einer anderen, jüngeren Person gemeinsam in einem Haushalt leben. So betrug die Armutsgefährdungsquote für Zwei-Personen-Haushalte, in denen zumindest eine Person 65 Jahre oder älter war im EU-Durchschnitt 12,4 Prozent und damit um 11,3 Prozentpunkte weniger als bei alleinlebenden älteren Personen.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Zypern, Bulgarien, Malta

Inwiefern sich die Lebenssituation für die Betroffenen anders darstellt, zeigt sich am besten an den Ländern, die eine hohe Armutsgefährdung von alleinlebenden Personen über 65 Jahre aufzuweisen hatten. Zypern und Bulgarien wiesen 2010 auch bei Zwei-Personen-Haushalten, in denen zumindest eine 65-jährige oder ältere Person die höchste Armutsgefährdung auf. In Zypern waren immer noch 46,1 Prozent dieser Personengruppe armutsgefährdet. Im Vergleich zu den alleinlebenden älteren Personen war die Gefährdung jedoch um 15,1 Prozentpunkte niedriger. In Bulgarien stellte sich die Situation deutlich besser dar (um 34,7 Prozentpunkte weniger), auch wenn es mit 26,9 Prozent die zweithöchste Armutsgefährdungsquote dieser Personengruppe innerhalb der Europäischen Union stellte. Die dritt- und vierthöchste Armutsgefährdungsquote von alleinlebenden über 65-Jährigen hatten Slowenien und Finnland. Diese Staaten sind ein weiteres Beispiel für die bessere Lebenssituati-

114

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tsdsc240&language=de>
(Stand: 06/2012)

on von Zwei-Personen-Haushalten, denn auch hier betrug der Rückgang über 30 Prozentpunkte und Finnland wies sogar die siebentniedrigste Armutsgefährdungsquote bei Zwei-Personen-Haushalten mit einer 65-jährigen oder älteren Person auf und auch Slowenien lag unter dem EU-Durchschnitt. Ein Unikum in der Europäischen Union stellte hingegen Malta dar, denn es ist das einzige Land, in dem die Armutsgefährdung von Haushalten, in denen zumindest eine 65-jährige Person lebte, höher war als von alleinlebenden Personen. Diese lag im Jahr 2010 bei 22,3 Prozent.

TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei

Die niedrigste Armutsgefährdung von Zwei-Personen-Haushalten, von denen einer mindestens 65 Jahre ist, hatte im Jahr 2010 die Tschechische Republik mit 1,9 Prozent. Unter fünf Prozent lag sie außerdem noch in Ungarn (2,4 Prozent), der Slowakei (4,6 Prozent) und Schweden (4,9 Prozent).

In jenen Ländern, in denen die Armutsgefährdungsquote von alleinlebenden älteren Personen schon ziemlich niedrig war, ist dies auch bei einem gemeinsamen Haushalt der Fall. Dies zeigt sich etwa an den Niederlanden, Ungarn und Luxemburg, welche die niedrigste Armutsgefährdung bei den älteren Alleinlebenden aufwiesen.

ÖSTERREICH – im Mittelfeld der Armutsgefährdung

Österreich lag mit einer Gefährdungsquote von 11,8 Prozent bei dieser Gruppe auf Platz 15 und somit im EU-weiten Mittelfeld. Im Vergleich zu alleinlebenden Personen von 65 Jahren oder älteren ist dies ein Unterschied von 11,4 Prozentpunkten.

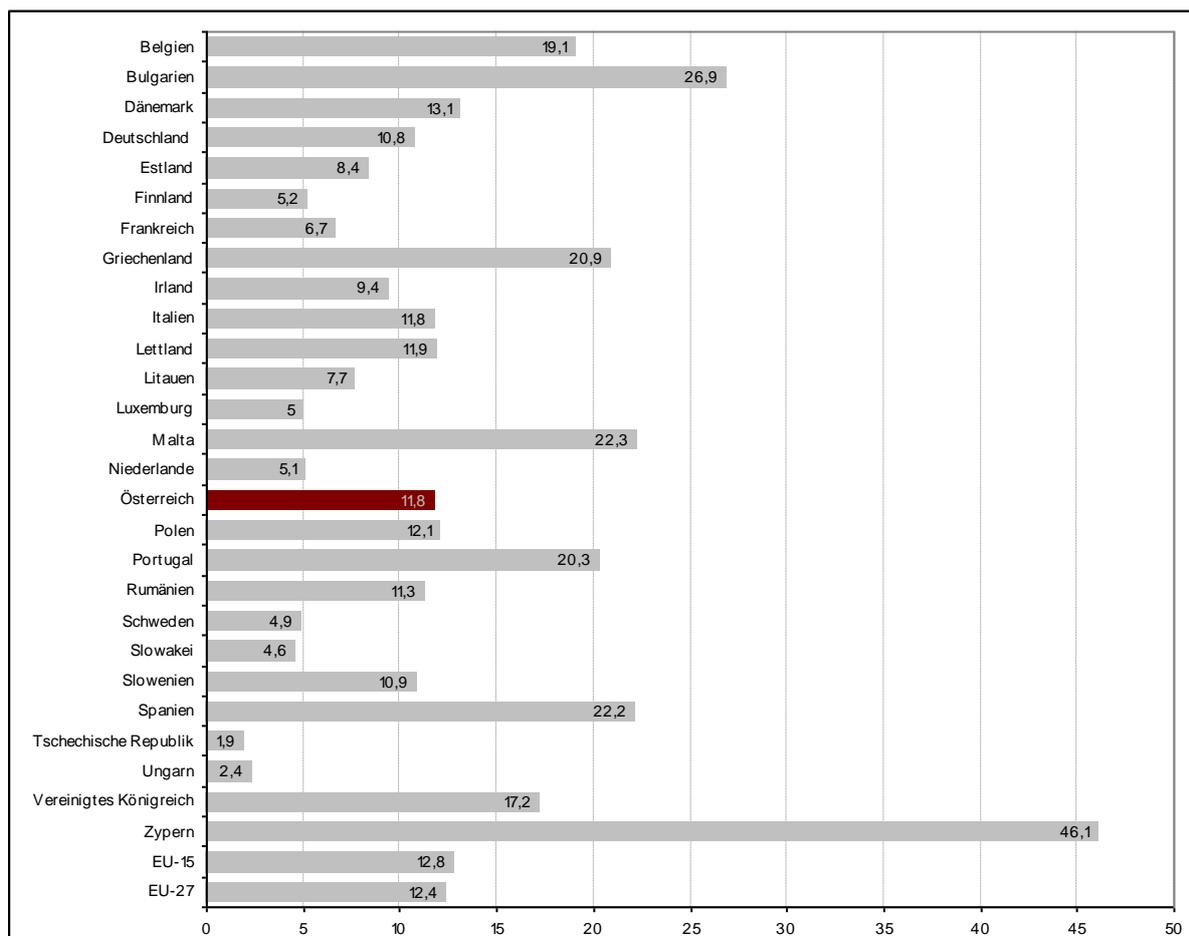


Abbildung 25: Armutsgefährdungsquoten von Haushalten mit zwei Erwachsenen, von denen einer mindestens 65 Jahre ist in den EU-Staaten 2010¹¹⁵

115

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tsdsc240&language=de>
(Stand: 06/2012)

B.2. ARMUTSGEFÄHRDUNG IN EUROPÄISCHEN (NUTS-2-)REGIONEN

Aufgrund der Vielzahl an Regionen in Europa und des sich daraus ergebenden komplexen Bildes wurde von Seiten der Statistik „eine regionale Klassifikation für Europa mit einer harmonisierten Hierarchie der Regionen auf drei Ebenen geschaffen. Anhand der Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) wird jeder Mitgliedstaat in eine Reihe von NUTS-1-Regionen untergliedert, von denen wiederum jede in eine Reihe von NUTS-2-Regionen usw. unterteilt wird. Falls verfügbar, werden Verwaltungsstrukturen für die verschiedenen NUTS-Ebenen herangezogen. Gibt es für eine bestimmte Ebene keine Verwaltungsebene, werden künstliche Regionen geschaffen, indem kleine Verwaltungsregionen aggregiert werden.“¹¹⁶

Die Einteilung der Länder in die verschiedenen NUTS-Regionen ist nicht fix und unveränderbar, denn im Rahmen der NUTS-Verordnung kann die regionale Gliederung geändert werden „um neuen administrativen Gliederungen oder Grenzziehungen Rechnung zu tragen, jedoch nicht häufiger als alle drei Jahre.“¹¹⁷ Die NUTS-Gliederung, die die hier angeführten Jahre betrifft, war vom 1. Jänner 2008 bis zum 31. Dezember 2011 in Kraft. Die derzeitige NUTS-Einteilung gilt vom 1. Jänner 2012 bis 31. Dezember 2014.¹¹⁸

Die Nationalstaaten werden in drei verschiedene NUTS-Ebenen unterteilt¹¹⁹, wobei sich die NUTS-1-Regionen in verschiedene NUTS-2-Regionen und diese wiederum in diverse NUTS-3-Regionen aufspalten.

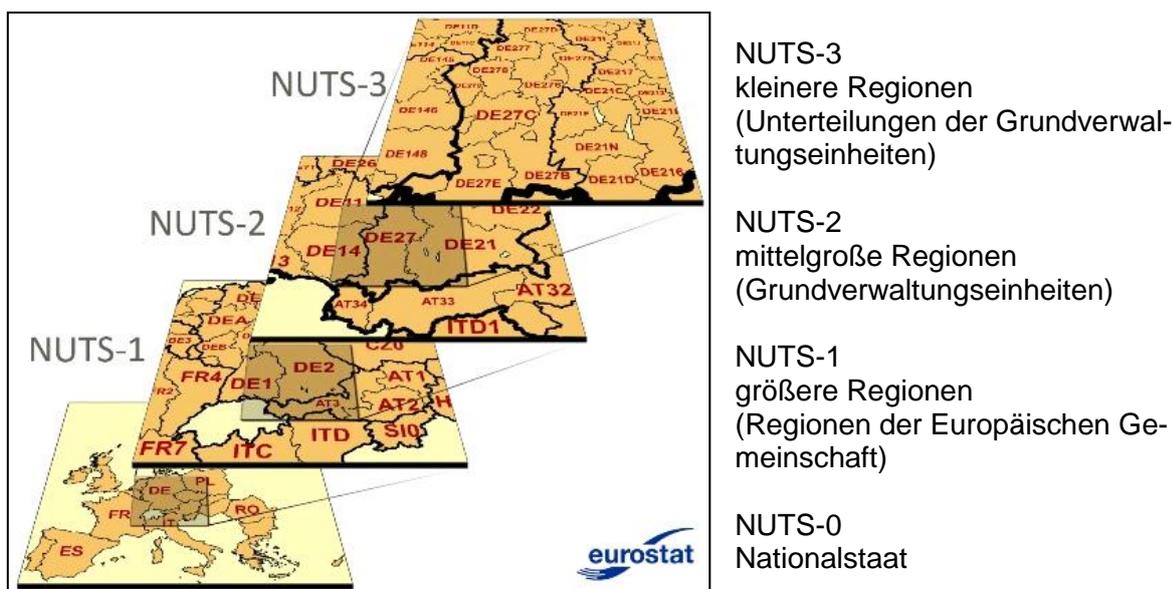


Abbildung 26: Darstellung NUTS-1, NUTS-2, NUTS-3¹²⁰

In der Europäischen Union gibt es nach der NUTS-Einteilung, die von 2008 bis 2011 gültig war, 271 NUTS-2-Regionen. Derzeit sind es 270.¹²¹ Bei Ländern, deren EinwohnerInnenzahl relativ gering ist, ist „der Wert der Ebene NUTS 2 für diese Länder identisch mit dem nationalen Wert“¹²². Dies trifft derzeit auf sechs Länder in der Europäischen Union zu: Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg und Malta. Einen Überblick über die NUTS-2-Regionen in Europa gibt die folgende Grafik.

¹¹⁶ Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 13

¹¹⁷ Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 14

¹¹⁸ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction (Stand: 06/2012)

¹¹⁹ http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/nuts_einheiten/index.html (Stand: 06/2012)

¹²⁰ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction (Stand: 06/2012)

¹²¹ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction (Stand: 06/2012)

¹²² Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 13

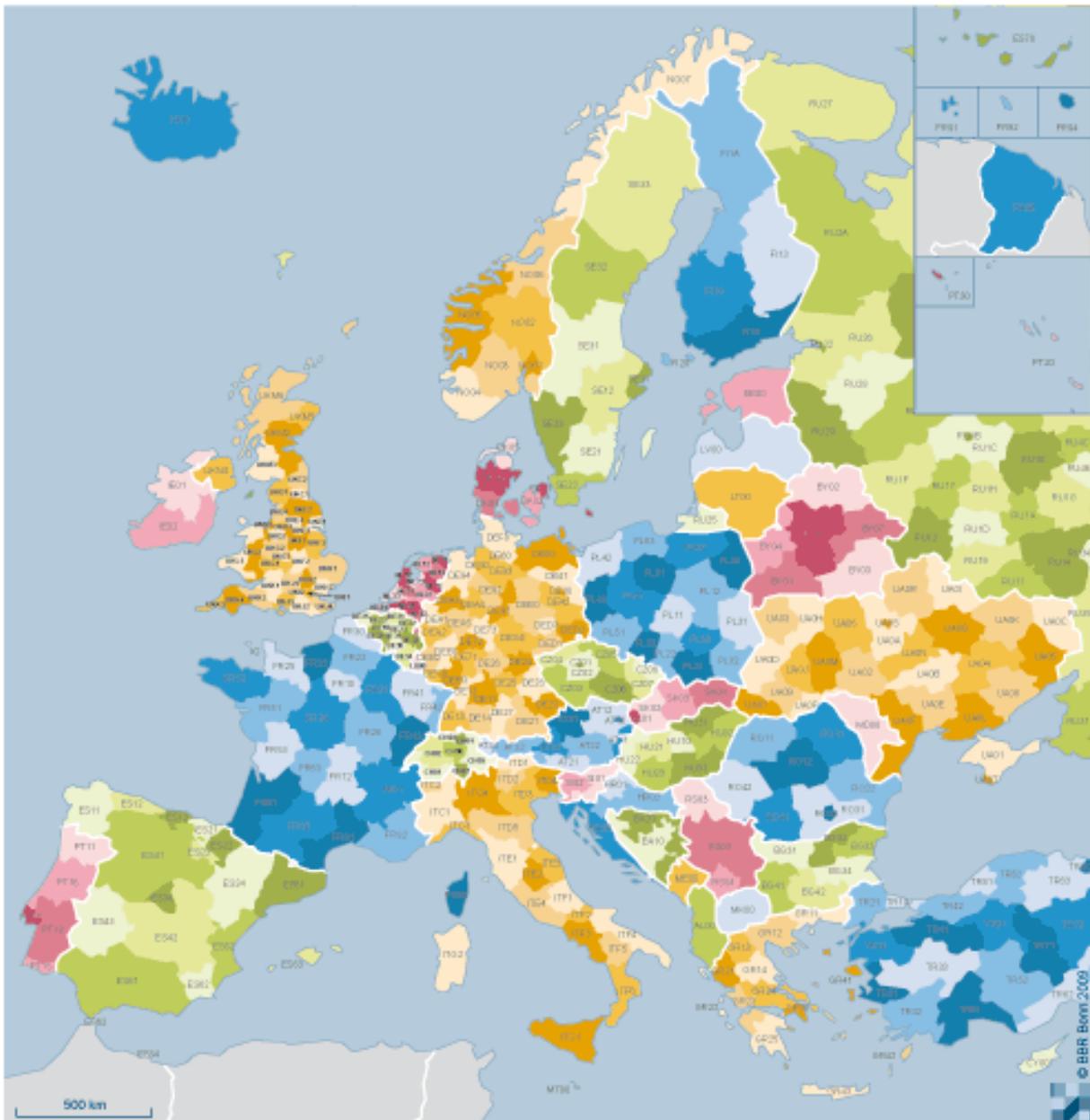


Abbildung 27: NUTS 2 Regionen in Europa¹²³

Jede NUTS-2-Region ist mit einem Code und einer Bezeichnung versehen.¹²⁴ Ein Überblick über die 271 NUTS-2-Regionen der europäischen Union findet sich im Anhang.

Für NUTS-2-Regionen gibt es europaweit sehr viel Datenmaterial, da die Einführung der NUTS mit dem Ziel verbunden war „vergleichbare statistische Daten auf regionaler Ebene“¹²⁵ anbieten zu können. Deshalb liegen für diese Regionen auch (größtenteils) Armutsgefährdungsquoten vor. Im Folgenden werden diese zusammen mit Arbeitsmarktdaten (Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquote) im Zeitraum von 2008 bis 2010 dargestellt.

¹²³

http://www.bbsr.bund.de/nn_103086/BBSR/DE/Raumbearbeitung/Werkzeuge/Raumabgrenzungen/SiedlungsstrukturelleRegionstypenEuropa/NUTSRegionen/NUTS_2_Regionen.html (Stand: 06/2012)

¹²⁴ Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 255ff

¹²⁵ http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/nuts_einheiten/index.html (Stand: 06/2012)

B.2.1. Armutsgefährdungsquoten und Arbeitsmarktdaten

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Belgien	14,7	14,6	14,6	62,4	61,6	62,0	7,0	7,9	8,3
BE10 Région de Bruxelles-Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest	26,3	27,8	28,3	55,6	55,1	54,8	15,9	15,7	17,3
BE21 Prov. Antwerpen	-	-	-	65,2	63,8	64,6	4,6	5,7	6,0
BE22 Prov. Limburg (B)	-	-	-	63,8	64,0	64,4	4,4	5,4	5,3
BE23 Prov. Oost-Vlaanderen	-	-	-	68,6	67,9	67,7	3,6	4,2	5,2
BE24 Prov. Vlaams-Brabant	-	-	-	67,6	67,3	67,4	4,2	4,9	4,8
BE25 Prov. West-Vlaanderen	-	-	-	66,8	66,1	67,4	2,7	4,3	3,8
BE31 Prov. Brabant Wallon	-	-	-	63,2	61,5	61,9	6,5	6,9	8,3
BE32 Prov. Hainaut	-	-	-	54,1	52,4	53,2	11,6	13,2	13,9
BE33 Prov. Liège	-	-	-	57,1	56,7	56,5	10,5	12,1	11,5
BE34 Prov. Luxembourg (B)	-	-	-	61,4	61,1	62,7	7,7	7,4	7,5
BE35 Prov. Namur	-	-	-	58,9	58,6	59,4	8,8	9,4	9,6
Bulgarien	21,4	21,8	20,7	64,0	62,6	59,7	5,6	6,8	10,2
BG31 Severozapaden	32,6	32,9	30,6	59,3	57,5	53,8	7,1	8,0	11,0
BG32 Severen tsentralen	25,8	27,8	28,8	58,6	57,9	54,8	8,5	8,4	11,5
BG33 Severoiztochen	23,0	23,3	24,2	62,0	59,2	56,7	8,6	10,4	14,5
BG34 Yugoiztochen	22,5	22,8	25,1	62,3	61,2	58,5	5,8	6,6	10,6
BG41 Yugozapaden	12,2	10,6	9,0	71,0	70,4	67,6	2,9	4,1	6,8
BG42 Yuzhen tsentralen	22,6	25,2	20,6	62,4	60,5	57,4	5,1	7,3	11,4
Dänemark	11,8	13,1	13,3	78,1	75,7	73,4	3,3	6,0	7,4
DK01 Hovedstaden	12,4	13,2	16,0	79,5	77,4	75,2	3,6	6,1	7,8
DK02 Sjælland	10,1	9,1	10,7	76,6	75,1	73,5	3,2	5,2	6,7
DK03 Syddanmark	10,1	14,4	11,5	76,6	74,1	71,6	3,2	6,1	7,6
DK04 Midtjylland	12,6	13,3	13,3	79,0	76,2	73,6	3,1	5,8	7,2
DK05 Nordjylland	14,6	14,9	12,9	77,2	74,0	71,5	3,4	7,0	7,4
Deutschland	15,2	15,5	15,6	70,7	70,9	71,1	7,5	7,7	7,1
DE11 Stuttgart	9,5	10,2	10,2	75,3	74,7	73,7	4,2	5,2	5,0
DE12 Karlsruhe	11,1	12,3	12,2	74,0	72,7	72,3	4,8	5,6	5,3
DE13 Freiburg	10,3	10,9	10,9	75,8	76,0	75,8	3,8	4,4	4,0
DE14 Tübingen	10,1	10,2	10,6	75,3	74,7	74,7	3,7	4,9	4,6
DE21 Oberbayern	8,7	8,9	8,8	75,8	76,1	75,6	3,3	4,2	3,6
DE22 Niederbayern	11,8	12,0	11,8	75,3	74,4	75,4	4,2	5,0	3,9
DE23 Oberpfalz	11,3	13,2	12,7	75,9	74,9	73,6	4,2	4,9	4,0
DE24 Oberfranken	13,2	13,9	13,1	73,1	72,0	71,9	6,1	6,6	6,0
DE25 Mittelfranken	12,5	12,3	12,2	74,2	73,7	73,7	5,5	6,3	5,6
DE26 Unterfranken	12,4	12,9	12,8	74,3	72,6	73,4	4,4	5,6	5,2
DE27 Schwaben	10,9	10,3	9,9	75,0	75,1	75,7	4,1	4,6	4,3
DE30 Berlin	18,7	19,0	19,2	62,9	65,2	65,6	15,1	13,7	13,2
DE41 Brandenburg – NO	18,7	18,5	17,7	70,0	70,7	71,9	12,6	12,8	11,2
DE42 Brandenburg – SW	15,3	15,3	15,1	72,2	73,4	73,9	10,5	10,1	8,9
DE50 Bremen	22,2	20,1	21,1	64,7	64,6	65,8	9,5	9,0	8,1
DE60 Hamburg	13,1	14,0	13,3	70,9	71,6	71,6	7,1	7,1	7,1
DE71 Darmstadt	11,2	11,1	10,6	72,0	72,2	71,9	6,1	6,2	5,8
DE72 Gießen	14,8	14,6	14,1	70,3	70,6	69,7	6,5	6,6	6,1

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
DE73 Kassel	15,3	14,6	15,2	69,3	70,4	70,6	7,4	6,6	6,0
DE80 Mecklenburg-Vorpommern	24,0	23,1	22,4	68,5	69,5	70,6	14,6	13,9	12,4
DE91 Braunschweig	15,5	15,7	16,2	66,9	67,6	68,4	8,6	8,4	7,2
DE92 Hannover	15,9	16,4	16,2	69,0	69,0	69,2	7,6	7,9	7,1
DE93 Lüneburg	14,1	13,1	12,9	70,6	72,4	72,6	6,2	5,4	5,8
DE94 Weser-Ems	17,0	15,7	15,6	69,5	70,3	70,8	6,2	5,9	6,0
DEA1 Düsseldorf	14,1	15,3	14,9	67,8	67,8	67,4	7,4	7,7	7,7
DEA2 Köln	14,5	14,7	14,8	67,9	68,2	68,0	6,9	7,1	7,1
DEA3 Münster	14,2	14,3	14,7	68,3	68,1	68,4	6,4	7,3	6,7
DEA4 Detmold	14,3	14,6	15,7	70,3	69,5	69,2	7,2	7,7	7,1
DEA5 Arnshberg	16,1	16,8	17,0	66,5	66,2	66,3	8,7	9,2	8,4
DEB1 Koblenz	16,0	15,6	15,3	72,4	71,7	72,9	5,8	6,7	5,2
DEB2 Trier	13,5	13,5	14,7	75,2	74,7	75,6	5,2	4,6	4,1
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	13,7	13,4	13,9	71,2	71,0	70,7	5,6	5,8	6,1
DEC0 Saarland	15,8	16,0	14,3	67,9	67,0	67,2	7,1	8,3	7,0
DED1 Chemnitz	17,5	18,4	18,4	70,6	70,7	71,7	12,1	12,3	11,4
DED2 Dresden	18,6	18,9	18,4	70,7	71,5	72,8	12,3	12,0	10,4
DED3 Leipzig	22,2	21,9	22,7	68,2	69,9	70,8	14,7	13,2	12,4
DEE0 Sachsen-Anhalt	22,1	21,8	19,8	67,9	69,5	71,3	14,6	13,7	11,4
DEF0 Schleswig-Holstein	13,1	14,0	13,8	71,4	71,2	71,2	6,8	7,2	6,8
DEG0 Thüringen	18,5	18,1	17,6	70,7	71,6	73,5	10,6	10,6	8,6
EE00 Estland	19,5	19,7	15,8	69,8	63,5	61,0	5,5	13,8	16,9
Finnland	13,6	13,8	13,1	71,0	68,7	68,1	6,4	8,2	8,4
FI13 Itä-Suomi	17,8	18,0	16,8	63,8	61,8	63,3	9,0	10,9	10,1
FI18 Etelä-Suomi	11,0	11,9	11,7	74,0	71,7	70,7	5,3	7,0	7,4
FI19 Länsi-Suomi	15,4	14,8	13,7	70,3	67,8	67,2	6,5	9,0	9,0
FI1A Pohjois-Suomi	15,5	15,4	14,1	67,0	64,4	63,8	8,5	10,1	10,1
FI20 Åland	0,0	3,0	5,4	82,5	77,9	78,0	-	-	3,1
Frankreich	12,7	12,9	13,5	64,4	63,7	63,5	7,8	9,5	9,7
FR10 Île-de-France	12,1	12,5	-	67,6	66,7	65,3	7,2	8,4	8,9
FR21 Champagne-Ardenne	13,9	14,6	-	63,6	63,2	63,3	8,0	9,6	9,6
FR22 Picardie	13,7	14,4	-	65,5	62,3	61,0	7,5	10,7	12,0
FR23 Haute-Normandie	12,4	13,0	-	62,6	62,2	61,0	8,9	10,4	10,2
FR24 Centre	11,2	11,8	-	67,1	66,7	67,0	5,7	7,0	7,3
FR25 Basse-Normandie	12,6	13,3	-	68,1	67,7	62,9	6,7	7,3	8,6
FR26 Bourgogne	12,0	12,5	-	65,5	65,9	63,9	6,7	8,1	9,4
FR30 Nord – Pas-de-Calais	17,7	18,5	-	57,5	56,3	57,2	11,4	13,5	13,1
FR41 Lorraine	13,2	13,9	-	63,1	61,5	64,1	8,4	11,6	9,8
FR42 Alsace	10,6	11,3	-	68,6	66,7	67,5	6,1	8,5	8,3
FR43 Franche-Comté	12,0	12,8	-	66,1	64,2	65,1	7,1	9,2	8,7
FR51 Pays de la Loire	10,7	11,2	-	65,6	66,2	66,7	6,4	8,0	8,9
FR52 Bretagne	10,8	11,2	-	65,9	66,5	64,5	5,6	5,9	7,2
FR53 Poitou-Charentes	13,2	13,8	-	66,6	65,5	65,2	7,4	8,7	8,1
FR61 Aquitaine	12,7	12,9	-	65,5	65,1	65,5	7,4	8,7	8,5
FR62 Midi-Pyrénées	13,6	14,0	-	67,5	66,0	67,7	6,4	9,4	8,3
FR63 Limousin	14,2	14,7	-	67,8	67,2	65,6	5,8	6,5	7,3
FR71 Rhône-Alpes	11,3	11,8	-	65,5	64,8	65,9	6,6	8,7	8,5
FR72 Auvergne	13,6	14,0	-	66,2	66,3	65,1	6,7	7,8	7,4
FR81 Languedoc-Roussillon	18,1	18,6	-	58,3	56,4	55,9	9,9	13,9	14,4

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
FR82 Provence-Alpes-Côte d'Azur	15,4	15,7	-	61,3	61,7	61,6	8,2	9,5	10,2
FR83 Corse	20,0	19,3	-	56,6	56,9	61,0	8,4	6,9	6,2
FR91 Guadeloupe	-	-	-	49,6	47,9	48,3	21,9	23,4	23,8
FR92 Martinique	-	-	-	48,3	49,3	49,7	22,3	21,8	21,0
FR93 Guyane	-	-	-	43,8	46,6	45,4	21,4	20,2	21,0
FR94 Réunion	-	-	-	45,8	44,8	44,0	24,4	27,1	28,9
Irland	15,5	15,0	16,1	67,6	61,8	60,0	6,0	11,7	13,5
IE01 Border, Midland and Western	20,3	17,8	15,1	65,5	59,2	57,5	7,0	13,0	14,0
IE02 Southern and Eastern	13,7	14,0	16,4	68,3	62,8	60,9	5,7	11,3	13,3
Italien	18,7	18,4	18,2	58,7	57,5	56,9	6,7	7,8	8,4
ITC1 Piemonte	12,0	10,7	12,6	65,2	64,0	63,5	5,0	6,8	7,6
ITC2 Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste	9,7	9,9	8,8	67,9	67,0	67,4	3,3	4,4	4,4
ITC3 Liguria	14,0	9,8	10,5	63,8	63,5	63,0	5,4	5,7	6,5
ITC4 Lombardia	9,5	9,8	10,5	67,0	65,8	65,1	3,7	5,4	5,6
ITD1 Provincia Autonoma Bolzano/Bozen	7,2	8,3	7,1	70,5	70,5	71,1	2,4	2,9	2,7
ITD2 Provincia Autonoma Trento	4,9	7,2	7,5	66,7	66,6	66,0	3,3	3,5	4,3
ITD3 Veneto	10,7	9,7	10,5	66,4	64,6	64,5	3,5	4,8	5,8
ITD4 Friuli-Venezia Giulia	11,1	10,6	11,9	65,3	63,4	63,6	4,3	5,3	5,7
ITD5 Emilia-Romagna	8,9	9,1	8,3	70,2	68,5	67,4	3,2	4,8	5,7
ITE1 Toscana	9,5	9,9	11,6	65,4	64,8	63,8	5,0	5,8	6,1
ITE2 Umbria	15,0	14,5	12,1	65,4	63,0	62,7	4,8	6,7	6,6
ITE3 Marche	12,2	11,7	11,9	64,7	63,8	63,6	4,7	6,6	5,7
ITE4 Lazio	15,6	16,8	15,7	60,2	59,4	59,2	7,5	8,5	9,3
ITF1 Abruzzo	18,2	20,3	19,2	59,0	55,7	55,5	6,6	8,1	8,8
ITF2 Molise	28,5	30,5	23,6	54,1	52,3	51,1	9,1	9,1	8,4
ITF3 Campania	37,9	34,9	35,8	42,5	40,8	39,9	12,6	12,9	14,0
ITF4 Puglia	27,4	26,8	25,5	46,7	44,9	44,4	11,6	12,6	13,5
ITF5 Basilicata	31,1	33,6	25,5	49,6	48,5	47,1	11,1	11,2	13,0
ITF6 Calabria	36,1	34,6	33,1	44,1	43,1	42,2	12,1	11,3	11,9
ITG1 Sicilia	37,0	39,9	38,3	44,1	43,5	42,6	13,8	13,9	14,7
ITG2 Sardegna	23,4	21,7	15,6	52,5	50,8	51,0	12,2	13,3	14,1
Griechenland	20,1	19,7	20,1	61,9	61,2	59,6	7,7	9,5	12,5
GR11 Anatoliki Makedonia, Thraki	-	-	-	61,3	60,8	59,2	8,7	10,9	14,2
GR12 Kentriki Makedonia	-	-	-	60,0	59,0	57,4	8,3	9,9	13,5
GR13 Dytiki Makedonia	-	-	-	56,5	57,7	55,3	12,5	12,5	15,5
GR14 Thessalia	-	-	-	61,0	61,1	59,6	8,4	9,2	12,1
GR21 Ipeiros	-	-	-	60,0	60,0	59,5	9,9	11,2	12,6
GR22 Ionia Nisia	-	-	-	64,7	64,6	60,8	8,5	9,7	14,8
GR23 Dytiki Ellada	-	-	-	58,1	58,6	58,4	9,6	9,5	11,7
GR24 Sterea Ellada	-	-	-	60,5	58,8	58,8	8,5	10,5	12,5
GR25 Peloponnisos	-	-	-	65,8	65,5	63,5	7,1	8,0	9,8
GR30 Attiki	13,1	12,8	16,3	63,4	62,5	60,2	6,5	8,8	12,3
GR41 Voreio Aigaio	-	-	-	58,1	58,6	59,3	4,5	6,0	9,0
GR42 Notio Aigaio	-	-	-	61,3	61,1	58,9	8,1	12,0	14,2
GR43 Kriti	19,0	18,4	16,5	64,7	64,1	62,4	6,3	8,8	11,7
LV00 Lettland	25,6	25,7	21,3	68,6	60,9	59,3	7,5	17,1	18,7

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
LT00 Litauen	20,0	20,6	20,2	68,6	60,9	59,3	5,8	13,7	17,8
LU00 Luxemburg	13,4	14,9	14,5	63,4	65,2	65,2	5,1	5,1	4,4
MT00 Malta	15,0	15,3	15,5	55,3	54,9	56,0	6,0	7,0	6,9
Niederlande	10,5	11,1	10,3	77,2	77,0	74,7	2,8	3,4	4,5
NL11 Groningen	14,9	14,7	-	73,0	72,4	71,6	4,0	4,8	5,3
NL12 Friesland (NL)	10,6	10,9	-	76,5	76,5	73,5	2,9	3,5	4,8
NL13 Drenthe	9,1	9,8	-	75,3	75,1	72,8	3,6	4,2	4,5
NL21 Overijssel	10,8	11,1	-	78,9	78,1	75,8	2,6	3,6	4,4
NL22 Gelderland	9,4	9,7	-	78,0	77,4	75,4	2,6	2,8	4,1
NL23 Flevoland	10,7	11,5	-	77,9	78,5	74,7	3,4	3,6	5,2
NL31 Utrecht	10,2	10,8	-	79,8	80,2	77,7	2,1	2,9	3,7
NL32 Noord-Holland	11,8	12,0	-	78,3	78,1	75,6	2,6	3,2	4,2
NL33 Zuid-Holland	11,3	11,6	-	76,1	76,1	73,5	3,0	3,6	5,0
NL34 Zeeland	8,1	8,8	-	75,3	77,0	74,7	2,8	2,1	2,7
NL41 Noord-Brabant	8,7	9,1	-	78,2	77,5	75,9	2,3	3,2	4,2
NL42 Limburg (NL)	9,9	10,8	-	73,7	73,3	70,7	3,4	4,4	5,1
Österreich	12,4	12,0	12,1	72,1	71,6	71,7	3,8	4,8	4,4
AT11 Burgenland (A)	13,0	11,2	10,7	72,8	71,2	71,3	3,6	4,6	3,9
AT12 Niederösterreich	10,9	10,1	9,2	73,9	72,4	72,3	3,4	4,3	3,6
AT13 Wien	17,0	17,1	18,3	67,4	68,1	67,8	6,7	7,5	7,3
AT21 Kärnten	9,9	15,1	16,8	69,8	68,8	69,5	3,4	4,2	3,9
AT22 Steiermark	11,9	12,5	13,6	71,6	70,9	71,7	3,4	4,6	4,2
AT31 Oberösterreich	10,3	9,9	8,2	75,0	73,9	74,1	2,6	4,0	3,7
AT32 Salzburg	7,8	10,3	9,8	74,9	74,6	74,2	2,5	3,2	2,9
AT33 Tirol	11,6	7,1	9,3	73,5	74,3	74,2	2,4	2,9	2,8
AT34 Vorarlberg	18,2	11,5	9,9	73,1	73,5	74,2	3,9	4,9	3,9
Polen	16,9	17,1	17,6	59,2	59,3	59,3	7,1	8,2	9,6
PL11 Łódzkie	18,4	17,6	17,8	61,3	60,6	61,3	6,7	7,6	9,3
PL12 Mazowieckie	12,4	12,5	15,0	64,6	64,8	64,4	6,0	6,0	7,4
PL21 Małopolskie	14,6	15,6	17,7	61,0	60,1	59,6	6,2	7,9	9,1
PL22 Śląskie	13,0	12,9	12,4	56,3	57,5	57,2	6,6	6,7	9,1
PL31 Lubelskie	27,6	27,9	30,7	59,0	58,6	59,2	8,8	9,7	9,9
PL32 Podkarpackie	25,5	22,6	24,1	57,8	58,0	57,6	8,2	10,1	11,7
PL33 Świętokrzyskie	23,6	23,7	23,2	60,8	59,3	59,0	8,8	10,8	12,0
PL34 Podlaskie	17,9	16,7	13,4	61,7	61,7	59,2	6,4	7,1	10,2
PL41 Wielkopolskie	16,3	17,4	17,6	60,2	60,2	60,8	6,1	7,5	8,8
PL42 Zachodniopomorskie	16,3	18,3	17,4	54,2	54,9	53,7	9,5	10,4	12,3
PL43 Lubuskie	18,5	22,3	23,3	56,8	56,1	57,2	6,5	9,6	10,5
PL51 Dolnośląskie	14,8	15,7	15,9	56,8	57,9	57,8	9,1	10,1	11,3
PL52 Opolskie	13,9	11,0	14,7	57,3	57,9	58,5	6,5	9,9	9,6
PL61 Kujawsko-pomorskie	16,7	17,6	19,2	55,6	56,8	56,9	9,1	10,4	10,6
PL62 Warmińsko-mazurskie	20,5	20,8	15,1	55,8	56,1	56,0	7,4	8,5	9,6
PL63 Pomorskie	16,5	17,6	15,1	58,7	58,1	59,1	5,5	6,4	9,3

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Portugal	18,5	17,9	17,9	68,2	66,3	65,6	7,6	9,5	10,8
PT11 Norte	-	-	-	66,3	64,0	63,2	8,7	11,0	12,6
PT15 Algarve	-	-	-	69,2	67,9	65,2	7,0	10,3	13,4
PT16 Centro (P)	-	-	-	71,9	69,9	70,1	5,4	6,9	7,7
PT17 Lisboa	-	-	-	68,5	66,5	65,1	8,2	9,8	11,3
PT18 Alentejo	-	-	-	66,1	65,7	65,9	9,0	10,5	11,4
PT20 Região Autónoma dos Açores	-	-	-	64,7	64,8	63,5	5,5	6,7	6,9
PT30 Região Autónoma da Madeira	-	-	-	67,0	66,0	66,2	6,0	7,6	7,4
Rumänien	23,4	22,4	21,1	59,0	58,6	58,8	5,8	6,9	7,3
RO11 Nord-Vest	18,9	18,7	14,6	56,4	55,2	57,7	3,8	5,6	6,8
RO12 Centru	19,9	19,4	19,4	56,6	55,1	53,5	8,5	10,7	10,5
RO21 Nord-Est	32,4	31,5	29,5	60,5	60,6	62,0	4,5	6,0	5,8
RO22 Sud-Est	28,2	22,5	26,3	55,3	55,4	55,5	7,2	7,5	8,8
RO31 Sud – Muntenia	6,5	6,4	3,1	61,1	60,1	59,7	6,8	8,0	8,3
RO32 București – Ilfov	22,3	23,0	22,2	63,3	63,8	64,3	3,4	4,0	4,6
RO41 Sud-Vest Oltenia	36,9	37,4	30,7	60,0	59,9	59,2	6,5	6,8	7,5
RO42 Vest	15,9	15,4	17,6	59,3	58,6	57,9	5,7	6,0	6,0
Schweden	12,2	13,3	12,9	74,3	72,2	72,7	6,2	8,4	8,4
SE11 Stockholm	10,7	10,8	10,2	77,0	76,0	75,9	5,2	6,8	7,1
SE12 Östra Mellansverige	12,8	13,7	13,2	72,4	70,7	70,5	6,9	9,3	9,5
SE21 Småland med öarna	11,5	14,7	13,5	77,4	73,3	73,2	5,0	8,1	7,7
SE22 Sydsverige	13,3	14,4	15,1	73,1	71,1	72,1	7,4	8,7	8,6
SE23 Västsverige	12,1	11,6	13,1	74,5	71,7	72,9	6,1	8,6	8,5
SE31 Norra Mellansverige	13,1	15,0	15,2	72,2	69,7	71,2	6,6	9,4	8,7
SE32 Mellersta Norrland	10,7	14,5	9,0	72,5	70,6	70,5	7,1	8,9	10,2
SE33 Övre Norrland	14,0	17,7	12,7	72,1	70,1	70,5	6,6	8,9	9,2
Slowakei	10,9	11,0	12,0	62,3	60,2	58,8	9,5	12,0	14,4
SK01 Bratislavský kraj	6,9	6,5	5,1	72,1	71,2	68,5	3,4	4,6	6,2
SK02 Západné Slovensko	10,1	10,0	10,3	65,5	62,2	61,1	6,4	9,9	12,7
SK03 Stredné Slovensko	11,8	11,2	13,1	59,4	57,0	56,3	13,1	14,6	16,5
SK04 Východné Slovensko	12,5	13,6	15,8	56,7	55,9	54,1	13,2	15,9	18,5
Slowenien	12,3	11,3	12,7	68,6	67,5	66,2	4,4	5,9	7,2
SI01 Vzhodna Slovenija	15,6	13,7	15,6	67,1	66,4	64,9	5,2	6,8	7,9
SI02 Zahodna Slovenija	8,6	8,5	9,5	70,2	68,8	67,7	3,4	4,8	6,5
Spanien	19,6	19,5	20,7	64,3	59,8	58,6	11,3	18,0	20,1
ES11 Galicia	21,0	19,1	16,8	64,8	62,4	60,0	8,7	12,6	15,4
ES12 Principado de Asturias	12,5	12,8	12,3	62,2	58,4	56,6	8,4	13,4	16,0
ES13 Cantabria	12,0	13,9	17,2	65,5	61,9	59,9	7,2	12,0	13,9
ES21 País Vasco	8,6	9,4	11,6	67,9	64,2	65,2	6,4	11,0	10,5
ES22 Comunidad Foral de Navarra	6,5	7,4	7,3	69,8	66,5	65,7	6,7	10,9	11,8
ES23 La Rioja	19,3	22,7	20,5	68,4	64,9	63,5	7,8	12,8	14,3
ES24 Aragón	13,1	12,7	13,6	69,8	65,3	62,9	7,1	12,8	14,8
ES30 Comunidad de Madrid	14,5	13,6	13,6	69,6	66,0	65,1	8,7	14,0	16,1
ES41 Castilla y León	20,5	19,2	21,0	64,3	61,4	60,8	9,5	13,8	15,8
ES42 Castilla-La Mancha	27,8	27,4	27,8	62,3	57,8	56,4	11,6	18,8	21,0
ES43 Extremadura	38,3	36,2	38,2	56,8	53,4	52,6	15,2	20,5	23,0
ES51 Cataluña	12,6	12,9	15,3	69,9	63,9	63,1	9,0	16,2	17,8

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
ES52 Comunidad Valenciana	20,2	17,3	20,1	64,7	58,2	56,4	12,1	21,2	23,3
ES53 Illes Balears	13,8	17,3	20,6	67,9	63,0	61,7	10,2	18,0	20,4
ES61 Andalucía	29,1	29,3	30,1	56,0	51,6	50,3	17,8	25,4	28,0
ES62 Región de Murcia	24,9	28,6	29,2	63,0	57,3	56,2	12,6	20,7	23,4
ES63 Ciudad Autónoma de Ceuta	41,1	35,8	34,3	51,3	51,7	46,7	17,3	18,9	24,1
ES64 Ciudad Autónoma de Melilla	22,5	37,6	27,6	49,2	45,9	46,6	20,7	24,2	23,7
ES70 Canarias	24,9	27,5	31,1	57,6	52,7	51,1	17,4	26,2	28,7
Tschechische Republik	9,0	8,6	9,0	66,6	65,4	65,0	4,4	6,7	7,3
CZ01 Praha	6,0	4,6	4,0	71,5	71,7	71,5	1,9	3,1	3,7
CZ02 Střední Čechy	7,4	7,5	7,4	68,9	67,8	67,5	2,6	4,4	5,2
CZ03 Jihozápad	5,8	6,8	7,0	68,9	67,1	66,5	3,1	5,2	5,6
CZ04 Severozápad	13,0	11,6	14,6	62,8	61,5	61,6	7,8	10,3	11,1
CZ05 Severovýchod	6,8	6,9	7,8	66,0	64,1	64,5	4,0	7,3	7,0
CZ06 Jihovýchod	9,0	8,5	9,6	65,9	64,7	64,9	4,0	6,5	7,5
CZ07 Střední Morava	10,8	11,0	10,1	65,5	64,1	62,1	4,9	7,5	8,8
CZ08 Moravskoslezsko	14,1	12,1	11,9	63,2	62,1	61,2	7,4	9,7	10,2
Ungarn	12,4	12,4	12,3	56,7	55,4	55,4	7,8	10,0	11,2
HU10 Közép-Magyarország	8,0	7,1	6,5	62,7	61,6	60,3	4,6	6,6	8,9
HU21 Közép-Dunántúl	-	-	-	60,3	57,8	57,3	5,8	9,3	10,3
HU22 Nyugat-Dunántúl	-	-	-	62,1	59,7	59,0	4,9	8,6	9,2
HU23 Dél-Dunántúl	-	-	-	51,0	52,1	53,1	10,3	11,0	12,1
HU31 Észak-Magyarország	-	-	-	49,5	48,6	48,7	13,4	15,2	16,0
HU32 Észak-Alföld	17,4	16,9	17,1	49,9	48,1	49,3	12,0	14,2	14,5
HU33 Dél-Alföld	-	-	-	54,5	53,2	54,4	8,8	10,6	10,6
Vereinigtes Königreich	18,7	17,3	17,1	71,5	69,9	69,5	5,6	7,6	7,8
UKC1 Tees Valley and Durham	-	-	-	66,4	64,0	66,9	7,9	8,3	9,3
UKC2 Northumberland and Tyne and Wear	-	-	-	67,6	66,6	65,1	7,3	9,9	9,3
UKD1 Cumbria	-	-	-	75,2	73,4	73,1	3,1	6,4	6,8
UKD2 Cheshire	-	-	-	73,1	72,3	72,2	5,1	6,7	7,0
UKD3 Greater Manchester	-	-	-	68,0	66,7	66,0	7,7	9,5	8,6
UKD4 Lancashire	-	-	-	70,2	68,6	71,5	5,4	7,2	6,0
UKD5 Merseyside	-	-	-	62,9	64,4	63,8	8,9	9,4	10,1
UKE1 East Yorkshire and Northern Lincolnshire	-	-	-	71,2	69,1	69,0	5,1	9,4	9,8
UKE2 North Yorkshire	-	-	-	77,0	73,6	73,4	2,8	5,3	7,1
UKE3 South Yorkshire	-	-	-	66,0	63,3	65,5	8,2	9,7	9,4
UKE4 West Yorkshire	-	-	-	69,9	68,6	66,7	6,5	8,7	9,6
UKF1 Derbyshire and Nottinghamshire	-	-	-	72,1	70,6	67,9	5,3	7,2	8,8
UKF2 Leicestershire, Rutland and Nottinghamshire	-	-	-	73,1	73,0	71,3	6,0	7,3	7,2
UKF3 Lincolnshire	-	-	-	73,9	72,1	72,2	6,2	6,3	5,0
UKG1 Herefordshire, Worcestershire and Warwickshire	-	-	-	75,9	75,2	72,9	4,2	6,4	6,4
UKG2 Shropshire and Staffordshire	-	-	-	73,6	71,9	70,6	4,4	7,1	8,0
UKG3 West Midlands	-	-	-	63,7	61,4	63,6	9,4	13,1	10,9
UKH1 East Anglia	-	-	-	74,9	74,6	71,8	4,5	5,9	6,6
UKH2 Bedfordshire and Hertfordshire	-	-	-	75,0	73,7	74,2	4,8	5,9	6,0
UKH3 Essex	-	-	-	72,9	72,5	71,7	5,1	6,9	7,1
UKI1 Inner London	31	32	-	68,0	65,8	64,2	7,8	9,4	9,7

	Armutsgefährdungsquote			Erwerbstätigenquote			Arbeitslosenquote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
UKI2 Outer London	26	26	-	70,8	68,6	69,7	6,5	8,6	8,6
UKJ1 Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	-	-	-	77,9	76,0	75,3	4,1	5,4	5,8
UKJ2 Surrey, East and West Sussex	-	-	-	75,6	74,1	75,1	4,4	5,6	5,1
UKJ3 Hampshire and Isle of Wight	-	-	-	76,5	74,7	73,3	3,6	5,3	6,4
UKJ4 Kent	-	-	-	73,3	71,8	70,9	5,3	7,3	7,7
UKK1 Gloucestershire, Wiltshire and Bristol/Bath area	-	-	-	75,9	75,2	74,5	3,7	5,7	5,4
UKK2 Dorset and Somerset	-	-	-	76,2	71,5	73,6	4,2	6,4	5,4
UKK3 Cornwall and Isles of Scilly	-	-	-	70,2	69,5	67,9	5,8	5,2	8,2
UKK4 Devon	-	-	-	75,1	72,3	70,6	3,8	7,1	6,6
UKL1 West Wales and the Valleys	-	-	-	66,0	63,9	63,8	6,2	8,9	9,2
UKL2 East Wales	-	-	-	72,2	71,3	70,2	5,6	6,7	7,8
UKM2 Eastern Scotland	-	-	-	74,6	71,1	70,3	4,8	7,5	7,7
UKM3 South Western Scotland	-	-	-	69,4	68,4	66,1	5,4	7,4	10,1
UKM5 North Eastern Scotland	-	-	-	77,9	78,7	77,6	3,0	3,6	3,5
UKM6 Highlands and Islands	-	-	-	74,7	73,7	72,0	3,0	5,9	7,1
CY00 Zypern	16,2	16,2	17,0	70,9	69,9	69,7	3,7	5,3	6,2

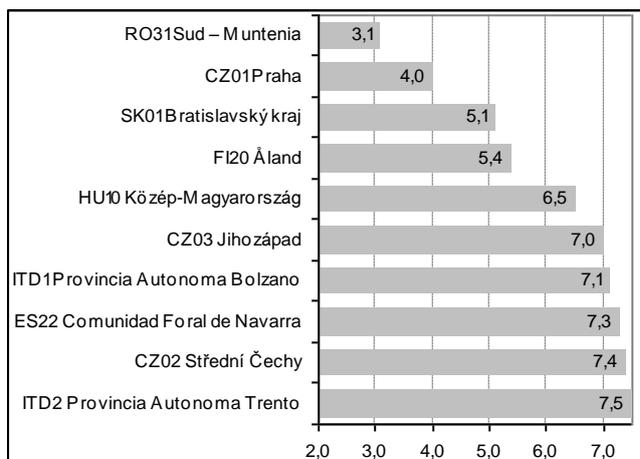
Tabelle 5: Armutsgefährdungs-, Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquoten der NUTS-2-Regionen, 2008-2010¹²⁶

Die NUTS-2-Regionen der Mitgliedstaaten der EU weisen in Bezug auf Armutsgefährdung, Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit sehr große Unterschiede auf. So schwankte die Armutsgefährdungsquote zwischen 3,1 und 38,3 Prozent, die Erwerbstätigenquote zwischen 39,9 und 78 Prozent und die Arbeitslosenquote zwischen 2,7 und 28,9 Prozent.

¹²⁶ http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_li41&lang=de (Stand: 06/2012)
http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfst_r_lfe2emp&lang=de (Stand: 06/2012)
http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfst_r_lfu3rt&lang=de (Stand: 06/2012)

B.2.1.1. Armutsgefährdung in den NUTS-2-Regionen

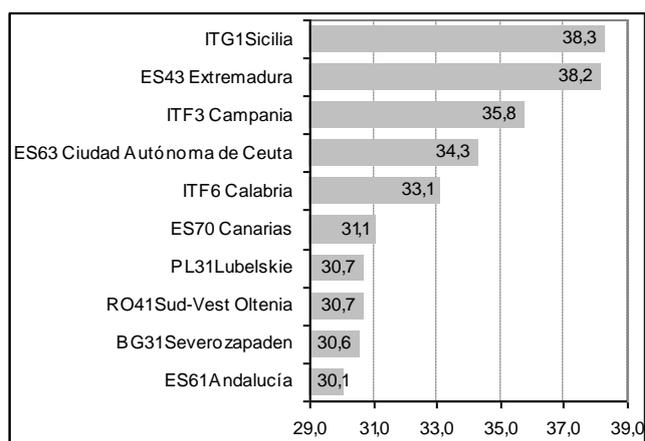
TOP 3 – niedrige Armutsgefährdung: Sud-Muntenia, Region Prag, Bratislavský kraj



Die niedrigste Armutsgefährdungsquote aller NUTS-2-Regionen hatte im Jahr 2010 mit 3,1 Prozent die rumänische Region Sud-Muntenia. Muntenia, auf deutsch die „Große Walachei“, ist eine Landschaft im südlichen Teil Rumäniens. Die Tschechische Republik wies im Jahr 2010 die niedrigste Armutsgefährdung aller EU-Staaten auf, deshalb lagen auch drei NUTS-2-Regionen unter den Top 10 mit den niedrigsten Armutsgefährdungsquoten. Am niedrigsten war sie in der Region Prag mit 4 Prozent. Die drittniedrigste Quote wies die Region Bratislavský kraj (Pressburger Bezirk), die die slowakische Hauptstadt Bratislava sowie die nördlich und östlich angrenzenden Gemeinden umfasst, mit 5,1 Prozent auf.

Die drittniedrigste Quote wies die Region Bratislavský kraj (Pressburger Bezirk), die die slowakische Hauptstadt Bratislava sowie die nördlich und östlich angrenzenden Gemeinden umfasst, mit 5,1 Prozent auf.

TOP 3 – hohe Armutsgefährdung: Sizilien, Extremadura, Campania



In den TOP 10 der Regionen mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten fanden sich vier spanische und drei italienische Regionen. Spitzenreiter war Sizilien mit einer Armutsgefährdungsquote von 38,3 Prozent. Die beiden Regionen Campania (Kampanien)¹²⁷ und Calabria (Kalabrien)¹²⁸ hatten eine Quote von knapp 36 bzw. 33 Prozent. Die hohe Armutsgefährdung in diesen drei Regionen steht mit der geringen Erwerbstätigkeit in Zusammenhang. Campania, Calabria und Sizilien waren jene drei NUTS-2-Regionen mit den geringsten Erwerbstätigenquoten.

Die zweithöchste Armutsgefährdung aller NUTS-2-Regionen wies die spanische Region Extremadura¹²⁹ mit einer Quote von etwa 38,2 Prozent auf. In dieser Region war die Arbeitslosigkeit eine der höchsten von allen NUTS-2-Regionen.

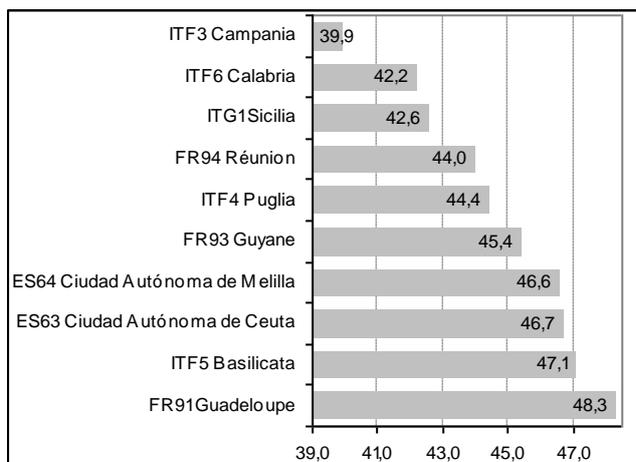
¹²⁷ Kampanien ist eine Region an der Westküste Italiens mit der Hauptstadt Neapel.

¹²⁸ Kalabrien ist die südlichste Region des italienischen Festlandes.

¹²⁹ Extremadura liegt im Südwesten Spaniens. In dieser Region gibt es nur eine einzige Stadt mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen.

B.2.1.2. Erwerbstätigenquoten in den NUTS-2-Regionen

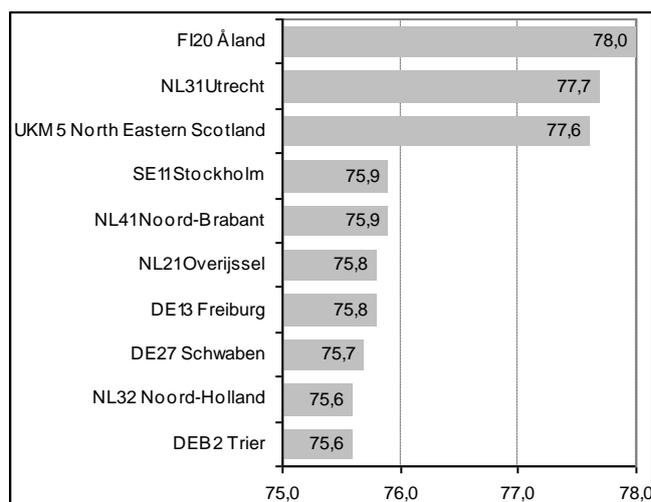
TOP 3 – niedrige Erwerbstätigenquote: Campania, Calabria, Sicilia



In den TOP 10 der NUTS-2-Regionen mit den niedrigsten Erwerbstätigenquoten befanden sich 5 italienische Regionen. Die niedrigste wies die Region Kampagnen mit knapp 40 Prozent auf, gefolgt von Kalabrien mit etwa 42 und Sizilien mit 42,6 Prozent. Diese drei Regionen wiesen auch sehr hohe Armutsgefährdungsquoten auf. In den TOP 10 der Regionen mit niedriger Erwerbstätigenquote waren auch drei französische Regionen (Réunion, Guyane, Guadeloupe) vertreten. Alle drei sind französische Überseedépartements. Weiters befanden

sich noch zwei spanische Regionen unter den Top 10: Ciudad Autónoma de Melilla¹³⁰ und Ciudad Autónoma de Ceuta.

TOP 3 – hohe Erwerbstätigenquote: Åland, Utrecht, North Eastern Scotland



Unter den zehn NUTS-2-Regionen in der EU mit den höchsten Erwerbstätigenquoten befanden sich vier in den Niederlanden und drei in Deutschland. Die höchste Erwerbstätigenquote gab es aber in der finnischen Region Åland mit 78 Prozent. Åland ist eine autonome, schwedischsprachige Provinz in Finnland, die 6500 Inseln umfasst, von denen aber lediglich 65 bewohnt sind. Insgesamt wohnten 27.500 Menschen in der Provinz.¹³¹ Auf Platz zwei lag die niederländische Region Utrecht mit 77,7 Prozent. Eine beinahe eben so hohe Erwerbstätigenquote hatte mit 77,6 Prozent die schottische Region North Eastern Scotland. Alle drei

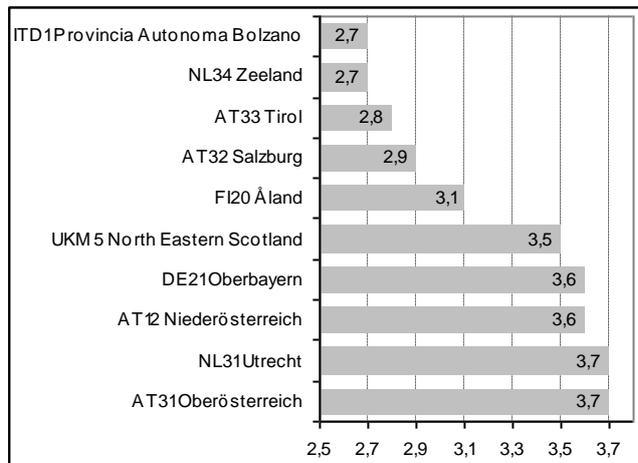
Regionen verfügten über niedrige Arbeitslosenquoten. Auf Platz vier folgte sie schwedische Hauptstadt Stockholm (75,9 Prozent).

¹³⁰ Melilla ist ein autonomes Gebiet/Stadt. Es liegt an der nordafrikanischen Küste und bildet eine Exklave.

¹³¹ http://www.visitaland.com/de/fakta/fakten_uber_aland (Stand: 06/2012)

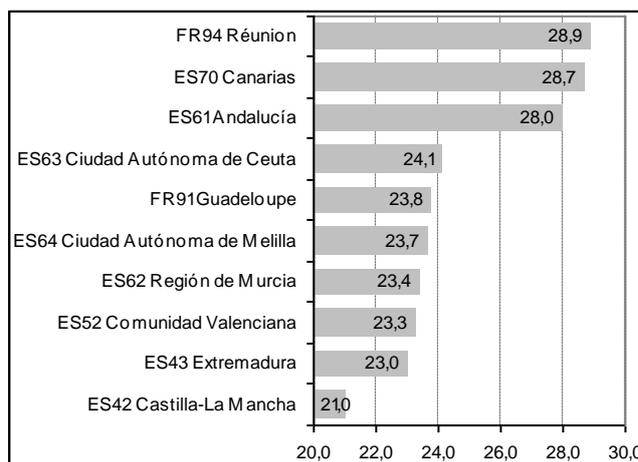
B.2.1.3. Arbeitslosenquoten in den NUTS-2-Regionen

TOP 3 – niedrige Arbeitslosenquote: autonome Provinz Bozen, Zeeland, Tirol



Österreich wies im Jahr 2010 die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU auf. Dementsprechend befanden sich auch vier österreichische NUTS-2-Regionen unter den TOP 10. Die niedrigste Arbeitslosenquote gab es allerdings in der autonomen Provinz Bozen und in der niederländischen Region Zeeland mit je 2,7 Prozent. Auf Platz drei und vier befinden sich Tirol und Salzburg mit Arbeitslosenquoten von 2,8 bzw. 2,9 Prozent. Ebenfalls unter den Top 10 waren Niederösterreich und Oberösterreich mit 3,6 bzw. 3,7 Prozent.

TOP 3 – hohe Arbeitslosenquote: Réunion, Canarias (Kanarische Inseln), Andalucía



Die zehn Regionen mit den höchsten Arbeitslosenquoten gehörten alle zu Spanien und Frankreich. Acht der Regionen mit der höchsten Arbeitslosenquote zählten zu Spanien, hatte Spanien doch die höchste Arbeitslosenquote aller EU-Länder. Bei den zwei französischen NUTS-2-Regionen, die sich unter den ersten zehn befinden, handelte es sich um die Überseedépartements. Réunion und Guadeloupe, die beide sehr niedrige Erwerbstätigenquoten aufwiesen. Die höchste Arbeitslosenquote hatte Réunion mit 28,9 Prozent. Mit 28,7 Prozent auf Platz zwei waren die Kanarischen Inseln. Die dritthöchste Arbeitslosenquote gab es in Andalusien mit 28 Prozent.

Platz zwei waren die Kanarischen Inseln. Die dritthöchste Arbeitslosenquote gab es in Andalusien mit 28 Prozent.

B.3. ARMUTSGEFÄHRDUNG IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN

In Europa stehen nur für wenige Städte (offizielle) Armutsgefährdungsquoten zur Verfügung. Gesammelte Vergleichsdaten wie im Fall der europäischen Länder und NUTS-2-Regionen, die auf EUROSTAT veröffentlicht werden, gibt es nicht. Dadurch ist der Zugang zu den wenigen vorhandenen Daten schwierig.

Für viele Länder Europas ließen sich überhaupt keine Armutsgefährdungsquoten für Städte ermitteln. Einzig in Deutschland ist der Zugang zu solchen Quoten einfach und auch ergiebig, so dass zumindest ein Vergleich von Österreich mit dem Nachbarland möglich ist. Im Allgemeinen ist jedoch, aufgrund der wenigen zur Verfügung stehenden Daten, ein aussagekräftiger Vergleich kaum möglich. So kann dies hier lediglich als Datensammlung und Übersicht dienen.

B.3.1. Armutsgefährdungsquoten in europäischen Städten¹³²

Land	Stadt	Einwohner- Innenzahl in Mio.	Armutsgefährdungsquoten			
			2007	2008	2009	2010
Bulgarien	Sofia	1,3	21,6	18,6	15,9	-
Deutschland	Berlin	3,5	-	18,7	19	19,2
	Bremen	0,5	-	22	19,5	20,5
	Dortmund	0,6	-	21,3	22,2	23
	Dresden	0,5	-	21,5	19,3	19,6
	Duisburg	0,5	-	19,2	22,9	21,5
	Düsseldorf	0,6	-	13,8	14,1	15,4
	Essen	0,6	-	16,3	16,8	17,8
	Frankfurt/Main	0,7	-	13,7	14,7	13,8
	Hamburg	1,8	14,1	13,1	14	13,3
	Hannover	0,5	-	22,2	21,6	21,3
	Köln	1	-	16,8	17,4	17,3
	Leipzig	0,5	-	27	27,2	26,4
	München	1,4	-	9,8	10,9	10,7
	Nürnberg	0,5	-	17,3	17,8	18,4
Stuttgart	0,6	-	14,2	14,7	13,9	
Estland	Tallinn	0,4	11	12	9,5	10,3
Finnland	Helsinki	0,6	14,1	14,1	14	14
Frankreich	Paris	2,2/10,2*	13,9	-	-	-
Lettland	Riga	0,7	15,7	16,2	13,6	12,3
Niederlande	Amsterdam	0,8	-	-	-	-
Norwegen	Oslo	0,6	15,1	15,7	14,6	14,5
Österreich	WIEN	1,7	17,4	17	17	18
Spanien	Barcelona	1,6	18,5	15,7	17,2	-
	Madrid	3,3	-	-	13,3	-
Tschechien	Prag	1,3	6,1	6	4,6	4
Vereinigtes Königreich	London	7,8/14**	-	28	-	-

* Die Stadt Paris hat etwa 2,2 Mio. EinwohnerInnen. Im "Unité urbaine", der städtischen Siedlungszone, wohnen etwa 10,2 Mio. Menschen.

** In der Stadt London leben 7,8 Mio. Menschen. (London ist damit die einwohnerreichste Stadt der EU.) In der "Metropolitan Area" leben etwa 14 Mio. Menschen.

Tabelle 6: Armutsgefährdungsquoten in europäischen Städten 2007-2010¹³³

¹³² Aufgrund der Schwierigkeit Armutsgefährdungsquoten für europäische Städte zu ermitteln wurde auch Oslo (Norwegen) miteinbezogen, obwohl Norwegen kein Mitglied der EU ist.

¹³³ <http://www.nsi.bg/otrasalen.php?otr=73>; http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA151_armut_stadt_bund.html; http://pub.stat.ee/px-web.2001/Dialog/varval.asp?ma=HHS22&ti=AT-RISK-OF-POVERTY+RATE+BY+COUNTRY&path=../I_Databas/Social_life/13Social_exclusion_Laeken_indicators/&lang=1; Anfrage an www.stat.fi; <http://data.csb.gov.lv/Dialog/varval.asp?ma=NI0150a&ti=NIG15>.

Beim Vergleich der Städte untereinander ist die Berücksichtigung der EinwohnerInnenzahlen notwendig. Die oben angegebenen Daten beziehen sich zumeist auf Städte mit weniger als einer Million EinwohnerInnen. Da sich die Strukturen von Städten mit einer halben Million Menschen deutlich von jenen mit zwei Millionen oder mehr EinwohnerInnen unterscheiden, müssen ähnlich große Städte miteinander verglichen werden.

Aufgrund der Einwohnerstärke am ehesten mit Wien, wo etwa 1,7 Millionen Menschen leben, vergleichbar ist Hamburg (1,8 Mio. EinwohnerInnen). Die Armutsgefährdungsquote betrug in Wien im Jahr 2010 rund 18 Prozent und war damit in den letzten Jahren nahezu unverändert. In Hamburg lag sie mit etwa 13,3 Prozent darunter. Eine Stadt, die sich ebenfalls für Vergleiche mit Wien anbietet, ist Barcelona (1,6 Mio.). Im Jahr 2009 lag die Armutsgefährdung dort bei 17,3 Prozent. In Wien lag sie im gleichen Jahr bei 17 Prozent.

Etwas weniger EinwohnerInnen als Wien, aber noch zwischen einer und zwei Millionen haben München (1,4 Mio. EinwohnerInnen) und Prag (1,3 Mio. EinwohnerInnen). In beiden Städten war die Armutsgefährdungsquote deutlich niedriger als in Wien. In München waren im Jahr 2010 10,7 Prozent der Bevölkerung von Armut gefährdet, in Prag waren es nur 4 Prozent.

Über zwei Millionen EinwohnerInnen und damit um einiges mehr als Wien haben Berlin, Madrid, Paris und London. In Berlin (3,5 Mio. EinwohnerInnen) waren 2010 19,2 Prozent armutsgefährdet, das ist geringfügig mehr als in Wien. Etwas niedriger war die Armutsgefährdung (zumindest im Jahr 2009) mit 13,3 Prozent in Madrid (3,5 Mio. EinwohnerInnen). Damit war sie auch niedriger als in Wien (2009: 17 Prozent). Für London (7,8 Mio. EinwohnerInnen), eine der einwohnerreichsten Stadt der Europäischen Union, kann nur eine Armutsgefährdungsquote für das Jahr 2008 ausgewiesen werden. Diese lag bei 28 Prozent und damit deutlich höher als in Wien. Etwas geringer war sie dagegen, zumindest noch im Jahr 2007, in Paris mit 13,9 Prozent.

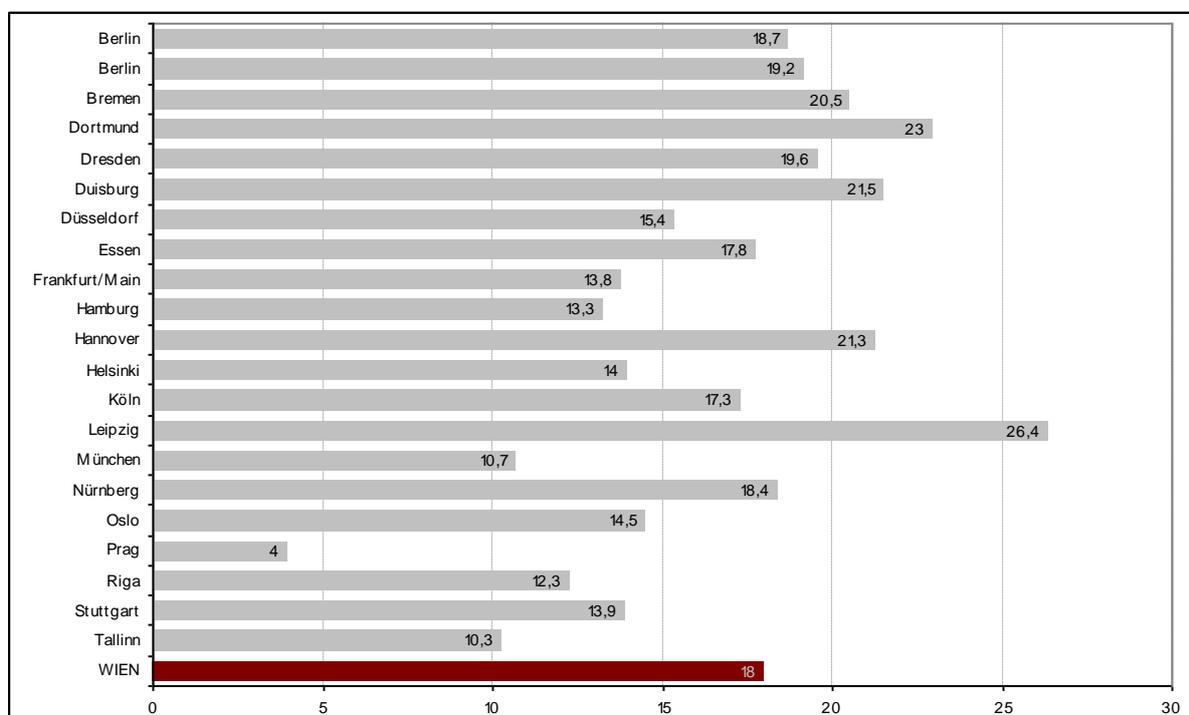


Abbildung 28: Armutsgefährdungsquoten in europäischen Städten 2010

+AT-RISK-OF-POVERTY+RATE+IN+REGIONS+OF+LATVIA+BY+AGE+AND+GENDER+%28%25%29
 &path=../DATABASEEN/ledsoc/Annual%20statistical%20data/Monetary%20poverty%20and%20income%20inequality%20indicators/&lang=1; <http://www.bcn.es/estadistica/angles/dades/anuari/cap04/C0414040.htm>;
http://madrid.wantedineurope.com/news/news.php?id_n=6384; <http://www.londonspovetryprofile.org.uk/downloads/summary2011-v7-LRpages.pdf> (Stand: 06/2012)

Betrachtet man nur jene Städte, zu denen Daten aus dem Jahr 2010 vorliegen, dann zeigt sich, dass die Armutsgefährdung in Leipzig mit 26,4 und in Dortmund mit 23 Prozent am höchsten war. Mit 4 Prozent war die Armutsgefährdung in Prag am niedrigsten.

B.3.2. Armut in europäischen Städten - Meinungsumfrage¹³⁴

Bei der „Meinungsumfrage der Lebensqualität in 75 europäischen Städten“ wurde in Bezug auf Armut die Zustimmung bzw. Ablehnung zu der Aussage „Armut ist ein Problem“ gemessen. Die Antwortkategorien waren „stimme überhaupt nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme eher zu“ und „stimme sehr zu“. Zur Vereinfachung wurden die Kategorien in der nachfolgenden Darstellung zu „stimme (eher) nicht zu“ und „stimme (eher) zu“ zusammengefasst.

Die höchste subjektive Wahrnehmung eines Armutsproblems gab es in der Stadt Miskolc, Ungarn. Über 90 Prozent stimmten hier der Aussage, dass Armut ein Problem ist, zu. Aber auch in Lissabon (89 Prozent), Budapest (88 Prozent), Riga (87 Prozent), Lüttich (85 Prozent), Athen (85 Prozent), Paris (83 Prozent), Brüssel (82 Prozent), Berlin (82 Prozent), Marseille (82 Prozent) und Palermo (81 Prozent) wurde die Armut, mit über 80 Prozent Zustimmung, als großes Problem empfunden.

Mit Abstand am niedrigsten war die subjektive Einschätzung über Armut als Problem, mit 21 Prozent, in Aalborg, Dänemark. Auch in Oulu (33 Prozent), Prag (36 Prozent), Oviedo (37 Prozent) und Valletta (38 Prozent) war die Zustimmung, dass Armut als Problem empfunden wird, unter 40 Prozent.

In den österreichischen Städten, Graz und Wien, fanden mehr als die Hälfte der befragten Personen (in Graz 61 und in Wien 59 Prozent), dass Armut ein Problem in ihrer Stadt ist.

¹³⁴ Europäische Kommission: Meinungsbefragung der Lebensqualität in 75 europäischen Städten: 19

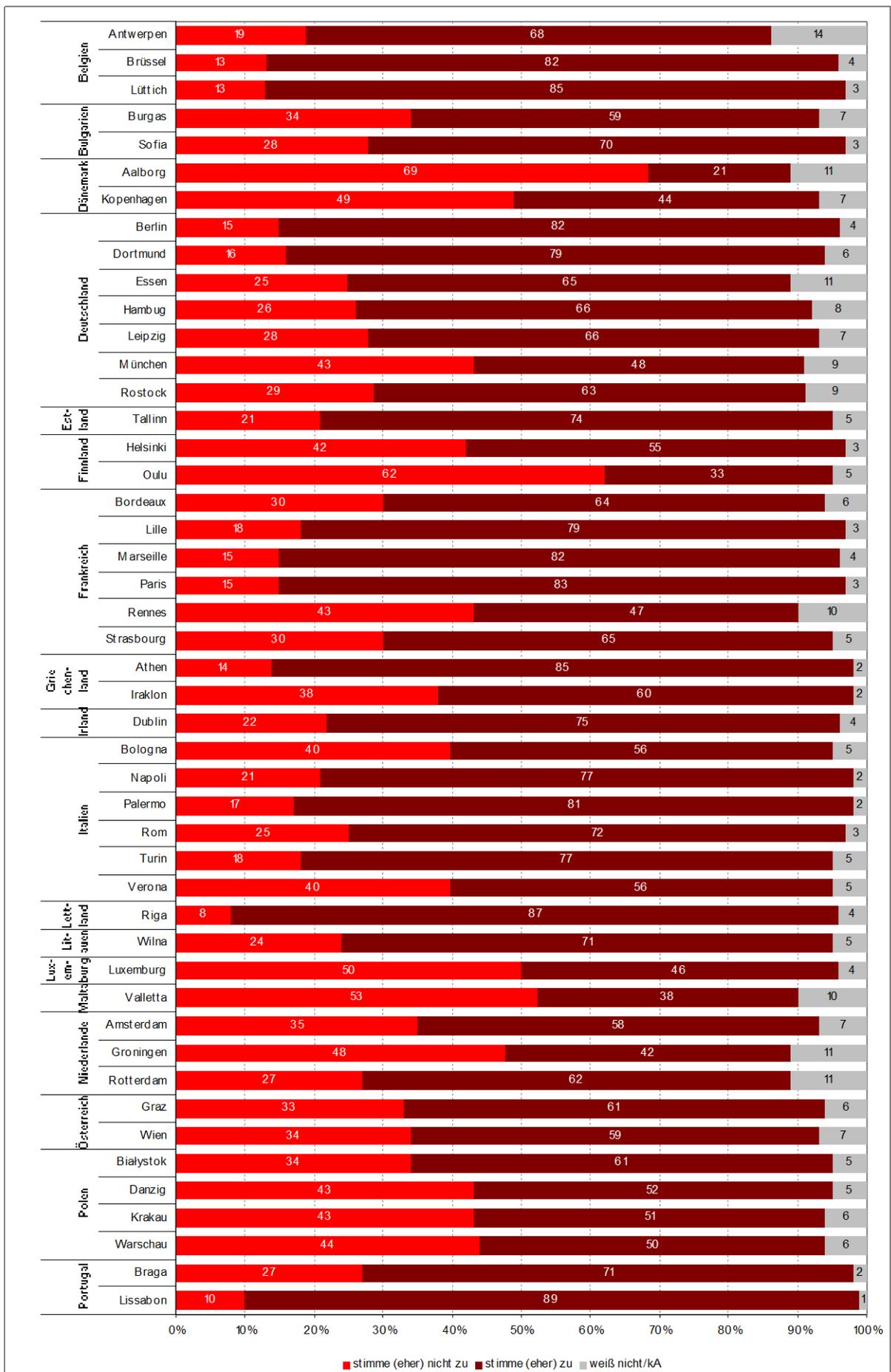


Abbildung 29: Subjektive Empfindung über Armut in europäischen Städten, Länder A-P

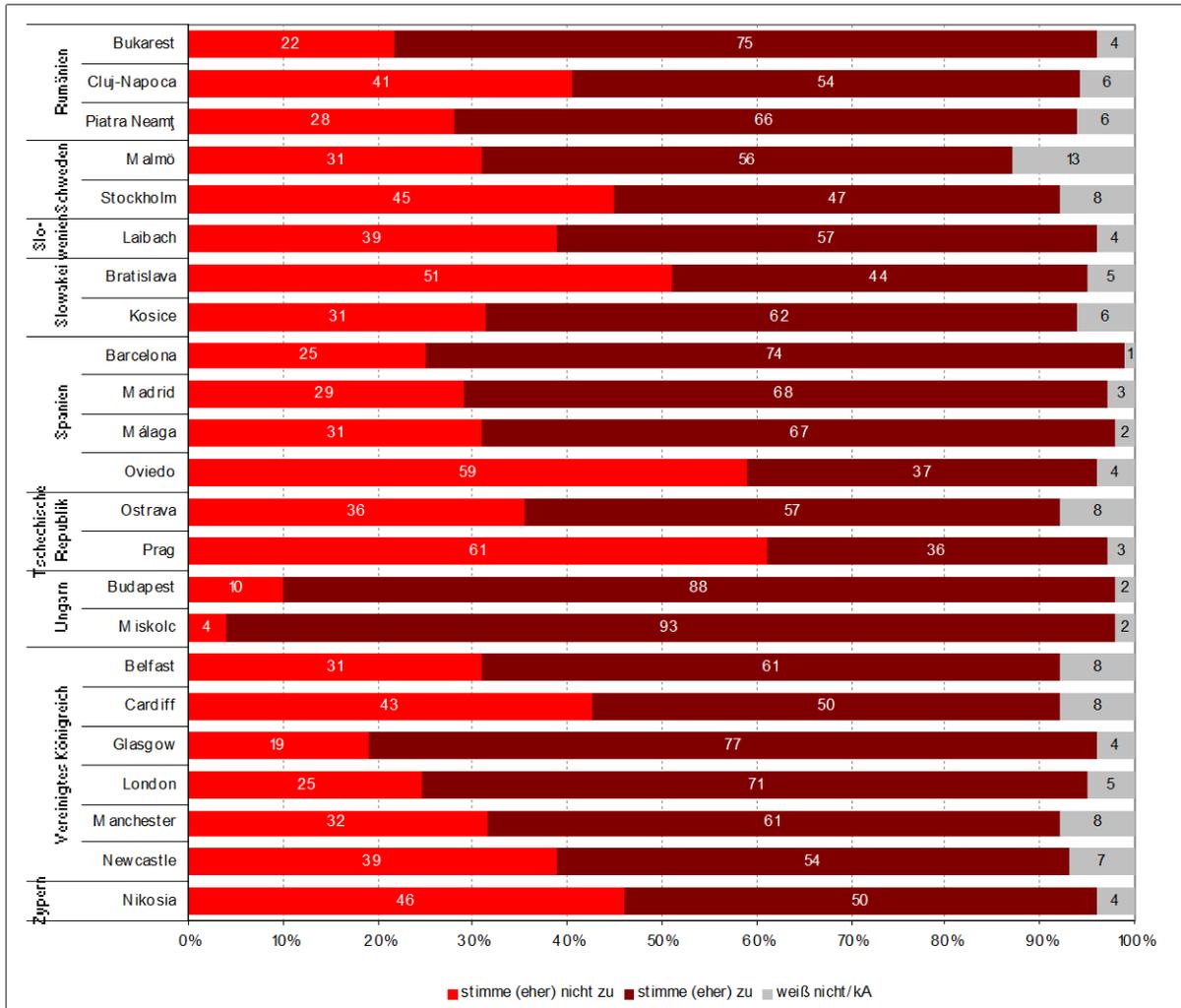


Abbildung 30: Subjektive Empfindung über Armut in europäischen Städten, Länder R-Z

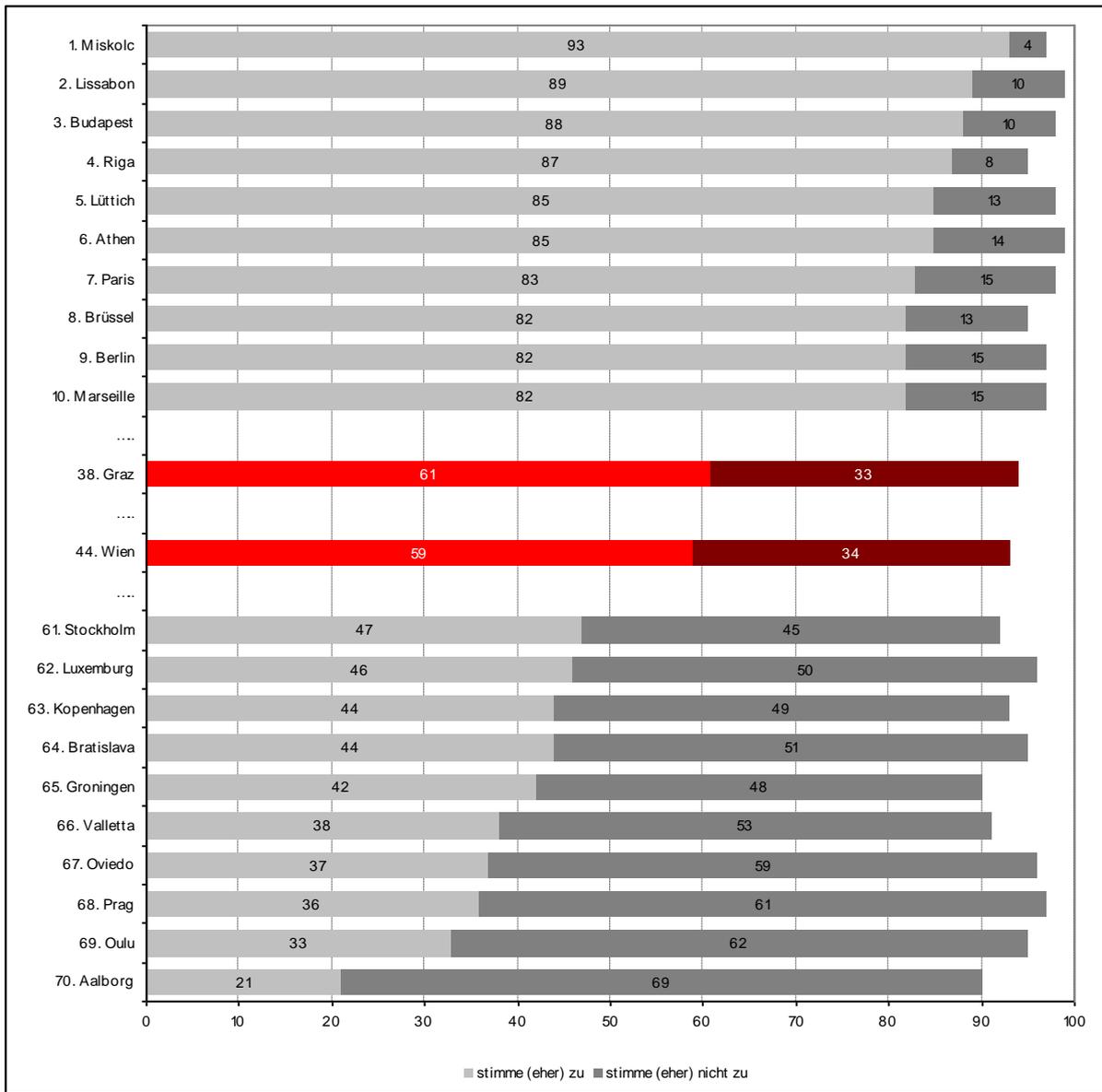


Abbildung 31: Subjektive Empfindung über Armut als Problem in europäischen Städten

C. ZUSAMMENFASSUNG

ARMUT IN DEN EU-STAA TEN

Die Armut ist in den EU-Mitgliedstaaten ungleich verteilt. So reicht für die Betrachtung von Armut in Europa der EU-Durchschnitt nicht aus, denn zwischen den einzelnen Ländern gibt es eine große Bandbreite an Armutsgefährdungsquoten:

Armutsgefährdungsquote	EU-27	höchste AG-Quote	niedrigste AG-Quote	AG-Quote in Österreich
durchschnittlich	16,4	21,3 (Lettland)	9 (Tschechien)	12,1
Einpersonenhaushalte	25	50,9 (Bulgarien)	13,2 (Ungarn)	22,1
erwerbstätiger Personen	8,5	17,3 (Rumänien)	3,7 (Tschechien/Finnland)	4,9
Vollzeit erwerbstätiger Personen	7,3	15,1 (Rumänien)	3 Finnland	3,9
Teilzeit erwerbstätiger Personen	12,5	50,7 (Rumänien)	4,5 (Niederlande)	6,8
arbeitslose Personen	45,1	70,3 (Deutschland)	26,8 (Irland)	41,2
Bildungsstufe 0-2	23	41,4 (Bulgarien)	10 (Niederlande)	22,6
Bildungsstufe 3-4	13,4	21,9 (Litauen)	6,9 (Tschechien)	8,8
Bildungsstufe 5-6	6,9	9,4 (Litauen)	1,1 (Rumänien)	6,5
AlleinerzieherInnen-Haushalte	36,8	57,4 (Malta)	20 (Dänemark)	28,2
Eltern mit 3 oder mehr Kindern	25,9	65,2 (Bulgarien)	11,1 (Dänemark)	17,9
Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre)	20,5	31,3 (Rumänien)	10,9 (Dänemark)	14,3
Personen über 65 Jahre	15,9	45,2 (Zypern)	4,1 (Ungarn)	15,2
Person über 65 Jahre alleinlebend	23,7	61,6 (Bulgarien)	6,4 (Niederlande)	23,2
Haushalt mit 2 Erwachsenen, einer über 65 Jahre	12,4	46,1 (Zypern)	1,9 (Tschechien)	11,8

Tabelle 7: Übersicht Armutsgefährdungsquoten in der EU im Jahr 2010

Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote aller EU-27-Länder lag zuletzt (2010) bei 16 Prozent. Damit waren EU-weit 80,7 Mio. Menschen armutsgefährdet. Am höchsten war sie in Lettland mit 21,3 Prozent, am niedrigsten in der Tschechischen Republik mit 9 Prozent. Österreich wies mit 12,1 Prozent die viertniedrigste Quote auf.

Bei Einpersonenhaushalten lag die Armutsgefährdung mit durchschnittlich 25 Prozent etwas höher. Am höchsten war sie im Jahr 2010 in Bulgarien, wo die Hälfte der Einpersonenhaushalte armutsgefährdet war, in Ungarn waren es hingegen nur 13,2 Prozent.

Arbeit verringert die Armutsgefährdung, bietet aber keinen ausreichenden Schutz vor Armut, denn 18 Mio. Menschen waren in den EU-Ländern trotz Arbeit armutsgefährdet. Damit lag die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote erwerbstätiger Personen bei 8,5 Prozent, wobei die Bandbreite von 3,7 Prozent in Tschechien bis zu 17,3 Prozent in Rumänien reichte. In Österreich lag sie bei 4,9 Prozent und damit EU-weit am viertniedrigsten.

Je höher die Erwerbsintensität desto eher kann man der Armutsgefährdung entgehen. So lag der EU-weite Durchschnitt der Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten bei 7,3 Prozent. In Rumänien war sie mit 15,1 Prozent am höchsten, in Finnland mit 3 Prozent am niedrigsten. In Österreich lag die Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten bei 3,9 Prozent und damit am drittniedrigsten in der Europäischen Union.

Bei Teilzeitbeschäftigten lag die Armutsgefährdung bei 12,5 Prozent. In einigen Ländern ist die Situation von Teilzeitbeschäftigten besonders prekär. So waren in Rumänien mehr als die Hälfte und in Portugal ein Drittel armutsgefährdet. In den Niederlanden waren es hingegen nur 4,5 Prozent. Österreich lag hier mit einer Quote von 6,8 Prozent unter den fünf Ländern mit der geringsten Gefährdung.

Im Fall eines Verlustes der Erwerbsarbeit stieg die Armutsgefährdung sprunghaft an. So waren von den durchschnittlich 22 Mio. arbeitslosen Personen im EU-Raum 10 Mio. armutsgefährdet, das entspricht einer Gefährdungsrate von 45,1 Prozent. Am schlimmsten war die

Situation in Deutschland, wo 70,3 Prozent der Arbeitslosen auch armutsgefährdet waren. Aber auch in Irland, wo die Armutsgefährdungsquote für arbeitslose Personen am niedrigsten war, lag sie bei 26,8 Prozent.

Bildung verringert die Armutsgefährdung. So waren in der Europäischen Union 23 Prozent der Personen armutsgefährdet, die höchstens einen Pflichtschulabschluss erreichen konnten. Im mittleren Bildungssegment lag die Armutsgefährdung bei 13,4 Prozent. Bei AkademikerInnen oder Menschen mit einem vergleichbaren Abschluss lag die Armutsgefährdung im Jahr 2010 bei 6,9 Prozent.

Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in allen europäischen Ländern überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Familienzusammensetzung kann, besonders bei AlleinerzieherInnen und kinderreichen Familien, zur Armutsfalle werden. In der europäischen Union waren mehr als ein Drittel aller AlleinerzieherInnen-Haushalte armutsgefährdet. Besonders dramatisch war die Situation in Malta, wo jede/r zweite AlleinerzieherIn von Armut bedroht war, aber auch in Dänemark war noch jede/r fünfte Ein-Eltern-Haushalt gefährdet. Österreich wies mit 28,2 Prozent die fünftniedrigste Quote innerhalb der Europäischen Union auf.

Ähnlich dramatisch war die Situation für Familien mit 3 oder mehr Kindern. Während der EU-Durchschnitt bei 25,9 Prozent lag, waren in Bulgarien 65,2 Prozent dieser Familien armutsgefährdet. In Dänemark waren es hingegen „nur“ 11,1 Prozent. Österreich lag mit 17,8 Prozent EU-weit auf dem achten Platz.

Die Kinder, die in solchen Familienzusammensetzungen aufwachsen, sind öfter von Armut betroffen. Alarmierend ist, dass EU-weit in fast allen Ländern die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) höher war als die durchschnittliche Quote des jeweiligen Landes. EU-weit war jedes fünfte Kind armutsgefährdet, das bedeutet 19,5 Mio. armutsgefährdete Kinder und Jugendliche. In Rumänien war sogar jedes dritte Kind armutsgefährdet. Am niedrigsten war die Kinderarmut in Dänemark, wo sie bei 10,9 Prozent lag. Mit 14,3 Prozent war sie in Österreich über dem Landesdurchschnitt und EU-weit an siebenter Stelle.

Zu den Gruppen mit besonders hohem Armutsgefährdungsrisiko zählen auch ältere Personen. Die Armutsgefährdungsquote von alleinstehenden Personen über 65 Jahre lag EU-weit bei 23,7 Prozent. Während in den Niederlanden nur 6,4 Prozent betroffen waren, waren es in Lettland 61,6 Prozent. In Österreich waren 23,2 Prozent der Alleinstehenden über 65-Jährigen armutsgefährdet. An den weit gestreuten Armutsgefährdungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten kann man die Auswirkungen bzw. „Armutssicherheit“ unterschiedlicher Pensionssysteme erkennen.

Die Situation von Zwei-Personen-Haushalten, in denen zumindest eine Person über 65 Jahre alt ist, stellt sich etwas positiver dar. In den EU-27 waren 12,4 Prozent solcher Haushalte armutsgefährdet. Beinahe die Hälfte waren es in Zypern, in Tschechien hingegen nur 1,9 Prozent. In Österreich waren es mit 11,8 Prozent so viele wie im EU-Durchschnitt.

ARMUT IN DEN REGIONEN DER EU-STAATEN

Wie bei den Ländern gibt es auch bei den europäischen NUTS-2-Regionen sehr große Unterschiede bei der Armutsgefährdung. Die 3,3 Mio. EinwohnerInnen fassende rumänische Region Sud-Muntenia wies mit 3,1 Prozent die geringste Armutsgefährdungsquote auf. Die höchste hatte die italienische Region Sizilien (5 Mio. EinwohnerInnen) mit 38,3 Prozent. Unter den zehn Regionen mit der höchsten Armutsgefährdung finden sich je drei italienische und spanische Regionen.

ARMUT IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN

Die Datenlage zu Armut in europäischen Städten ist dünn, weshalb ein Vergleich kaum möglich ist. In Wien war die Armutsgefährdungsquote seit Jahren relativ konstant und lag im Jahr

2010 bei 18 Prozent. Von der EinwohnerInnenstärke vergleichbar sind Hamburg und Barcelona, die Quoten von 13,3 bzw. 17,2 Prozent (2009) aufwiesen.

D. ANHANG

EU-Ziele/Ziele der Mitgliedstaaten	Beschäftigungsquote	FuE in % des BIP	Ziele zur Verringerung des CO2 Ausstoßes	Erneuerbare Energien	Energieeffizienz - Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. T RÖE	Schul-abbrecherquote (in %)	Hochschulabsolventen in %	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
EU-Kernziel	75%	3%	-20% (gegenüber dem Stand von 1990)	20%	Anstieg der Energieeffizienz um 20%, d.h. um 368 Mio t RÖE	10%	40%	20.000.000
Schätzung für die EU	73, 70-74%	2,65-2,72%	-20% (gegenüber dem Stand von 1990)	20%	206,9 Mill. t RÖE	10,3-10,5%	37,5-38%	aufgrund der unterschiedlichen nationalen Methoden kann kein Ergebnis berechnet werden
AT	77-78%	3,76%	-16%	34%	7,16	9,5%	38%	235.000
BE	73%	3%	-15%	13%	9,8	9,5%	47%	380.000
BG	76%	1,5%	20%	16%	3,2	11%	36%	260.000
CY	75-77%	0,5%	-5%	13%	0,46	10%	46%	27.000
CZ	75%	1% (nur öffentlicher Sektor)	9%	13%	entfällt	5,5%	32%	Stabilisierung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen aus dem Stand von 2008 (15,3% der Gesamtbevölkerung) mit Bestrebungen, diesen um 30.000 Personen zu reduzieren
DE	77%	3%	-14%	18%	38,3	<10%	42%	330.000 (langfristig Arbeitsl.)
DK	80%	3%	-20%	30%	0,83	<10%	mindestens 40%	22.000 (Haushalte mit geringer Erwerbstätigkeit)
EE	76%	3%	11%	25%	0,71	9,5%	40%	Verringerung des Armutsrisikos (nach Sozialleistungen) auf 15% (von 17,5% 2010)
EL	70%	zu überarbeiten	-4%	18%	2,7	9,7%	32%	450.000
ES	74%	3%	-10%	20%	25,2	15%	44%	1.400.000-1.500.000
FI	78%	4%	-16%	38%	4,21	8%	42% (enge nationale Definition)	150.000
FR	75%	3%	-14%	23%	34	9,5%	50%	Reduzierung der verankerten Armutsgefährdungsquote um ein Drittel für den Zeitraum 2007-2012 oder um 1,6 Mio. Personen
HU	75%	1,8%	10%	14,65%	2,96	10%	30,3%	450.000
IE	69-71%	rund 2% (2,5% des BSP)	-20%	16%	2,75	8%	60%	186.000 bis 2016
IT	67-69%	1,53%	-13%	17%	27,9	15-16%	26-27%	2.200.000

EU-Ziele/Ziele der Mitgliedstaaten	Beschäftigungsquote	FuE in % des BIP	Ziele zur Verringerung des CO2 Ausstoßes	Erneuerbare Energien	Energieeffizienz - Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. T RÖE	Schul-abbrecherquote (in %)	Hochschulabsolventen in %	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
LT	72,8%	1,9%	15%	23%	1,14	<9%	40%	170.000
LU	73%	2,3-2,6%	-20%	11%	0,2	<10%	40%	kein Ziel
LV	73%	1,5%	17%	40%	0,67	13,4%	34-36%	121.000
MT	62,9%	0,67%	5%	10%	0,24	29%	33%	6.560
NL	80%	2,5%	-16%	14%	entfällt	<8%	>40%; voraussichtlich 45% im Jahr 2020	100.000
PL	71%	1,7%	14%	15,48%	14	4,5%	45%	1.500.000
PT	75%	2,7-3,3%	1%	31%	6	10%	40%	200.000
RO	70%	2%	19%	24%	10	11,3%	26,7%	580.000
SE	deutlich über 80%	4%	-17%	49%	12,8	<10%	40-45%	Verringerung der Quote der nicht erwerbstätigen Frauen und Männer (außer Vollzeitstudenten), der Langzeitarbeitslosen und der langfristig Krankgeschriebenen auf unter 14% bis 2020
SI	75%	3%	4%	25%	entfällt	5%	40%	40.000
SK	72%	1%	13%	14%	1,65	6%	40%	170.000
UK	kein Ziel im NRP	kein Ziel im NRP	-16%	15%	entfällt	kein Ziel im NRP	kein Ziel im NRP	bestehende numerische Ziele des Gesetzes über die Kindesarmut von 2010

Tabelle A. 1: Ziele der Strategie „Europa 2020“¹³⁵

¹³⁵ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/targets_de.pdf (Stand: 06/2012)

	konnte nicht einen ganztägigen Arbeitsplatz finden		in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung		Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen		andere familiäre oder persönliche Verantwortungs-bereiche		Krankheit oder Unfähigkeit besitzen		andere Gründe	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Belgien	15,1	10,5	6,7	2,1	4,3	18,4	26,4	33,2	7,1	4,1	40,4	31,8
Bulgarien	59,9	49,0	-	-	-	-	-	-	-	-	21,1	21,6
Dänemark	15,4	15,7	50,9	30,3	-	4,2	16,1	37,2	10,2	7,9	7,1	4,8
Deutschland	37,8	18,7	27,0	7,0	3,9	27,5	3,8	22,8	7,1	1,9	20,3	22,1
Estland	-	24,0	-	18,0	-	-	-	-	-	-	46,2	39,1
Finnland	27,0	28,3	33,3	24,1	-	12,3	29,3	26,7	9,2	8,7	-	-
Frankreich	35,7	30,9	2,8	0,9	6,3	33,5	12,4	16,2	10,1	5,0	32,7	13,5
Griechenland	65,7	49,2	7,5	4,0	-	10,5	3,6	4,8	-	-	20,7	30,7
Irland	52,7	25,4	24,6	10,3	-	21,8	6,2	33,5	-	-	12,3	8,2
Italien	64,7	46,8	6,5	3,0	1,4	27,7	2,2	7,3	3,4	1,4	21,9	13,9
Lettland	48,0	40,2	-	7,9	-	-	-	10,1	-	-	35,7	34,7
Litauen	38,1	40,0	-	-	-	-	-	12,7	-	-	37,3	31,1
Luxemburg	-	7,9	-	-	-	34,6	-	35,5	-	3,3	39,5	16,9
Malta	33,4	13,9	-	-	-	19,4	-	37,4	-	-	36,0	17,6
Niederlande	7,5	5,1	42,3	15,8	9,8	39,8	0,8	5,5	6,4	3,4	33,2	30,4
Österreich	17,5	10,3	28,1	7,7	4,8	39,1	13,4	17,5	4,6	2,2	31,6	23,2
Polen	22,5	21,5	15,8	8,5	-	11,3	2,2	4,4	13,0	5,0	45,5	49,4
Portugal	39,5	44,6	7,7	3,9	-	5,4	19,8	26,3	13,2	6,5	18,8	13,4
Rumänien	65,7	40,7	-	-	-	5,3	1,8	8,1	3,0	2,9	27,9	41,9
Schweden	29,2	27,1	18,1	10,0	6,9	22,0	13,1	16,0	14,1	10,0	18,6	14,8
Slowakei	34,8	23,4	-	-	-	4,8	-	-	9,0	8,2	49,5	56,5
Slowenien	6,7	8,1	36,7	30,0	-	12,0	-	2,5	23,4	17,7	31,9	29,8
Spanien	54,7	47,8	18,1	5,7	1,4	18,1	1,4	9,0	1,8	1,4	22,6	18,0
Tschechische Republik	11,4	17,2	26,3	9,8	1,3	26,2	5,3	10,4	30,3	14,2	25,4	22,2
Ungarn	39,2	33,0	6,6	4,1	-	13,7	-	2,7	22,3	17,3	30,4	29,3
Vereinigtes Königreich	31,9	11,5	26,5	9,7	6,8	41,8	17,1	18,9	3,8	1,2	13,9	16,8
Zypern	45,0	30,2	16,3	6,4	-	23,9	11,1	31,4	17,2	2,5	10,4	5,5
EU-15	35,1	23,7	22,4	7,4	4,8	29,4	8,2	17,2	6,5	2,9	23,1	19,4
EU-25	34,1	23,7	21,7	7,5	4,4	28,5	7,6	16,6	7,3	3,1	24,9	20,6
EU-27	36,1	24,0	20,4	7,4	4,1	28,1	7,3	16,5	7,0	3,1	25,1	20,9

Tabelle A. 2: Gründe für Teilzeitbeschäftigung in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht¹³⁶

¹³⁶ <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do> (Stand: 06/2012)

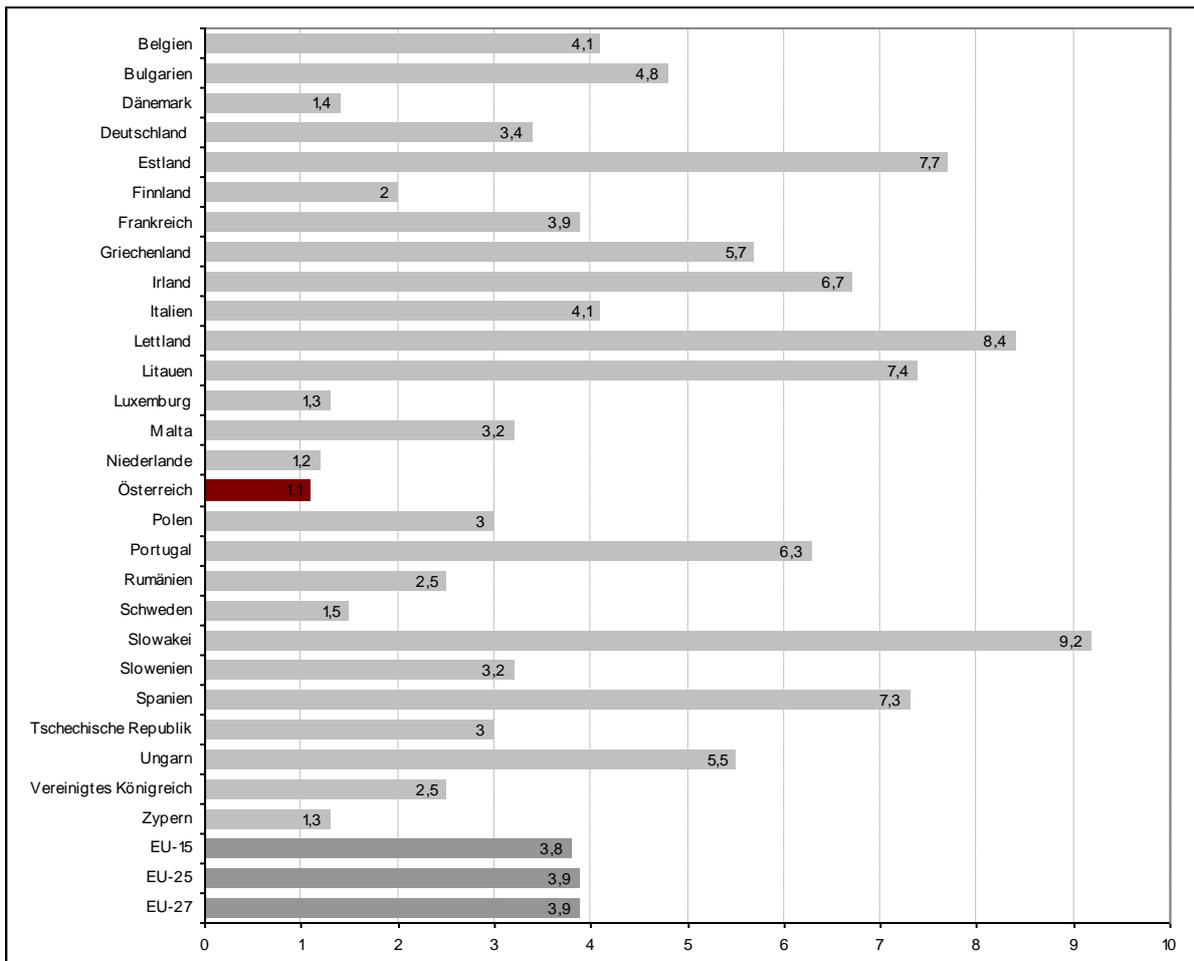


Abbildung A. 1: Langzeitarbeitslosenquote der Männer und Frauen in den EU-Staaten 2010¹³⁷

¹³⁷ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsisc070>
(Stand: 06/2012)

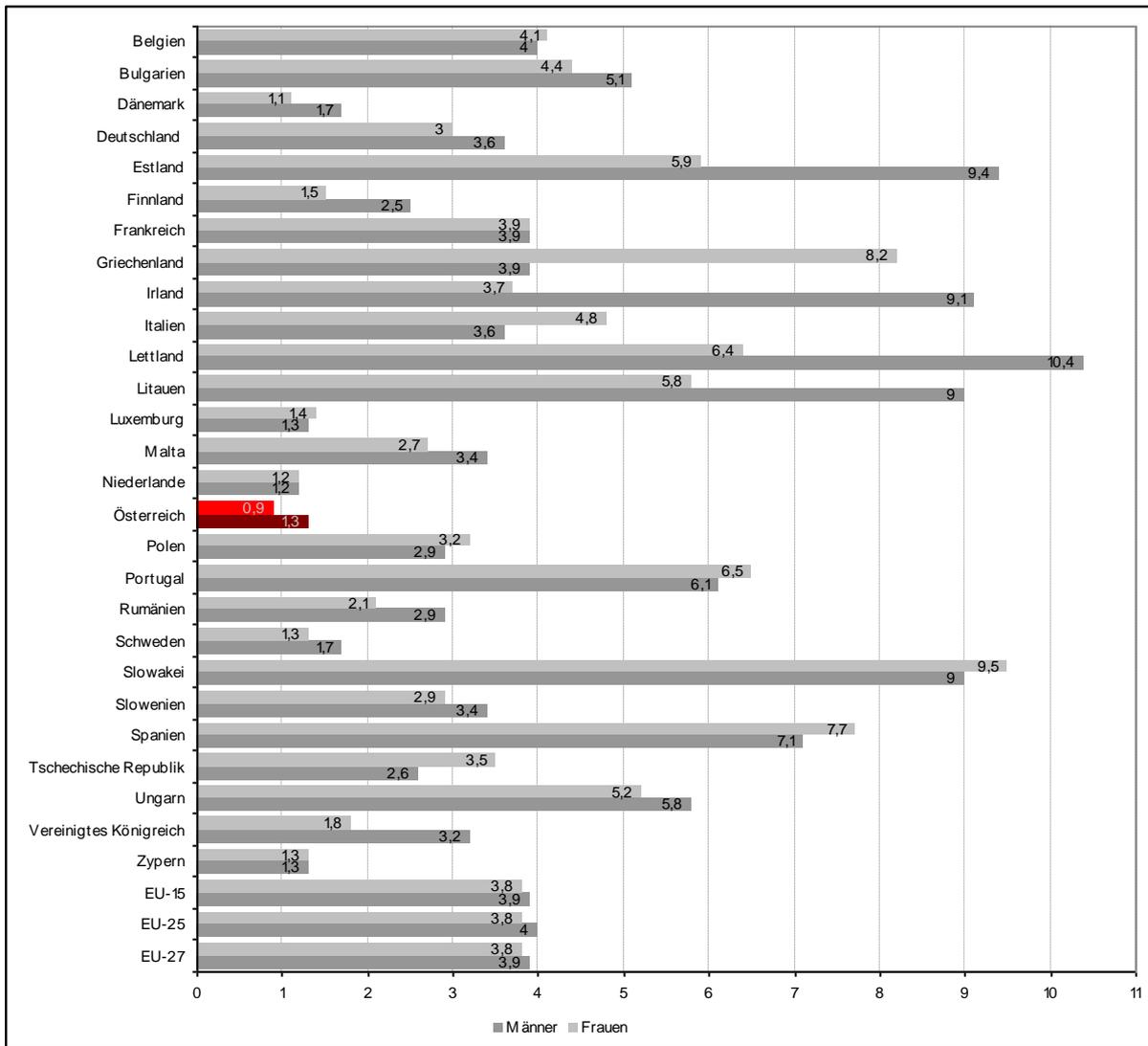


Abbildung A. 2: Langzeitarbeitslosenquote der Männer und Frauen in den EU-Staaten 2010, nach Geschlecht¹³⁸

¹³⁸ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsisc070>
(Stand: 06/2012)

Level (0,1,2,3,4, 5,6)	Education or labour market destination (A,B,C)	Programme name
0		Kindergarten
0		Vorschulstufe
1		Volksschule, 1.-4.Schulstufe
1		Sonderschule (inkl. Heilstättenschulen), Schulstufen 1-4
2	A	Volksschule, Oberstufe
2	A	Hauptschule
2	A	Realschule
2	A	Allgemeinbildende höhere Schule, Unterstufe (inkl. Übergangsstufe)
2	A	Sonderschule (inkl. Heilstättenschulen), Schulstufen 5-8
2/3/4	A/B	Externistenprogramme
3	A	Allgemeinbildende höhere Schulen, Oberstufe
3	A	Allgemeinbildende höhere Schule für Berufstätige
3	A	Allgemeinbildende höhere Schulen mit Berufsausbildung
3	B	Lehre (Duale Ausbildung)
3	B	Mittlere berufsbildende Schulen (Fachschulen, Handels-schulen)
3	B	Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen (weiterführend)
3	C	Polytechnische Schule
3	C	Haushaltungs-, Hauswirtschaftsschulen
3	C	Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen (1jährig, schulpflichteretzend)
3	C	Berufsbildende Statut-Schulen (soweit nicht anders zugeordnet)
3	C	Sonderschule (inkl. Heilstättenschulen), Schulstufe 9
3	C	Pflegehilfelehrgänge
3	C	Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern
3/4	A	Höhere berufsbildende Schulen
3/4	A	Höhere berufsbildende Schulen für Berufstätige
4	A	Aufbaulehrgänge
4	B	Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege
4	B	Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst
4	C	Mittlere Speziallehrgänge
4	C	Höhere Speziallehrgänge
4	C	Sonderpädagogische Lehrgänge
4	C	Universitäre Lehrgänge (Maturaniveau, kürzer als 2 Jahre)
5	A	Bakkalaureatstudium im Fachhochschulbereich
5	A	Diplomstudium im Fachhochschulbereich
5	A	Kurzstudium an Universitäten
5	A	Bakkalaureatstudium an Universitäten
5	A	Diplomstudium und (Doktorats-)Studium nach alter Studienverordnung an Universitäten
5	A	Magisterstudium im Fachhochschulbereich
5	A	Magisterstudium an Universitäten
5	A	Universitäre Lehrgänge (postgradual)
5	A	Aufbau- und Ergänzungsstudium
5	B	Meister- und Werkmeisterausbildung, Bauhandwerkerschulen
5	B	Kollegs
5	B	Akademien des Gesundheitswesens
5	B	Akademien für Sozialarbeit
5	B	Akademien zur Ausbildung von Lehrern für allgemeinbildende Pflichtschulen
5	B	Berufspädagogische Akademien
5	B	Land- und forstwirtschaftliche berufspädagogische Akademien
5	B	Universitäre Lehrgänge (Maturaniveau, mindestens 2jährig)
6		Doktoratsstudium (postgradual)

Tabelle A. 3: Zuordnung der Bildungsgänge des österreichischen Bildungswesens zur ISCED 1997¹³⁹

¹³⁹ http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/klassifikationsdatenbank/weitere_klassifikationen/bildungsklassifikation/index.html (Stand: 06/2012)

CODE	REGION
------	--------

Belgien (11)	
BE10	Région de Bruxelles-Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest
BE21	Prov. Antwerpen
BE22	Prov. Limburg (B)
BE23	Prov. Oost-Vlaanderen
BE24	Prov. Vlaams-Brabant
BE25	Prov. West-Vlaanderen
BE31	Prov. Brabant Wallon
BE32	Prov. Hainaut
BE33	Prov. Liège
BE34	Prov. Luxembourg (B)
BE35	Prov. Namur

Bulgarien (6)	
BG31	Severozapaden
BG32	Severen tsentralen
BG33	Severoiztochen
BG34	Yugoiztochen
BG41	Yugozapaden
BG42	Yuzhen tsentralen

Dänemark (5)	
DK01	Hovedstaden
DK02	Sjælland
DK03	Syddanmark
DK04	Midtjylland
DK05	Nordjylland

Deutschland (39)	
DE11	Stuttgart
DE12	Karlsruhe
DE13	Freiburg
DE14	Tübingen
DE21	Oberbayern
DE22	Niederbayern
DE23	Oberpfalz
DE24	Oberfranken
DE25	Mittelfranken
DE26	Unterfranken
DE27	Schwaben
DE30	Berlin
DE41	Brandenburg – Nordost
DE42	Brandenburg – Südwest
DE50	Bremen
DE60	Hamburg
DE71	Darmstadt
DE72	Gießen
DE73	Kassel
DE80	Mecklenburg-Vorpommern

CODE	REGION
------	--------

DE91	Braunschweig
DE92	Hannover
DE93	Lüneburg
DE94	Weser-Ems
DEA1	Düsseldorf
DEA2	Köln
DEA3	Münster
DEA4	Detmold
DEA5	Arnsberg
DEB1	Koblenz
DEB2	Trier
DEB3	Rheinhausen-Pfalz
DEC0	Saarland
DED1	Chemnitz
DED2	Dresden
DED3	Leipzig
DEE0	Sachsen-Anhalt
DEF0	Schleswig-Holstein
DEG0	Thüringen

Estland (1)	
EE00	Eesti

Finnland (5)	
FI13	Itä-Suomi
FI18	Etelä-Suomi
FI19	Länsi-Suomi
FI1A	Pohjois-Suomi
FI20	Åland

Frankreich (26)	
FR10	Île-de-France
FR21	Champagne-Ardenne
FR22	Picardie
FR23	Haute-Normandie
FR24	Centre
FR25	Basse-Normandie
FR26	Bourgogne
FR30	Nord – Pas-de-Calais
FR41	Lorraine
FR42	Alsace
FR43	Franche-Comté
FR51	Pays de la Loire
FR52	Bretagne
FR53	Poitou-Charentes
FR61	Aquitaine
FR62	Midi-Pyrénées
FR63	Limousin
FR71	Rhône-Alpes
FR72	Auvergne
FR81	Languedoc-Roussillon

CODE	REGION
------	--------

FR82	Provence-Alpes-Côte d'Azur
FR83	Corse
FR91	Guadeloupe
FR92	Martinique
FR93	Guyane
FR94	Réunion

Irland (2)	
IE01	Border, Midland and Western
IE02	Southern and Eastern

Italien (21)	
ITC1	Piemonte
ITC2	Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste
ITC3	Liguria
ITC4	Lombardia
ITD1	Provincia Autonoma Bolzano/Bozen
ITD2	Provincia Autonoma Trento
ITD3	Veneto
ITD4	Friuli-Venezia Giulia
ITD5	Emilia-Romagna
ITE1	Toscana
ITE2	Umbria
ITE3	Marche
ITE4	Lazio
ITF1	Abruzzo
ITF2	Molise
ITF3	Campania
ITF4	Puglia
ITF5	Basilicata
ITF6	Calabria
ITG1	Sicilia
ITG2	Sardegna

Griechenland (13)	
GR11	Anatoliki Makedonia, Thraki
GR12	Kentriki Makedonia
GR13	Dytiki Makedonia
GR14	Thessalia
GR21	Ipeiros
GR22	Ionia Nisia
GR23	Dytiki Ellada
GR24	Stereia Ellada
GR25	Peloponnisos
GR30	Attiki
GR41	Voreio Aigaio

CODE	REGION
------	--------

GR42	Notio Aigaio
GR43	Kriti

Letland (1)	
LV00	Latvija

Litauen (1)	
LT00	Lietuva

Luxemburg (1)	
LU00	Luxembourg (Grand-Duché)

Malta (1)	
MT00	Malta

Niederlande (12)	
NL11	Groningen
NL12	Friesland (NL)
NL13	Drenthe
NL21	Overijssel
NL22	Gelderland
NL23	Flevoland
NL31	Utrecht
NL32	Noord-Holland
NL33	Zuid-Holland
NL34	Zeeland
NL41	Noord-Brabant
NL42	Limburg (NL)

Österreich (9)	
AT11	Burgenland (A)
AT12	Niederösterreich
AT13	Wien
AT21	Kärnten
AT22	Steiermark
AT31	Oberösterreich
AT32	Salzburg
AT33	Tirol
AT34	Vorarlberg

Polen (16)	
PL11	Łódzkie
PL12	Mazowieckie
PL21	Małopolskie
PL22	Śląskie
PL31	Lubelskie
PL32	Podkarpackie
PL33	Świętokrzyskie
PL34	Podlaskie
PL41	Wielkopolskie
PL42	Zachodniopomorskie

CODE	REGION
------	--------

PL43	Lubuskie
PL51	Dolnośląskie
PL52	Opolskie
PL61	Kujawsko-pomorskie
PL62	Warmińsko-mazurskie
PL63	Pomorskie

Portugal (7)	
PT11	Norte
PT15	Algarve
PT16	Centro (P)
PT17	Lisboa
PT18	Alentejo
PT20	Região Autónoma dos Açores
PT30	Região Autónoma da Madeira

Rumänien (8)	
RO11	Nord-Vest
RO12	Centru
RO21	Nord-Est
RO22	Sud-Est
RO31	Sud – Muntenia
RO32	București – Ilfov
RO41	Sud-Vest Oltenia
RO42	Vest

Schweden (8)	
SE11	Stockholm
SE12	Östra Mellansverige
SE21	Småland med öarna
SE22	Sydsverige
SE23	Västsverige
SE31	Norra Mellansverige
SE32	Mellersta Norrland
SE33	Övre Norrland

Slowakei (4)	
SK01	Bratislavský kraj
SK02	Západné Slovensko
SK03	Stredné Slovensko
SK04	Východné Slovensko

Slowenien (2)	
SI01	Vzhodna Slovenija
SI02	Zahodna Slovenija

Spanien (19)	
ES11	Galicia
ES12	Principado de Asturias

CODE	REGION
------	--------

ES13	Cantabria
ES21	País Vasco
ES22	Comunidad Foral de Navarra
ES23	La Rioja
ES24	Aragón
ES30	Comunidad de Madrid
ES41	Castilla y León
ES42	Castilla-La Mancha
ES43	Extremadura
ES51	Cataluña
ES52	Comunidad Valenciana
ES53	Illes Balears
ES61	Andalucía
ES62	Región de Murcia
ES63	Ciudad Autónoma de Ceuta
ES64	Ciudad Autónoma de Melilla
ES70	Canarias

Tschechische Republik (8)	
CZ01	Praha
CZ02	Střední Čechy
CZ03	Jihozápad
CZ04	Severozápad
CZ05	Severovýchod
CZ06	Jihovýchod
CZ07	Střední Morava
CZ08	Moravskoslezsko

Ungarn (7)	
HU10	Közép-Magyarország
HU21	Közép-Dunántúl
HU22	Nyugat-Dunántúl
HU23	Dél-Dunántúl
HU31	Észak-Magyarország
HU32	Észak-Alföld
HU33	Dél-Alföld

Vereinigtes Königreich (37)	
UKC1	Tees Valley and Durham
UKC2	Northumberland and Tyne and Wear
UKD1	Cumbria
UKD2	Cheshire
UKD3	Greater Manchester
UKD4	Lancashire
UKD5	Merseyside
UKE1	East Yorkshire and Northern Lincolnshire

CODE	REGION	CODE	REGION	CODE	REGION
UKE2	North Yorkshire	UKH2	Bedfordshire and Hertfordshire	UKK3	Cornwall and Isles of Scilly
UKE3	South Yorkshire	UKH3	Essex	UKK4	Devon
UKE4	West Yorkshire	UKI1	Inner London	UKL1	West Wales and the Valleys
UKF1	Derbyshire and Nottinghamshire	UKI2	Outer London	UKL2	East Wales
UKF2	Leicestershire, Rutland and Northamptonshire	UKJ1	Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	UKM2	Eastern Scotland
UKF3	Lincolnshire	UKJ2	Surrey, East and West Sussex	UKM3	South Western Scotland
UKG1	Herefordshire, Worcestershire and Warwickshire	UKJ3	Hampshire and Isle of Wight	UKM5	North Eastern Scotland
UKG2	Shropshire and Staffordshire	UKJ4	Kent	UKM6	Highlands and Islands
UKG3	West Midlands	UKK1	Gloucestershire, Wiltshire and Bristol/Bath area	UKN0	Northern Ireland
UKH1	East Anglia	UKK2	Dorset and Somerset		
				Zypern (1)	
				CY00	Kypros/Kibris

Tabelle A. 4: Codes und Bezeichnung der NUTS-2-Regionen

E. QUELLEN

Altgeld, Thomas: Gesundheitliche Chancengleichheit; In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung.

Armutskonferenz: Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung.
www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=398&Itemid=69 (Stand: 06/2012)

Armutskonferenz: Kinderarmut in Österreich. Positionen der österreichischen Armutskonferenz.
www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=94&Itemid=69 (Stand: 06/2012)

BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009.

BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband.

BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010.

Destatis: Armut und soziale Ausgrenzung in Europa.

Dimmel, Heitzmann, Schenk (Hrsg.), 2009: Handbuch Armut in Österreich.

Europäische Kommission: EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Europäische Kommission: Meinungsbefragung der Lebensqualität in 75 europäischen Städten.

Europäischer Rat 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm (Stand: 06/2012)

Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010.

Factsheet: 2010, Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.
ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1694&langId=de (Stand: 06/2012)

Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989.

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Rat der Europäischen Union. 14110/00/SOC 470
ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/approb_de.pdf (Stand: 06/2012)

Statistik Austria: EU-SILC 2005.

Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC).
eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:165:0001:0009:DE:PDF (Stand: 06/2012)

Onlinequellen (Stand: 06/2012)

appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do

appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_lfs_9903&lang=de

appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_li41&lang=de

appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsq_eppga&lang=de

appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfst_r_lfe2emppt&lang=de

appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfst_r_lfu3rt&lang=de

ec.europa.eu/employment_social/2010againstpoverty/about/index_de.htm

data.csb.gov.lv/Dialog/varval.asp?ma=NI0150a&ti=NIG15.+AT-RISK-OF-POVERTY+RATE+IN+REGIONS+OF+LATVIA+BY+AGE+AND+GENDER+%28%25%29&path=../DATABASEEN/ledzsoc/Annual%20statistical%20data/Monetary%20poverty%20and%20income%20inequality%20indicators/&lang=1

ec.europa.eu/europe2020/targets/eu-targets/index_de.htm

ec.europa.eu/europe2020/pdf/targets_de.pdf

ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de

ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=961&langId=de

epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_ifs/data/database

epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020_52&plugin=1

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi014&language=de

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi121&language=de

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi124&language=de

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tsdsc240&language=de

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tesov250&plugin=1

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdsc420&plugin=1

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tessi010&plugin=1

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tessi010

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi014

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi120

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi250

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tesov110

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdsc240

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdde320

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem010

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem110

epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsisc070

europa.eu/about-eu/facts-figures/living/index_de.htm

madrid.wantedineurope.com/news/news.php?id_n=6384

www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA151_armut_stadt_bund.html

pub.stat.ee/px-web.2001/Dialog/varval.asp?ma=HHS22&ti=AT-RISK-OF-POVERTY+RATE+BY+COUNTRY&path=../I_Databas/Social_life/13Social_exclusion_Laeken_indicators/&lang=1

www.bbsr.bund.de/nn_103086/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Werkzeuge/Raumabgrenzungen/SiedlungsstrukturelleRegionstypenEuropa/NUTSRegionen/NUTS__2__Regionen.html

www.bcn.es/estadistica/angles/dades/anuari/cap04/C0414040.htm

www.londonspovertyprofile.org.uk/downloads/summary2011-v7-LRpages.pdf

www.nsi.bg/otrasalen.php?otr=73

www.statistik.at/web_de/klassifikationen/klassifikationsdatenbank/weitere_klassifikationen/bildungsklassifikation/index.html

www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/nuts_einheiten/index.html

www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/index.html

www.visitaland.com/de/fakta/fakten_uber_aland

www.2010againstopoverty.eu/?langid=de

Anfrage an www.stat.fi



Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die “Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung” (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Die AutorInnen der Studie

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Studium der Soziologie und Politikwissenschaft

Kontakt: susanne.halmer@politikberatung.or.at